



# AMTSBLATT DES ERZBISTUMS KÖLN

Stück 9

146. Jahrgang

Köln, den 1. August 2006

## Inhalt

### Dokumente der Deutschen Bischofskonferenz

Nr.165 Erklärung der deutschen Bischöfe zu *Donum Vitae e.V.* . . . . . 133

### Dokumente des Erzbischofs

Nr.166 Kirchliches Schulgesetz des Erzbistums Köln (SchulG-EBK) . . . . . 134

Nr.167 Stiftungsordnung für das Erzbistum Köln-StiftO EBK . . . . . 154

Nr.168 Beschlüsse der Arbeitsrechtlichen Kommission des Deutschen Caritasverbandes . . . . . 157

Nr.169 Beschluss der Unterkommission II der Arbeitsrechtlichen Kommission des Deutschen Caritasverbandes . . . . . 159

Nr.170 Beschluss der Kommission zur Ordnung des Arbeitsvertragsrechts für das Kolping-Bildungswerk Diözesanverband Köln e.V. (KODA-KBwDK) . . . . . 159

### Bekanntmachungen des Generalvikars

Nr.171 Wechsel in der Leitung der Hauptabteilung Verwaltung . . . . . 161

Nr.172 Diakonenrat im Erzbistum Köln . . . . . 161

Nr.173 Urheberrechtsverletzung in Internetpräsentationen von kirchlichen Rechtsträgern, insbesondere an geographischem Kartenmaterial . . . . . 161

### Personalia

Nr.174 Personalchronik . . . . . 161

Nr.175 Offene Stellen für Pastorale Dienste . . . . . 163

### Pontifikalhandlungen

Nr.176 Pontifikalhandlungen des Erzbischofs, der Weihbischöfe und besonders Beauftragter . . . . . 163

### Weitere Mitteilungen

Nr.177 Bekanntmachung des Wahlvorstandes für die Erzdiözese Köln zur Wahl der Regional-KODA 2006 . . . . . 170

Nr.178 Kirchliches Handbuch . . . . . 170

Nr.179 Priesterexerzitien . . . . . 170

Nr.180 Weiterbildung 2006/2007 für die Mitarbeiter/innen im Pastoralen Dienst sowie für Pfarramtssekretärinnen und Küster/innen im Erzbistum Köln . . . . . 170

Nr.181 Weiterbildungsveranstaltung für Pastorale Dienste und für ehrenamtliche Mitarbeiter/innen . . . . . 171

Nr.182 Besinnungstage für abhängigkeitskranke Priester, Diakone und Ordensmänner . . . . . 171

Nr.183 Freie Wohnung für Ruhestandsgeistliche . . . . . 171

## Dokumente der Deutschen Bischofskonferenz

### Nr. 165 Erklärung der deutschen Bischöfe zu *Donum Vitae e.V.*

Aufgrund verschiedener Anfragen nehmen die deutschen Bischöfe folgende Klarstellung zum Rechtsstatus der Initiative *Donum Vitae e.V.* und ihrem Verhältnis zur Schwangerschaftsberatung der katholischen Kirche in Deutschland sowie zur Frage des Umgangs von Priestern und Gläubigen mit *Donum Vitae e.V.* und den von ihm unterhaltenen Beratungsstellen vor:

- Bei dem privaten Verein *Donum Vitae* handelt es sich um eine Vereinigung außerhalb der katholischen Kirche. Die Beratungsstellen von *Donum Vitae e.V.* sind weder von der Deutschen Bischofskonferenz noch von einzelnen deutschen Bischöfen anerkannt.
- Zwischen den vom Deutschen Caritasverband (DCV) und dessen Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) getragenen Schwangerenberatungsstellen und den Beratungsstellen von *Donum Vitae e.V.* sind keine institutionellen und personellen Kooperationen möglich.
- Die vom DCV und SkF getragenen Schwangerenberatungsstellen und die Beratungsstellen von *Do-*

*num Vitae e.V.* dürfen nicht im selben Gebäude untergebracht werden.

- Personen, die im kirchlichen Dienst stehen, ist eine Mitwirkung bei *Donum Vitae e.V.* untersagt. Auch der Austausch von Personal (Wechsel von Dienstverhältnissen, Rückkehroptionen) ist nicht gestattet.
- Der Ständige Rat ersucht die Gläubigen, die in den kirchlichen Räten und Mitwirkungsgremien sowie den kirchlichen Verbänden und Organisationen Verantwortung übernehmen, zum Zweck der größeren Klarheit des kirchlichen Zeugnisses auf eine leitende Mitarbeit in *Donum Vitae e.V.* zu verzichten und so die Unterschiede zwischen *Donum Vitae e.V.* und Positionen der Kirche besser zur Geltung zu bringen und zu respektieren.

Würzburg, den 20. Juni 2006

Für das Erzbistum Köln

+ Joachim Card. Meisner  
Erzbischof von Köln

## Dokumente des Erzbischofs

### Nr. 166 Kirchliches Schulgesetz des Erzbistums Köln (SchulG-EBK)

Der Erzbischof von Köln erlässt in Wahrnehmung seiner Leitungsgewalt Kraft eigenen Rechtes (cc. 381 § 1, 391, 806 CIC) und gemäß dem der Kirche garantierten Selbstbestimmungsrecht (Art. 140 GG in Verbindung mit Art. 137 Abs. 3 WRV) das folgende Gesetz für die Katholischen Freien Schulen im Erzbistum Köln:

#### Kirchliches Schulgesetz des Erzbistums Köln (SchulG-EBK)

##### Inhaltsübersicht

###### Präambel

###### Erster Teil

##### Bildung und Erziehung an den Katholischen Freien Schulen im Erzbistum Köln

- § 1 Grundlage der Bildung und Erziehung
- § 2 Bildungs- und Erziehungsziele
- § 3 Religiöse Erziehung

###### Zweiter Teil

##### Grundordnung für die Katholischen Freien Schulen im Erzbistum Köln

- § 4 Allgemeine Bestimmungen über die Rechtsstellung der Katholischen Freien Schulen im Erzbistum Köln
- § 5 Besondere Bestimmungen über die Rechtsstellung der Katholischen Freien Schulen im Erzbistum Köln
- § 6 Eigenverantwortung der Katholischen Freien Schulen und Qualitätsentwicklung
- § 7 Schulträger und Schulaufsicht
- § 8 Schülerinnen und Schüler
- § 9 Eltern
- § 10 Lehrerinnen und Lehrer sowie nicht lehrendes Personal
- § 11 Schulleiterinnen und Schulleiter

###### Dritter Teil

##### Schulvertragsverhältnis

- § 12 Grundlage des Schulvertragsverhältnisses
- § 13 Antrag auf Aufnahme in die Schule
- § 14 Aufnahme in die Schule
- § 15 Beendigung des Schulvertragsverhältnisses
- § 16 Versäumnis von Unterricht und sonstigen Schulveranstaltungen
- § 17 Information und Beratung
- § 18 Sexualerziehung / Information der Eltern
- § 19 Gesundheitserziehung und Gesundheitsförderung
- § 20 Meinungsfreiheit
- § 21 Erziehung, Erzieherische Einwirkungen, Erziehungsmaßnahmenkonferenz und Kündigung

###### Vierter Teil

##### Prüfungs- und Berechtigungswesen

- § 22 Grundsätze der Leistungsbewertung
- § 23 Zeugnisse, Bescheinigungen über die Schullaufbahn
- § 24 Versetzung
- § 25 Schulische Abschlussprüfungen, Anerkennung

###### Fünfter Teil

##### Schulverfassung / Mitwirkung in der Schule

- § 26 Grundsätze der Mitwirkung
- § 27 Organisation und Geltungsbereich der Mitwirkung
- § 28 Rahmen der Mitwirkungsmöglichkeiten
- § 29 Schulkonferenz
- § 30 Aufgaben der Schulkonferenz
- § 31 Mitwirkung der Schulkonferenz beim Schulträger
- § 32 Teilkonferenzen, Vertrauensausschuss, Eilausschuss
- § 33 Lehrerkonferenz
- § 34 Fachkonferenz, Bildungsgangkonferenz
- § 35 Lehrerrat
- § 36 Klassenkonferenz, Jahrgangsstufenkonferenz
- § 37 Schulpflegschaft
- § 38 Klassenpflegschaft, Jahrgangsstufenpflegschaft
- § 39 Schülerrat
- § 40 Wahlen, Wählbarkeit, Beendigung der Mitgliedschaft
- § 41 Einberufung, Teilnahme, Beschlussfähigkeit und Beschlussicherung

###### Sechster Teil

##### Datenschutz

- § 42 Schutz der Daten von Schülerinnen, Schülern und Eltern
- § 43 Schutz der Daten von Lehrerinnen und Lehrern
- § 44 Allgemeine Bestimmungen

###### Siebter Teil

##### Geltungsbereich und Schlussvorschriften

- § 45 Rechtsbehelfe
- § 46 Geltungsbereich
- § 47 Geltung von Vorschriften des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (SchulG-NRW)
- § 48 Aufhebung von Vorschriften
- § 49 In-Kraft-Treten

###### Präambel

In ihrer Verantwortung für den Menschen nimmt die Katholische Kirche das Recht wahr, Schulen zu gründen und sie aus dem Geist des Evangeliums, aus dem Geist der Freiheit und der Liebe zu führen.

„Im Erziehungsplan der katholischen Schule ist Christus der Grundstein: Er offenbart und entfaltet den neuen Sinn des Da-

*seins und wandelt das Leben um, indem er den Menschen fähig macht, auf göttliche Weise zu leben, das heißt, im Geist des Evangeliums zu denken, zu wollen und zu handeln und die Seligpreisungen zur Richtschnur seines Lebens zu machen.“*

(Erklärung der Kongregation für das katholische Bildungswesen zur katholischen Schule vom 19. März 1977)

Die Katholischen Freien Schulen im Erzbistum Köln sind ein Angebot für alle Schülerinnen, Schüler und Eltern, die eine im katholischen Glauben wurzelnde, am christlichen Menschenbild orientierte Bildung und Erziehung bejahen und wünschen. Dieses kirchliche Schulgesetz soll den Katholischen Freien Schulen im Erzbistum Köln Leitlinie und Hilfe zur Erfüllung ihrer Erziehungs- und Bildungsaufgabe sein.

## Erster Teil

### Bildung und Erziehung an den Katholischen Freien Schulen im Erzbistum Köln

#### § 1

#### Grundlage der Bildung und Erziehung

(1) <sup>1</sup>Grundlage von Bildung und Erziehung an jeder Katholischen Freien Schule ist das christliche Menschenbild. <sup>2</sup>Jeder Mensch ist als Ebenbild Gottes einmalig, von Gott mit bestimmten Begabungen ausgestattet und zur Lebensgemeinschaft mit Gott berufen. <sup>3</sup>Ein Wesenselement der Gottesebenbildlichkeit des Menschen ist seine Freiheit, durch deren Gebrauch er allerdings auch seine Gefährdung und die Notwendigkeit von Erlösung erfährt. <sup>4</sup>Diese wird ihm durch Jesus Christus in der Kirche durch Wort und Sakrament vermittelt.

(2) <sup>1</sup>Die Integration des Glaubens und des kirchlichen Lebens in den Bildungs und Erziehungsprozess einer Katholischen Freien Schule kann nur gelingen, wenn Schulleiter und Lehrer\* im Glauben und im Leben der Kirche verwurzelt sind und deren Werte in die Bildungs und Erziehungsarbeit der Schule einbringen. <sup>2</sup>Wegen der Zielsetzung katholischer Schulen und aus Respekt vor der persönlichen Überzeugung der Lehrkräfte werden den Lehrern und Schulleitern bei ihrer Einstellung der kirchliche Charakter der Schule und die daraus folgenden Erwartungen und Anforderungen deutlich gemacht. <sup>3</sup>Daher sind die Fähigkeit und die Bereitschaft, diesen Anforderungen im alltäglichen Schulbetrieb immer wieder durch aktiven persönlichen Einsatz für die Bildungs- und Erziehungsarbeit an einer katholischen Schule gerecht zu werden, Einstellungsvoraussetzung.

(3) <sup>1</sup>Dementsprechend müssen auch Eltern und Schüler die religiöse Ausrichtung von Bildung und Erziehung anerkennen und mittragen. <sup>2</sup>Eltern, die ihre Kinder an Katholischen Freien Schulen anmelden und volljährige Schüler, die sich anmelden, werden in einem Aufnahmegespräch darauf hingewiesen. <sup>3</sup>Der Besuch der Schulgottesdienste und die Teilnahme an religiösen Veranstaltungen werden erwartet. <sup>4</sup>Die Teilnahme am Religionsunterricht und die Bejahung der religiösen Erziehung sind für die Aufnahme eines Schülers und für den Bestand des Schulvertragsverhältnisses unabdingbare Voraussetzung (siehe § 14).

\* Der folgende Gesetzestext verzichtet aus Gründen der besseren Lesbarkeit bis auf wenige Paragraphenüberschriften auf die gleichzeitige Verwendung der weiblichen und männlichen Form.

## § 2

### Bildungs- und Erziehungsziele

(1) Die Katholischen Freien Schulen wollen als Erziehungsgemeinschaft von Schülern, Eltern, lehrenden und nicht lehrenden Mitarbeitern, Schulseelsorger und Schulleitung den Schülern helfen:

- im Vertrauen auf Gott ein Leben aus dem Glauben zu führen und sich in einer pluralen Gesellschaft und Welt als Christ zu verhalten,
- sich für den Schutz des Lebens und die Erhaltung der Schöpfung Gottes einzusetzen,
- ihre unterschiedlichen von Gott gegebenen individuellen Begabungen und Fähigkeiten zu entdecken und zu entfalten,
- Selbstständigkeit, Eigen- und Mitverantwortung, Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft weiter zu entwickeln,
- Sach- und Fachkenntnisse zu erwerben und Verständnis für wissenschaftliches Arbeiten zu entwickeln,
- sich darauf vorzubereiten, Verantwortung in Familie und Beruf, Kirche, Gesellschaft und Staat zu übernehmen,
- sich einzuüben in Haltungen wie Dialogfähigkeit, Hilfsbereitschaft, Rücksichtnahme, Verlässlichkeit, Toleranz, Veröhnungsbereitschaft und Verzicht auf jede Form von Gewalt,
- Mut zu entwickeln, zu den eigenen Überzeugungen zu stehen,
- die Würde und die Überzeugungen anderer zu achten und die Bereitschaft zu entwickeln, sich für ein friedliches Zusammenleben der Religionen, Kulturen und Völker einzusetzen,
- ein Verständnis für die Lebenssituation von Menschen mit körperlichen, seelischen und geistigen Beeinträchtigungen zu entwickeln und Begegnungsmöglichkeiten zu fördern,
- Verantwortung für die eigene Gesundheit zu übernehmen und gesundheitlichen Gefährdungen wirkungsvoll zu begegnen,
- die grundlegenden Normen des Grundgesetzes und der Landesverfassung zu verstehen und die Bereitschaft zu entwickeln, für unseren freiheitlich-demokratischen und sozialen Rechtsstaat einzutreten,
- Bewusstsein für die deutsche Geschichte und Kultur und ihre christlich-abendländischen Wurzeln im europäischen und weiteren internationalen Zusammenhang zu entwickeln und
- grundlegende Kenntnisse über die Struktur der Berufs- und Arbeitswelt und die Bedingungen ihres Wandels zu erwerben und diese in Einklang mit den Prinzipien christlicher Sozialethik zu bringen.

(2) <sup>1</sup>Die Katholischen Freien Schulen erfüllen ihren Auftrag in der gemeinsamen Verantwortung aller Beteiligten. <sup>2</sup>Das erfordert Übereinstimmung von Schülern, Eltern und Lehrern in der Anerkennung der Zielsetzung und der Grundsätze der Erziehung und Bildungsarbeit. <sup>3</sup>Insbesondere das vertrauensvolle Zusammenwirken aller am Schulleben Beteiligten ist notwendige Voraussetzung für den Erziehungsprozess.

(3) Die Katholischen Freien Schulen erfüllen zugleich den in Art. 7 der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen bestimmten Auftrag:

„Ehrfurcht vor Gott, Achtung vor der Würde des Menschen und Bereitschaft zum sozialen Handeln zu wecken, ist vornehmstes Ziel der Erziehung. Die Jugend soll erzogen werden im Geiste der Menschlichkeit, der Demokratie und der Freiheit, zur Duldsamkeit und zur Achtung vor der Überzeugung des anderen, zur Verantwortung für Tiere und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, in Liebe zu Volk und Heimat, zur Völkergemeinschaft und Friedensgesinnung.“

### § 3

#### Religiöse Erziehung

(1) <sup>1</sup>Die Katholischen Freien Schulen vermitteln eine umfassende religiöse Erziehung, die als Prinzip den Unterricht und die Gestaltung des Schullebens prägt. <sup>2</sup>Die Dimension des katholischen Glaubens darf jedoch nicht auf Religionsunterricht, Gottesdienst und Besinnungstage beschränkt bleiben. <sup>3</sup>In allen Unterrichtsfächern werden Wertmaßstäbe und Beurteilungskriterien für einen tragfähigen Standpunkt aus dem Glauben vermittelt.

(2) <sup>1</sup>Der Religionsunterricht hat eine zentrale Stellung. <sup>2</sup>Die Teilnahme ist in allen Jahrgangsstufen verbindlich.

(3) <sup>1</sup>Zu jeder Katholischen Freien Schule gehören nicht nur ein qualifizierter Unterricht und eine an der Entfaltung der Persönlichkeit und der Begabung des Schülers orientierte Erziehung und Ausbildung, sondern auch das Angebot einer seelsorglichen Begleitung. <sup>2</sup>Gebet, Gottesdienst und Mitfeier des Kirchenjahres sind ebenso integrative Elemente des schulischen Lebens wie z.B. Wallfahrten, Exerzitien, Besinnungstage, religiöse Freizeiten und Einzelseelsorge. <sup>3</sup>Eine besondere Verantwortung hat hier der Schulseelsorger, aber auch von jedem Lehrer wird erwartet, im eigenen Zeugnis und im Engagement für diese Ziele vorbildhaft seinen Beitrag zu leisten.

(4) <sup>1</sup>„Die Schulpastoral ermöglicht in vielen unterschiedlichen Maßnahmen, dass die froh und heil machende Wirkung des christlichen Glaubens im Lern- und Lebensraum Schule erfahrbar werden kann. Eltern, Schüler und Lehrer und andere Mitglieder der Schule übernehmen aus ihrer gelebten christlichen Überzeugung heraus Verantwortung füreinander und für den Lern- und Lebensort Schule“ (Kommission für Erziehung und Schule der Deutschen Bischofskonferenz). <sup>2</sup>Von dieser Grundthese ausgehend hat die Schule eine schulpastorale Aufgabe und entwickelt zusammen mit dem Schulseelsorger ein schulpastorales Konzept. <sup>3</sup>Dabei ist der Schulseelsorger in besonderer Weise für die religiöse Ausprägung der Schule verantwortlich.

(5) <sup>1</sup>Katholische Freie Schulen sind keine Oasen einer heilen Welt. <sup>2</sup>Alle am Schulleben Beteiligten müssen sich als Weggemeinschaft immer wieder um Glaubensbereitschaft und Glaubensfestigkeit bemühen. <sup>3</sup>Glaube ist nicht zu erzwingen; gebunden an die freie Zustimmung des Einzelnen ist er ein Geschenk der Gnade Gottes. <sup>4</sup>Die Katholischen Freien Schulen haben Anteil am Verkündigungsauftrag der Kirche und sind eingebunden in ihre umfassende Seelsorge an den Menschen. <sup>5</sup>Angesichts der häufig mangelnden religiösen Sozialisation und im Unterschied zur weitgehend weltanschaulichen Neutralität der öffentlichen Schulen bieten die Katholischen Freien Schulen eine bewusste religiöse Orientierung und Heimat.

### Zweiter Teil

#### Grundordnung für die Katholischen Freien Schulen im Erzbistum Köln

### § 4

#### Allgemeine Bestimmungen über die Rechtsstellung der Katholischen Freien Schulen im Erzbistum Köln

(1) <sup>1</sup>Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Landesverfassung Nordrhein-Westfalens bekräftigen aufgrund der geschichtlichen Erfahrungen in Deutschland ausdrücklich den Willen zur demokratischen Vielfalt im Bildungswesen. <sup>2</sup>In Nordrhein-Westfalen wird schulische Bildung durch öffentliche Schulen und Schulen in freier Trägerschaft wahrgenommen. <sup>3</sup>Schulen in freier Trägerschaft stehen im Rahmen des Artikels 7 Abs. 4 und 5 des Grundgesetzes und des Artikels 8 Abs. 4 der Landesverfassung gleichberechtigt neben den öffentlichen Schulen, erweitern das Angebot freier Schulwahl und fördern durch ihre verfassungsrechtlich garantierte Gestaltungsfreiheit das Schulleben in seiner Gesamtheit. <sup>4</sup>Unbeschadet der Aufsicht über das gesamte Schulwesen hat der Staat die Pflicht, das private Ersatzschulwesen zu schützen und zu unterstützen.

(2) <sup>1</sup>Die Katholischen Freien Schulen im Erzbistum Köln sind staatlich genehmigte Ersatzschulen, die in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte den öffentlichen Schulen mindestens gleichwertig sind (siehe § 11 Abs. 7) und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht fördern. <sup>2</sup>Durch den Besuch der Katholischen Freien Schulen im Erzbistum Köln erfüllen die Schüler ihre gesetzliche Schulpflicht.

(3) Die Bildungsgänge und Abschlüsse entsprechen denen, die nach dem staatlichen Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen vorhanden oder vorgesehen sind.

### § 5

#### Besondere Bestimmungen über die Rechtsstellung der Katholischen Freien Schulen im Erzbistum Köln

Als staatlich genehmigte Ersatzschulen haben Katholische Freie Schulen im Erzbistum Köln folgende Rechte und Pflichten:

1. Sie haben das Recht, mit gleicher Wirkung wie öffentliche Schulen und nach den für öffentliche Schulen geltenden Vorschriften Prüfungen abzuhalten, Zeugnisse zu erteilen und Abschlüsse zu vergeben (siehe §§ 22 bis 25).
2. Sie haben das Recht und den Auftrag, im Rahmen der Genehmigungsvoraussetzungen und auf christlicher Basis Unterricht zu gestalten und in eigener Verantwortung Erziehungsziele, Unterrichtsinhalte und Lehr- und Lernmethoden festzulegen.
3. Sie sind unter Beachtung von § 4 Abs. 2 berechtigt, ihre Lehrer und Schüler frei auszuwählen.
4. Zur Durchführung ihrer Aufgaben und zur Erfüllung ihrer Pflichten haben sie Anspruch auf die erforderlichen öffentlichen Zuschüsse gemäß Art. 8 Abs. 4 Satz 3 der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen.
5. Dem Erzbischof von Köln steht gemäß can. 806 § 1 CIC das Aufsichts- und das Visitationsrecht über die im Erzbistum befindlichen Katholischen Freien Schulen zu.

§ 6

**Eigenverantwortung der Katholischen Freien Schulen  
und Qualitätsentwicklung**

(1) Die Katholischen Freien Schulen gestalten Unterricht, Erziehung und Schulleben im Rahmen dieses Gesetzes in eigener Verantwortung.

(2) <sup>1</sup>In Verwirklichung des katholischen Bildungs- und Erziehungsauftrags entwickelt die einzelne Schule ihr eigenes pädagogisches Konzept und plant und gestaltet den Unterricht und seine Organisation selbstständig. <sup>2</sup>Jede Schule legt die besonderen Ziele und Schwerpunkte ihrer Arbeit in einem Schulprogramm fest und überprüft in regelmäßigen Abständen das Erreichen ihrer pädagogischen Ziele und die Umsetzung der verabredeten Arbeitsschwerpunkte (interne Evaluation). <sup>3</sup>Sie nimmt darüber hinaus an den durch den Schulträger veranlassenen Überprüfungen teil (externe Evaluation).

(3) <sup>1</sup>Besonders begabte Schüler werden durch beratende und ergänzende Bildungsangebote in ihrer Entwicklung gefördert. <sup>2</sup>Drohendem Leistungsversagen und anderen Beeinträchtigungen von Schülern begegnet die Schule mit vorbeugenden Maßnahmen. <sup>3</sup>Jede Schule entwickelt Förderkonzepte und schulische Förderangebote zur Verhinderung von Nichtversetzungen. <sup>4</sup>Die frühzeitige Einbeziehung der Eltern ist erforderlich (siehe § 24 Abs. 3).

(4) <sup>1</sup>Die Schule kann zur Ausgestaltung ihres Schulprogramms, insbesondere zur Bildung pädagogischer Schwerpunkte und besonderer Organisationsformen, von einzelnen Bestimmungen der Stundentafel nur mit Zustimmung des Schulträgers abweichen. <sup>2</sup>Dabei muss die Anerkennung der in der Schule erreichbaren Abschlüsse im Lande Nordrhein-Westfalen gesichert sein.

(5) <sup>1</sup>Jede Schule und der Schulträger sind zur kontinuierlichen Entwicklung und Sicherung der Qualität schulischer Arbeit verpflichtet. <sup>2</sup>Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung umfassen die gesamte Bildungs- und Erziehungsarbeit der Schule.

(6) Schüler und Lehrer sind verpflichtet, sich entsprechend den Vorgaben des Schulträgers an Maßnahmen der Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung zu beteiligen.

(7) <sup>1</sup>Insbesondere im Bereich der Schulverfassung (siehe §§ 26 bis 41) ist den Mitwirkungsgremien ein breiter Raum von Gestaltungsmöglichkeiten und unterschiedlichen Formen der Mitwirkung gegeben. <sup>2</sup>Jede Schule soll diesen Rahmen eigenverantwortlich ausfüllen.

§ 7

**Schulträger und Schulaufsicht**

(1) <sup>1</sup>In seiner Verantwortung für den Betrieb seiner Schulen und für die Verwirklichung ihrer Zielsetzung trifft das Erzbistum Köln als Schulträger die grundsätzlichen Entscheidungen. <sup>2</sup>In allen Schulangelegenheiten kann der Schulträger gegenüber der Schule Anordnungen treffen.

(2) <sup>1</sup>Der Schulträger ist Anstellungsträger der an den Schulen Beschäftigten und deren Dienstvorgesetzter. <sup>2</sup>Er übt die Rechts-, Dienst- und Fachaufsicht über seine Schulen aus, unbeschadet der Rechte der staatlichen Schulaufsichtsbehörden. <sup>3</sup>Die staatliche Schulaufsicht beschränkt sich auf die Prüfung der Einhaltung der Genehmigungsvoraussetzungen der Schule, der Vorschriften über die Erteilung von Zeugnissen und Berechtigungen sowie der sonstigen für die Ersatzschulen geltenden Rechtsvorschriften; Maßnahmen der staatlichen Schulaufsicht richten sich grundsätzlich an den Schulträger.

§ 8

**Schülerinnen und Schüler**

- (1) Jeder Schüler hat insbesondere das Recht,
- christliche Erziehung zu erfahren,
  - am Unterricht und an sonstigen Schulveranstaltungen teilzunehmen,
  - entsprechend seinem Alter über die Unterrichtsplanung durch die Lehrer informiert zu werden und an der Auswahl der Unterrichtsinhalte sowie an der Gestaltung des Unterrichts und sonstiger schulischer Veranstaltungen angemessen beteiligt zu werden,
  - über ihn betreffende wesentliche Angelegenheiten informiert zu werden,
  - über seinen Leistungsstand unterrichtet zu werden und Hinweise auf seine Förderung zu erhalten,
  - in Fragen der Schullaufbahn und Berufsfindung beraten zu werden,
  - in der Schule seine Meinung angemessen zu äußern,
  - eine Schülerzeitung herauszugeben und
  - durch die Schülervertretungen an der Gestaltung der Erziehungs- und Bildungsarbeit der Schule mitzuwirken.

(2) <sup>1</sup>Von jedem Schüler wird erwartet, dass er sich seinem Alter und seiner Entwicklung entsprechend für die Grundsätze und Ziele der Katholischen Freien Schulen einsetzt und sich an der Gestaltung des Schullebens beteiligt. <sup>2</sup>Von besonderer Bedeutung sind dabei die Beteiligung an Wallfahrten, Exerzitien, Besinnungstagen, religiösen Freizeiten und weiteren Angeboten von Schule und Schulseelsorge.

- (3) Jeder Schüler hat die Pflicht,
- pünktlich und regelmäßig am Unterricht teilzunehmen und an den sonstigen für verbindlich erklärten Schulveranstaltungen teilzunehmen,
  - sich auf den Unterricht vorzubereiten, sich aktiv daran zu beteiligen, die geforderten Arbeiten anzufertigen und die Hausaufgaben zu erledigen sowie die erforderlichen Lern- und Arbeitsmittel bereitzuhalten,
  - die Anordnungen der Lehrer und anderer dazu befugter Personen zu befolgen und sich gegenüber allen am Schulleben Beteiligten von Achtung geprägter Umgangsformen zu bedienen,
  - alles zu unterlassen, was die Erfüllung des besonderen Bildungs- und Erziehungsauftrages der Katholischen Freien Schule gefährdet oder eine geordnete Unterrichts- und Erziehungsarbeit beeinträchtigt,
  - die schulischen Anlagen, Einrichtungen und Gegenstände pfleglich zu behandeln und
  - die Schul- bzw. Hausordnung einzuhalten.

(4) <sup>1</sup>Der volljährige Schüler und die Eltern minderjähriger Schüler haben die Pflicht, die Schule unverzüglich zu benachrichtigen, wenn Krankheit oder andere unvorhersehbare zwingende Gründe den Schulbesuch verhindern. <sup>2</sup>Näheres regelt § 16.

(5) Weitere Bestimmungen über Rechte und Pflichten des Schülers regeln der Schulvertrag und die übrigen Bestimmungen dieses Gesetzes.

(6) <sup>1</sup>Wird ein Schüler volljährig, so wird das durch den Schulvertrag begründete Schulvertragsverhältnis ohne neuen schriftlichen Vertrag mit dem volljährigen Schüler fortgeführt. <sup>2</sup>Die Eltern bleiben weiterhin Vertragspartner, jedoch tritt an

die Stelle der Eltern in allen Angelegenheiten der Schüler selbst. <sup>3</sup>Ausgehend von der gemeinsamen Verantwortung von Schule und Eltern für das Wohl des jungen Erwachsenen kann die Schule unbeschadet der Rechte des volljährigen Schülers auch dessen Eltern Auskünfte erteilen, soweit vom Schüler nicht ausdrücklich schriftlich Widerspruch erhoben wird. <sup>4</sup>Über den Widerspruch informiert die Schule die Eltern. <sup>5</sup>Die Schule kann Eltern volljähriger Schüler trotz des Widerspruchs informieren, insbesondere im Zusammenhang mit drohender Nichtversetzung, Gefährdung der Zulassung zu einer Prüfung oder Gefährdung des Bestehens einer Abschlussprüfung, Abmeldung und Beendigung des Schulverhältnisses, Erzieherischen Einwirkungen (siehe § 21 Abs. 4 Satz 1 Nrn. 11 bis 16) oder anderen schwerwiegenden Gefahren für die schulische oder persönliche Entwicklung des Schülers. <sup>6</sup>Der Schüler soll über die erteilten Auskünfte informiert werden.

(7) Jeder Schüler ist während schulischer Veranstaltungen sowie auf den Wegen von und zu diesen im Rahmen der gesetzlichen Unfallversicherung nach dem Sozialgesetzbuch (SGB VII) gegen Unfall versichert.

## § 9 Eltern

(1) <sup>1</sup>Eltern im Sinne dieses Gesetzes sind die leiblichen Eltern, soweit ihnen das Personensorgerecht zusteht. <sup>2</sup>Ansonsten sind es andere Personensorgerechtigten oder Personen, denen an Stelle der leiblichen Eltern die Erziehung des Schülers vollständig oder in erheblichem Maße obliegt.

(2) <sup>1</sup>Die Erziehung der Kinder ist das natürliche Recht der Eltern und die vor allem ihnen obliegende Pflicht (Art. 6 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland). <sup>2</sup>Im Einklang damit erfüllt die Katholische Freie Schule ihren Erziehungsauftrag. <sup>3</sup>Die Eltern unterstützen die Schule bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und tragen dafür Sorge, dass der Schüler seine schulischen Pflichten erfüllt (siehe § 8 Abs. 2 und 3). <sup>4</sup>Die Eltern entscheiden über die Schullaufbahn ihres Kindes im Rahmen der geltenden Regelungen.

(3) <sup>1</sup>Die Eltern haben die Pflicht, die Schule unverzüglich zu benachrichtigen, wenn Krankheit oder andere unvorhersehbare zwingende Gründe den Schulbesuch ihres Kindes verhindern. <sup>2</sup>Näheres regelt § 16.

(4) Die Eltern tragen Sorge, dass ihr Kind für den Schulbesuch angemessen ausgestattet ist.

(5) Die Eltern sind verpflichtet, den zur Durchführung der Schulgesundheitspflege erlassenen Anordnungen nachzukommen.

(6) <sup>1</sup>Die Eltern informieren sich über den Leistungsstand ihres Kindes und nehmen die Möglichkeiten der Beratung durch die Schule wahr. <sup>2</sup>Eine mögliche Form der Information ist die Teilnahme an einzelnen Unterrichtsstunden, die ihre Kinder besuchen. <sup>3</sup>Die Teilnahme der Eltern bedarf der Zustimmung des Schulleiters und der Absprache mit dem jeweiligen Fachlehrer.

(7) <sup>1</sup>Die Eltern wirken durch Elternvertretungen an der Gestaltung der Erziehung und Bildungsarbeit der Katholischen Freien Schulen nach Maßgabe des fünften Teils dieses Gesetzes mit. <sup>2</sup>Die Mitwirkung erfolgt unabhängig von der Volljährigkeit des Schülers, ausgenommen an Berufskollegs.

## § 10

### Lehrerinnen und Lehrer sowie nicht lehrendes Personal

(1) <sup>1</sup>Die an den Katholischen Freien Schulen tätigen Lehrer tragen durch ihren Glauben dazu bei, dass das Evangelium zu den der Schule anvertrauten Kindern und jungen Erwachsenen gelangt. <sup>2</sup>Wegen dieser Aufgabe müssen die Lehrer in der Regel katholisch sein. <sup>3</sup>Sie müssen bereit und fähig sein, die besondere Zielsetzung der Katholischen Freien Schulen mit zu verwirklichen. <sup>4</sup>Von der Einstellung und Handlungsweise der Lehrer hängen Geist und Glaubwürdigkeit der Bildungseinrichtung ab. <sup>5</sup>Gelebte Glaubensüberzeugung, Redlichkeit und die Zuwendung zum Schüler sollen charakteristische Haltungen der Lehrer an Katholischen Freien Schulen sein.

(2) <sup>1</sup>Wenn im besonders begründeten Ausnahmefall der Schulträger christliche Lehrer anderer Konfessionen einstellt, wird auch von diesen gefordert, dass sie bereit und fähig sind, die besondere Zielsetzung der Katholischen Freien Schulen mit zu verwirklichen. <sup>2</sup>Auch von ihnen wird erwartet, dass sie die Wahrheiten und Werte des Evangeliums achten und dazu beitragen, sie in der Einrichtung zur Geltung zu bringen.

(3) <sup>1</sup>Der Dienst an einer Katholischen Freien Schule fordert von katholischen Lehrern, dass ihre persönliche Lebensführung den Grundsätzen der Glaubens und Sittenlehre der katholischen Kirche entspricht. <sup>2</sup>Die persönliche Lebensführung der nicht katholischen Lehrer darf dem kirchlichen Charakter Katholischer Freier Schulen nicht widersprechen.

(4) Die Lehrer erziehen und unterrichten in eigener pädagogischer Freiheit und Verantwortung im Rahmen dieses Gesetzes.

(5) <sup>1</sup>Die Lehrer üben die Aufsicht über die ihnen anvertrauten Schüler in Wahrnehmung der Fürsorgepflicht der Schule aus. <sup>2</sup>Art und Umfang der Aufsicht sind im Interesse einer Erziehung zu eigenverantwortlichem Handeln unter Berücksichtigung möglicher Gefährdungen nach Alter, Entwicklungsstand und Ausprägung des Verantwortungsbewusstseins der Schüler auszuüben.

(6) <sup>1</sup>Die Ausübung der Tätigkeit von Lehrern und Leitern an Katholischen Freien Schulen bedarf der Genehmigung der oberen Schulaufsichtsbehörde. <sup>2</sup>Die Genehmigung kann von der Schulaufsichtsbehörde zurückgenommen werden, wenn Tatsachen vorliegen, die bei Lehrern öffentlicher Schulen zu einer Beendigung des Dienstverhältnisses führen oder die Entfernung aus dem Dienst rechtfertigen würden. <sup>3</sup>Die Verweigerung oder Rücknahme der Genehmigung rechtfertigt die außerordentliche Kündigung des Arbeitsvertrages.

(7) <sup>1</sup>Die Anforderungen an die wissenschaftliche Ausbildung der Lehrer sind erfüllt, wenn eine fachliche, pädagogische und unterrichtliche Vor- und Ausbildung sowie die Ablegung von Prüfungen nachgewiesen werden, die der Vor- und Ausbildung und den Prüfungen der Lehrer an den entsprechenden öffentlichen Schulen im Wert gleichkommen. <sup>2</sup>Auf diesen Nachweis kann in besonderen Ausnahmefällen verzichtet werden, wenn die Eignung des Lehrers durch gleichwertige freie Leistungen nachgewiesen wird.

(8) <sup>1</sup>Die rechtliche und wirtschaftliche Stellung der vom Schulträger beschäftigten Lehrer wird gesichert (Artikel 7 Abs. 4 Satz 4 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland). <sup>2</sup>Sie ist der der Lehrer an vergleichbaren öffentlichen Schulen gleichwertig. <sup>3</sup>Lehrer an Katholischen Freien Schulen können Planstelleninhaber sein, deren Anstellungsverhältnis dem eines Beamten auf Lebenszeit vergleichbar ist. <sup>4</sup>Diese Lehrer können eine den Amtsbezeichnungen vergleichbarer Lehrer an öffentlichen Schulen entsprechende Berufsbezeichnung mit dem Zusatz „im Kirchendienst“ (i. K.) bzw. „im Er-

satzschuldienst“ (i. E.) führen. <sup>5</sup>Das Anstellungsverhältnis der übrigen an den Katholischen Freien Schulen beschäftigten Lehrer ist demjenigen von Angestellten im öffentlichen Dienst vergleichbar.

(9) <sup>1</sup>Lehrer bilden sich regelmäßig zur Erhaltung und weiteren Entwicklung ihrer Unterrichts- und Erziehungsfähigkeit fort. <sup>2</sup>Sie sind verpflichtet, an Fortbildungsmaßnahmen auch in der unterrichtsfreien Zeit teilzunehmen. <sup>3</sup>Die Genehmigung von Fortbildung während der Unterrichtszeit setzt in der Regel voraus, dass eine Vertretung gesichert ist. <sup>4</sup>Die Rechte und Pflichten der Lehrer bestimmen sich im Übrigen nach den zwischen ihnen und dem Schulträger im Arbeitsvertrag getroffenen Vereinbarungen. <sup>5</sup>Das Nähere regeln die „Grundordnung des kirchlichen Dienstes im Rahmen kirchlicher Arbeitsverhältnisse“ sowie die „Dienstordnung für die Leiter und Lehrer an den Katholischen Freien Schulen des Erzbistums Köln“ in der jeweils geltenden Fassung.

(10) <sup>1</sup>Für die erfolgreiche Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrags im Rahmen der Erziehungsgemeinschaft (siehe § 2) der Katholischen Freien Schulen ist die Mitwirkung des nicht lehrenden Schulpersonals unverzichtbar. <sup>2</sup>Schulsekretärinnen und Schulhausmeister, Silentiumsmitarbeiter und sozialpädagogische Fachkräfte müssen sich bei allen Innen- und Außenkontakten bewusst sein, dass Erfolg und Ansehen der Schule auch von ihrer Arbeit und ihrem Auftreten mitbestimmt werden.

## § 11

### Schulleiterinnen und Schulleiter

(1) <sup>1</sup>Im Auftrage des Schulträgers leitet der Schulleiter die Schule, arbeitet mit dem Lehrerkollegium vertrauensvoll zusammen und trägt die Verantwortung für die Erziehungs- und Bildungsarbeit und für die Verwaltung der Schule, soweit sie nicht vom Schulträger wahrgenommen wird. <sup>2</sup>Er ist zugleich Lehrer der Schule. <sup>3</sup>Schulleiter und ständiger Vertreter (stellvertretender Schulleiter) und gegebenenfalls der zweite Konrektor bilden die Schulleitung. <sup>4</sup>Ihre Zugehörigkeit zur Katholischen Kirche ist unerlässlich.

(2) <sup>1</sup>Der Schulleiter als Beauftragter des Schulträgers hat Teil an der allgemeinen Fürsorgepflicht, die der Schulträger gegenüber Schülern und Schulpersonal vertraglich übernommen hat. <sup>2</sup>Als solcher ist er Vorgesetzter aller Mitarbeiter und das entscheidende Bindeglied zwischen dem Schulträger und dem Schulpersonal. <sup>3</sup>Daraus erwächst ihm eine besondere Mitverantwortung für Personalführung und -entwicklung.

(3) Der Schulleiter kann in Erfüllung der Aufgaben als Vorgesetzter allen an der Schule tätigen Personen Weisungen erteilen und nimmt das Hausrecht wahr.

(4) <sup>1</sup>Einzelne Leitungsaufgaben können zur selbstständigen Wahrnehmung auf Lehrer übertragen werden. <sup>2</sup>Die Gesamtverantwortung des Schulleiters bleibt davon unberührt.

(5) <sup>1</sup>Im Falle der Verhinderung des Schulleiters oder im Falle der Vakanz der Stelle übernimmt der ständige Vertreter die Aufgaben des Schulleiters im vollen Umfang. <sup>2</sup>Bei Verhinderung des ständigen Vertreters übernimmt ein anderes durch den Schulträger beauftragtes Mitglied der Schule die Schulleitungsaufgaben in dem vom Schulträger dann festzulegenden Umfang.

(6) <sup>1</sup>Im Rahmen der übertragenen Zuständigkeiten wirkt der Schulleiter in Personalangelegenheiten mit. <sup>2</sup>Er ist insbesondere bei der Einstellung des pädagogischen Personals an der

jeweiligen Schule zu beteiligen und trägt Mitverantwortung für die Erstellung und Einhaltung des Stellenplans.

(7) „Die Leiter der katholischen Schulen haben unter der Aufsicht des Ortsordinarius dafür zu sorgen, dass die Ausbildung, die in ihnen, wenigstens auf gleicher Höhe wie in den anderen Schulen der Region, vermittelt wird, in wissenschaftlicher Hinsicht hervorragend ist“ (can. 806 § 2 CIC).

(8) <sup>1</sup>Der Schulleiter arbeitet mit dem Schulträger eng und vertrauensvoll zusammen und stellt diesem die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Informationen zur Verfügung. <sup>2</sup>Er ist an die Anordnungen des Schulträgers gebunden; dies gilt insbesondere hinsichtlich der Schüleraufnahme, der Beschäftigungsverhältnisse der Lehrer und der Angelegenheiten der Schulstruktur. <sup>3</sup>Er vertritt die Schule nach außen, wenn dabei Angelegenheiten des Schulträgers berührt werden, im Einvernehmen mit diesem.

(9) <sup>1</sup>Der Schulleiter wirkt im Rahmen der Personal- und Organisationsentwicklung der Schule auf die Fortbildung der Lehrer hin. <sup>2</sup>Er trägt dafür Sorge, dass neben der fachlichen und beruflichen Weiterbildung Fragen des Glaubens und der Wertorientierung Berücksichtigung finden. <sup>3</sup>Er entscheidet im Rahmen des Fortbildungskonzeptes der Schule.

(10) <sup>1</sup>Der Schulleiter stellt durch Vertretungskonzepte sicher, dass der Unterricht nach der Stundentafel erteilt wird. <sup>2</sup>In jedem Schuljahr sind Schulkonferenz und Schulträger über die Unterrichtsversorgung und die Erteilung des Unterrichts zu informieren.

(11) <sup>1</sup>Außerunterrichtliche Schulveranstaltungen, die kein Unterricht in anderer Form sind, dürfen vom Schulleiter grundsätzlich nur genehmigt werden, wenn kein Unterricht ausfällt. <sup>2</sup>Der Schulleiter sorgt dafür, dass alle organisatorischen Vorbereitungen des neuen Schuljahres zu dessen Unterrichtsbeginn abgeschlossen sind und dass der Unterricht mit dem ersten Schultag in vollem Umfang erfolgen kann. <sup>3</sup>Nachprüfungen finden vor dem ersten Unterrichtstag des neuen Schuljahres statt. <sup>4</sup>Abitur- und Abschlussprüfungen haben unter Berücksichtigung der Prüfungsbelastungen bei möglichst wenig Unterrichtsausfall zu erfolgen.

(12) <sup>1</sup>Der Schulleiter entscheidet auf der Grundlage des Stellenplans und der Grundsätze der Lehrerkonferenz für die Unterrichtsverteilung über den Unterrichtseinsatz der Lehrer sowie über die Übertragung von Sonderaufgaben. <sup>2</sup>Er setzt die Verteilung der individuellen Pflichtstunden der Lehrer sowie im Rahmen der Grundsätze der Lehrerkonferenz die Stunden-, Vertretungs- und Aufsichtspläne fest. <sup>3</sup>Er wirkt bei der Übertragung höher zu bewertender Tätigkeiten und im Beförderungsverfahren im Rahmen der Vorgaben des Schulträgers mit.

(13) <sup>1</sup>Der Schulleiter ist für die Unfallverhütung sowie eine wirksame Erste Hilfe und für den Arbeits- und Gesundheitsschutz (einschließlich Gefahrstoffentsorgung) verantwortlich. <sup>2</sup>Er trägt u.a. Verantwortung für die Umsetzung der allgemein gültigen gesetzlichen Bestimmungen zur Schulgesundheit (siehe § 19).

(14) <sup>1</sup>Der Schulleiter arbeitet zur Erfüllung des Erziehungs- und Bildungsauftrages mit den Konferenzen zusammen und sorgt für die Ausführung der Beschlüsse. <sup>2</sup>Er kann an Konferenzen, denen er nicht vorsitzt, mit beratender Stimme teilnehmen. <sup>3</sup>Er hat das Recht und die Pflicht, Beschlüsse von Konferenzen, die gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes verstoßen, unverzüglich zu beanstanden. <sup>4</sup>Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung und ist zu begründen. <sup>5</sup>Hilft die Konferenz der Beanstandung nicht ab, holt der Schulleiter die Entscheidung des Schulträgers ein.

(15) <sup>1</sup>Der Schulleiter ist dem Schulträger gegenüber verantwortlich für einen effizienten und sparsamen Einsatz und eine zweckentsprechende Verwendung der finanziellen Mittel, die der Schule zur Verfügung gestellt werden. <sup>2</sup>Er verhindert die Entstehung ungeplanter, nicht refinanzierbarer Ausgaben und stellt die Einhaltung von Pauschalen und Budgets sicher.

### Dritter Teil Schulvertragsverhältnis

#### § 12 Grundlage des Schulvertragsverhältnisses

<sup>1</sup>Grundlage des Schulvertragsverhältnisses ist der zwischen dem Schulträger, dem Schüler (bei minderjährigen Schülern vertreten durch die Eltern) und den Eltern abgeschlossene privatrechtliche Schulvertrag. <sup>2</sup>Namens und im Auftrag des Schulträgers schließt der Schulleiter den Schulvertrag ab und kündigt ihn gegebenenfalls. <sup>3</sup>Im Falle einer Kündigung durch den Schulleiter ist der Schulträger unverzüglich zu informieren.

#### § 13 Antrag auf Aufnahme in die Schule

(1) <sup>1</sup>Der Antrag zur Aufnahme wird vom Schüler, bei minderjährigen Schülern vertreten durch die Eltern, gestellt. <sup>2</sup>Der Antrag erfolgt bei der Schule in der Regel innerhalb der von dieser festgelegten Frist.

(2) Mit dem Antrag auf Aufnahme sind folgende Unterlagen des Schülers vorzulegen:

- Geburtsurkunde oder Familienstammbuch oder Personalausweis,
- Taufnachweis,
- die Zeugnisse der zuletzt besuchten Schule und
- gegebenenfalls durch die Ausbildungs- und Prüfungsordnung vorgeschriebene besondere Ausbildungsnachweise.

#### § 14 Aufnahme in die Schule

(1) <sup>1</sup>Auf Grund ihres Auftrags und ihrer Zielsetzung sind die Katholischen Freien Schulen im Erzbistum Köln vornehmlich für geeignete katholische Schüler bestimmt. <sup>2</sup>In begrenztem Umfang stehen sie auch Schülern anderer christlicher Bekenntnisse und Ungetauften offen. <sup>3</sup>Über die Aufnahme von Bewerbern anderer Religionsgemeinschaften bzw. religionsloser Schüler entscheidet der Schulträger im Einzelfall. <sup>4</sup>Das Nähere bestimmen die für die Schulen des Erzbistums Köln erlassenen „Durchführungsregelungen zur Aufnahme von Schülern in katholischen Schulen in der Trägerschaft des Erzbistums Köln“ in der jeweils geltenden Fassung.

(2) <sup>1</sup>Über die Aufnahme in die Schule entscheidet innerhalb des vorgenannten Rahmens der Schulleiter. <sup>2</sup>Der Schulseelsorger kann beratend an der Auswahl beteiligt werden. <sup>3</sup>Ein Gespräch des Schulleiters oder eines von ihm beauftragten Lehrers mit dem Schüler und seinen Eltern bzw. dem volljährigen Schüler geht der Entscheidung voraus. <sup>4</sup>Es besteht kein Anspruch auf Aufnahme. <sup>5</sup>Bei positiver Entscheidung ist ein

schriftlicher Schulvertrag abzuschließen, anderenfalls erfolgt eine schriftliche Absage. <sup>6</sup>Die Schulleitung kann im Einzelfall Gastschüler zum vorübergehenden Besuch der Schule aufnehmen.

(3) Besondere Aufnahmevoraussetzungen und Aufnahmeverfahren, die in den Ausbildungs- und Prüfungsordnungen des Landes Nordrhein-Westfalen geregelt werden, sind zu beachten.

(4) <sup>1</sup>Wechselt ein Schüler die Schule, wird er auf der Grundlage seines bisherigen Bildungsganges und seiner Zeugnisse im Rahmen der Verweildauer in die Schulform, die Schulstufe und die Klasse oder Jahrgangsstufe aufgenommen, die dem bisherigen Bildungsgang und dem Zeugnis entsprechen. <sup>2</sup>Näheres zum Schulformwechsel bestimmen die Ausbildungs- und Prüfungsordnungen des Landes Nordrhein-Westfalen.

#### § 15 Beendigung des Schulvertragsverhältnisses

(1) Die Beendigung des Schulvertragsverhältnisses richtet sich nach den Vereinbarungen des Schulvertrages.

(2) Das Schulvertragsverhältnis endet insbesondere, wenn

1. der Schüler nach den geltenden Zeugnis-, Versetzungs- und Prüfungsordnungen des Landes Nordrhein-Westfalen die Schule verlassen muss oder
2. der Schulvertrag gekündigt wird.

(3) <sup>1</sup>Ein schulpflichtiger Schüler kann nur in Verbindung mit einem Schulwechsel aus der besuchten Schule ausscheiden. <sup>2</sup>Die Eltern sind für die weitere Erfüllung der Schulpflicht verantwortlich und teilen der bisherigen Schule mit, welche Schule der Schüler künftig besuchen wird.

(4) Dem ausscheidenden Schüler wird ein Zeugnis nach Maßgabe des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (siehe § 49 SchulG-NRW) in der jeweils geltenden Fassung erteilt.

#### § 16 Versäumnis von Unterricht und sonstigen Schulveranstaltungen

(1) <sup>1</sup>Ist ein Schüler durch Krankheit oder aus anderen nicht vorhersehbaren zwingenden Gründen verhindert, die Schule zu besuchen, teilen die Eltern der Schule unverzüglich den Grund für das Schulversäumnis mit. <sup>2</sup>Unmittelbar bei Beendigung des Schulversäumnisses ist der Grund schriftlich mitzuteilen. <sup>3</sup>Bei einem längeren Schulversäumnis ist spätestens nach einer Woche eine schriftliche Zwischenmitteilung vorzulegen. <sup>4</sup>Bei begründeten Zweifeln, ob Unterricht aus gesundheitlichen Gründen versäumt wird, kann die Schule von den Eltern ein ärztliches Attest verlangen und in besonderen Fällen ein schulärztliches oder amtsärztliches Gutachten einholen. <sup>5</sup>Die insoweit entstehenden Kosten sind von den Eltern zu tragen. <sup>6</sup>Auf § 21 Abs. 11 wird hingewiesen. <sup>7</sup>Bei volljährigen Schülern treten diese an die Stelle der Eltern (siehe § 8 Abs. 6).

(2) <sup>1</sup>Die Sorge für das Wohl der Schüler erfordert es, jedem Anschein von Vernachlässigung oder Misshandlung nachzugehen. <sup>2</sup>Die Schule entscheidet rechtzeitig über die Einbeziehung des Jugendamtes oder anderer Stellen.



(3) <sup>1</sup>Die Schulkonferenz kann für die gymnasiale Oberstufe und / oder für einzelne Jahrgänge und / oder für die Sekundarstufe I festlegen, dass Klassenarbeiten bzw. Klausuren nur mit ärztlichem Attest als entschuldigt versäumt gelten. <sup>2</sup>Abs. 1 Sätze 4 und 5 bleiben unberührt.

(4) <sup>1</sup>Ohne dass das Schulvertragsverhältnis unterbrochen wird, kann der Schulleiter den Schüler auf Antrag der Eltern aus wichtigem Grund bis zur Dauer eines Schuljahres vom Unterricht beurlauben (z. B. für einen Auslandsaufenthalt) oder von der Teilnahme an einzelnen Unterrichts- oder Schulveranstaltungen befreien. <sup>2</sup>Unmittelbar vor und im Anschluss an Ferien darf ein Schüler nicht beurlaubt werden. <sup>3</sup>Über Ausnahmen in nachweisbar dringenden Fällen entscheidet der Schulleiter. <sup>4</sup>Längerfristige Beurlaubungen und Befreiungen erfolgen unter Beachtung der staatlichen Vorgaben. <sup>5</sup>Die Beurlaubung ist rechtzeitig schriftlich bei der Schule zu beantragen. <sup>6</sup>Falls den Eltern oder dem Schüler bekannt ist, dass während des Beurlaubungszeitraums eine Klausur oder eine Klassenarbeit geschrieben werden soll, muss dies im Antrag angegeben werden. <sup>7</sup>Eine Beurlaubung von einer Klassenarbeit oder einer Klausur ist nur in besonderen Ausnahmefällen möglich. <sup>8</sup>Der Schulleiter entscheidet über schulinterne Regelungen bei Befreiung und Beurlaubung vom Unterricht und sonstigen schulischen Veranstaltungen.

(5) <sup>1</sup>Schülervertreter können auf eigenen Antrag im Rahmen ihrer Aufgabe durch den Schulleiter vom Unterricht beurlaubt werden. <sup>2</sup>§ 39 Abs. 15 bleibt unberührt.

(6) <sup>1</sup>Über Art und Umfang der Befreiung vom Sportunterricht aus gesundheitlichen Gründen entscheidet der Fachlehrer. <sup>2</sup>Für eine Befreiung über eine Woche hinaus ist in der Regel ein ärztliches Attest vorzulegen. <sup>3</sup>Sofern der Befreiungsgrund offenkundig ist, kann auf die Vorlage eines ärztlichen Attestes verzichtet werden. <sup>4</sup>Näheres regelt der Schulleiter (siehe Abs. 4 Satz 8).

## § 17

### Information und Beratung

(1) Jede Schule und jeder Lehrer haben die Aufgabe, die Eltern und die Schüler in Fragen der Schullaufbahn und der Persönlichkeitsentwicklung zu beraten und ihnen bei der Wahl der Bildungsmöglichkeiten entsprechend den Anlagen und Fähigkeiten des Einzelnen zu helfen.

(2) <sup>1</sup>Die Lehrer informieren die Schüler sowie deren Eltern über die individuelle Lern- und Leistungsentwicklung und beraten sie. <sup>2</sup>Den Schülern sind die Bewertungsmaßstäbe für die Notengebung und für Beurteilungen zu erläutern. <sup>3</sup>Auf Wunsch werden ihnen ihr Leistungsstand mitgeteilt und einzelne Beurteilungen erläutert. <sup>4</sup>Dies gilt auch für die Bewertung von Prüfungsleistungen.

(3) <sup>1</sup>Im Rahmen ihrer Gesamtverantwortung können Lehrer mit Zustimmung des Schulleiters in hierfür geeigneten Unterrichtsbereichen die Mitarbeit von hierzu bereiten Eltern vorsehen. <sup>2</sup>Gleiches gilt bei außerunterrichtlichen Schulveranstaltungen und Angeboten im Ganztagsbereich.

(4) <sup>1</sup>Elterngesprächen kommt im Rahmen der Erziehungsgemeinschaft an Katholischen Freien Schulen eine besondere Bedeutung zu. <sup>2</sup>Die Lehrer beraten die Eltern im Rahmen ihres Dienstes außerhalb ihres Unterrichts. <sup>3</sup>Näheres regelt die Schulkonferenz. <sup>4</sup>Elternsprechtage sind so zu organisieren, dass möglichst wenig Unterricht ausfällt. <sup>5</sup>Im Verlauf eines

Schuljahres kann höchstens ein Unterrichtsvormittag hierfür in Anspruch genommen werden. <sup>6</sup>Die Entscheidung trifft die Schulkonferenz (siehe § 30 Abs. 1 Nr. 11). <sup>7</sup>Für die Schüler ist der unterrichtsfreie Tag als Studientag anzusetzen.

(5) <sup>1</sup>Die Schule soll Eltern sowie Schüler in Fragen der Erziehung, der Schullaufbahn und des weiteren Bildungswegs beraten. <sup>2</sup>Sie arbeitet hierbei insbesondere mit schulpsychologischen Einrichtungen, Beratungsstellen und der Berufsberatung zusammen.

## § 18

### Sexualerziehung / Information der Eltern

(1) <sup>1</sup>Unbeschadet des natürlichen Erziehungsrechts der Eltern gehört die Sexualerziehung zu den Erziehungsaufgaben der Schule. <sup>2</sup>Der fächerübergreifende Sexualekundeunterricht ergänzt und unterstützt die Erziehungsarbeit der Eltern. <sup>3</sup>Er ist durch den Anspruch des Schülers auf moralische Erziehung begründet. <sup>4</sup>Die altersgemäße Erziehung zu einem verantwortlichen geschlechtlichen Verhalten mit dem Ziel der Förderung von Ehe und Familie sind Teil der ganzheitlichen Erziehung an den Katholischen Freien Schulen. <sup>5</sup>Das Nähere regeln die Ausführungsbestimmungen des Erzbischofs für die Katholischen Freien Schulen im Erzbistum Köln zu den Richtlinien für die Sexualerziehung in Nordrhein-Westfalen (Amtsblatt des Erzbistums Köln vom 01.05.2003).

(2) Die Eltern sind zuvor über Ziel, Inhalt und Form der Sexualerziehung sowie über die hierbei verwendeten Lehr- und Lernmittel zu informieren.

## § 19

### Gesundheitserziehung und Gesundheitsförderung

(1) <sup>1</sup>Im Rahmen der ganzheitlichen Erziehung der Schule erfasst der Begriff Gesundheit mehr als nur das Fehlen von Krankheit. <sup>2</sup>Der Mensch in seiner Gesamtheit von Physis, Psyche und sozialen Beziehungen steht im Vordergrund. <sup>3</sup>Die Gesundheitserziehung soll als fächerübergreifender Bestandteil der Bildungs- und Erziehungsarbeit der Schule jungen Menschen helfen, ein gesundheitsbewusstes Verhalten zu entwickeln, das von der Verantwortung für sich selbst und der Allgemeinheit gegenüber getragen ist.

(2) Ein Schwerpunkt innerhalb der Gesundheitserziehung und Gesundheitsförderung ist die Auseinandersetzung des Schülers mit gesundheitsförderndem beziehungsweise gesundheitsschädigendem Verhalten (z. B. im Rahmen der folgenden Themenschwerpunkte: Ess- und Trinkverhalten, Umgang mit Süchten – wie Nikotin-, Alkohol-, Spiel-, Medikamenten- und Drogensucht –, Freizeitverhalten, Aggressivität und Gewaltbereitschaft, Freude an der Bewegung und am gemeinsamen Sport, Gestaltung des gesundheitsfördernden Lebensraums Schule).

(3) <sup>1</sup>Die Schulgesundheitspflege hat das Ziel, Krankheiten der Schüler vorzubeugen, sie frühzeitig zu erkennen und Wege zu ihrer Heilung aufzuzeigen. <sup>2</sup>Die Aufgaben der Schulgesundheitspflege nehmen die unteren Gesundheitsbehörden in Zusammenarbeit mit der Schule und den Eltern wahr (siehe § 54 SchulG-NRW).

(4) <sup>1</sup>Schüler sind verpflichtet, sich in Reihenuntersuchungen schulärztlich untersuchen zu lassen. <sup>2</sup>Weitere Maßnahmen zur Schulgesundheitspflege richten sich nach dem Infektionsschutzgesetz. <sup>3</sup>Das Recht auf körperliche Unversehrtheit (Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes) wird insoweit eingeschränkt.

(5) <sup>1</sup>Schüler, deren Verbleib in der Schule eine konkrete Gefahr für die Gesundheit anderer bedeutet, können vorübergehend oder dauernd vom Schulbesuch ausgeschlossen werden. <sup>2</sup>Die Entscheidung trifft der Schulleiter auf Grund eines Gutachtens des schulärztlichen Dienstes. <sup>3</sup>Bei Gefahr im Verzuge ist der Schulleiter befugt, einen vorläufigen Ausschluss vom Besuch der Schule auszusprechen.

(6) <sup>1</sup>Im Rahmen der Gesundheitserziehung der Schule sind auf dem Schulgrundstück und bei Schulveranstaltungen außerhalb des Schulgrundstücks grundsätzlich der Verkauf, der Ausschank und der Genuss alkoholischer Getränke sowie das Rauchen untersagt. <sup>2</sup>Über anlassbezogene Ausnahmen (Schulfest, Abschlussfeiern, Ehemaligentreffen, etc.) entscheidet die Schulkonferenz (§ 30 Abs. 1 Nr. 24). <sup>3</sup>Branntweinhaltinge Getränke und sonstige Rauschmittel sind in keinem Fall erlaubt. <sup>4</sup>Inwieweit das in Satz 1 festgelegte Verbot auf die unmittelbare Nähe des Schulgeländes ausgedehnt wird, regelt die Schul- bzw. Hausordnung.

## § 20 Meinungsfreiheit

(1) <sup>1</sup>Die Schule soll die Schüler zu selbstständigem kritischen Urteil, zu eigenverantwortlichem Handeln und zur Wahrnehmung von Rechten und Pflichten im gesellschaftlichen, politischen und kirchlichen Leben befähigen. <sup>2</sup>Die Schüler sollen lernen, ihre Meinung frei, kritisch und in Achtung vor der Würde des Menschen und der Überzeugung anderer zu äußern.

(2) Die Schüler haben das Recht, in der Schule innerhalb und außerhalb des Unterrichts ihre Meinung in Wort, Schrift und Bild angemessen zu äußern.

(3) Das Recht auf freie Meinungsäußerung findet seine Schranken im Grundverständnis der Katholischen Schule (siehe §§ 1 bis 3), in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, in den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.

(4) <sup>1</sup>Die Schüler haben das Recht, Schülerzeitungen herauszugeben und auf dem Schulgrundstück zu verbreiten. <sup>2</sup>Schülerzeitungen sind Zeitungen, die von Schülern einer Schule für deren Schülerschaft herausgegeben werden. <sup>3</sup>Das Landespressegesetz findet auf Schülerzeitungen Anwendung. <sup>4</sup>Dies gilt auch für elektronische Zeitungen. <sup>5</sup>Schülerzeitungen unterliegen nicht der Verantwortung der Schule. <sup>6</sup>Herausgabe und Vertrieb der Schülerzeitung bedürfen keiner Genehmigung. <sup>7</sup>Eine Zensur findet nicht statt. <sup>8</sup>Für alle Veröffentlichungen in der Schülerzeitung tragen Herausgeber und Redaktion die alleinige rechtliche Verantwortung.

(5) <sup>1</sup>Der Vertrieb einer Schülerzeitung auf dem Schulgrundstück kann durch Anordnung des Schulleiters untersagt werden, wenn der Inhalt der Schülerzeitung den durch Abs. 3 gesetzten Rahmen der freien Meinungsäußerung überschreitet. <sup>2</sup>Es wird empfohlen, der Schulleitung vor Drucklegung ein Musterexemplar auszuhändigen. <sup>3</sup>Mindestens zwei Unterrichtstage vor der beabsichtigten Verbreitung auf dem Schulgrundstück ist ein Exemplar der Schülerzeitung dem Schulleiter auszuhändigen. <sup>4</sup>Widerspricht der Schulleiter der Vertei-

lung und erhebt die Redaktion der Schülerzeitung Einwände gegen das Vertriebsverbot, so führt der Schulleiter unverzüglich die Entscheidung des Eilausschusses der Schulkonferenz oder eines anderen von der Schulkonferenz für diese Angelegenheit eingesetzten Gremiums herbei.

(6) <sup>1</sup>Das Erstellen von Schülerzeitungen ist ein wichtiger und zu fördernder Bestandteil der Bildungs- und Erziehungsarbeit an Katholischen Freien Schulen. <sup>2</sup>Die Schüler sollen sich bei ihrer redaktionellen Tätigkeit durch Personen ihres Vertrauens beraten lassen, insbesondere wenn die Redaktion Zweifel hat, ob ein Beitrag die Grenzen des Abs. 3 überschreitet oder den Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule beeinträchtigt.

(7) <sup>1</sup>Schulfremde Flugblätter und andere Druckschriften dürfen auf dem Schulgrundstück an die Schüler nicht verteilt werden. <sup>2</sup>Ausnahmen kann der Schulleiter zulassen, wenn die Druckschriften schulischen, gemeinnützigen oder kirchlichen Zwecken dienen. <sup>3</sup>Plakate dürfen mit Zustimmung des Schulleiters nur angebracht werden, wenn gegen das grundsätzliche Verbot politischer und wirtschaftlicher Werbung nicht verstoßen wird.

(8) Meinungsumfragen und Erhebungen, Fernseh- und Rundfunkaufnahmen sind in den Schulen nur mit Zustimmung des Schulleiters zulässig.

## § 21 Erziehung, Erzieherische Einwirkungen, Erziehungsmaßnahmenkonferenz und Kündigung

(1) <sup>1</sup>Erzieherische Einwirkungen dienen der geordneten Bildungs- und Erziehungsarbeit der Schule, der Persönlichkeitsentwicklung des einzelnen Schülers und dem Schutz von Personen und Sachen. <sup>2</sup>Sie sollen die Reflexion des Schülers über das eigene Fehlverhalten und dessen Wiedergutmachung ermöglichen und eine Verhaltensänderung bei ihm bewirken. <sup>3</sup>Ziel der erzieherischen Einwirkung ist somit nicht die Bestrafung. <sup>4</sup>Die Verstärkung richtigen Verhaltens ist Ziel und Mittel der erzieherischen Arbeit. <sup>5</sup>Außerschulisches Verhalten des Schülers kann dann Gegenstand einer erzieherischen Einwirkung sein, wenn es sich auf die Bildungs- und Erziehungsarbeit störend auswirkt. <sup>6</sup>Die Anwendung von erzieherischen Einwirkungen soll so rechtzeitig erfolgen, dass der Bezug zum Fehlverhalten besteht.

(2) <sup>1</sup>Alle erzieherischen Einwirkungen müssen dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entsprechen. <sup>2</sup>Unter Berücksichtigung erzieherischer Grundsätze im Rahmen des Grundverständnisses der Katholischen Freien Schule wählt der Lehrer bzw. der Schulleiter in eigener Verantwortung das Erziehungsmittel, das der jeweiligen Situation sowie dem Alter und der Persönlichkeit des Schülers am ehesten gerecht wird. <sup>3</sup>Körperliche Bestrafungen, seelische Verletzungen und andere entwürdigende Maßnahmen sind unzulässig. <sup>4</sup>Einwirkungen auf mehrere Schüler sind nur zulässig, wenn das Fehlverhalten jedem Einzelnen zuzurechnen ist. <sup>5</sup>Erzieherische Einwirkungen können mit Auflagen verbunden und sollen ggf. pädagogisch besonders begleitet werden.

(3) <sup>1</sup>Erzieherische Einwirkungen sollen von der gemeinsamen Sorge von Eltern und Schule um den der Schule anvertrauten Schüler getragen sein. <sup>2</sup>Sie sind dann besonders Erfolg versprechend, wenn die Eltern die Maßnahmen der Schule mittragen. <sup>3</sup>Auf die Einbeziehung der Eltern in den Erziehungsprozess ist deshalb ein besonderes Augenmerk zu richten. <sup>4</sup>Im Einzelfall soll im Einvernehmen mit den Eltern fachkundige Hilfe hinzugezogen werden.

- (4) <sup>1</sup>Erzieherische Einwirkungen sind insbesondere:
1. das erzieherische Gespräch, ggf. mit Zielvereinbarungen zur Förderung des erwünschten Verhaltens,
  2. die mündliche Missbilligung des Fehlverhaltens (Er-mahnung),
  3. Gruppengespräche mit Schülern und / oder Eltern,
  4. die schriftliche Missbilligung des Fehlverhaltens (z.B. Klassenbucheintragung, schriftliche Benach-richtigung der Eltern, Zeugnisbemerkung),
  5. Maßnahmen mit dem Ziel der Wiedergutmachung des angerichteten – nicht nur materiellen – Schadens,
  6. die Anordnung besonderer schulischer Sozialstunden unter Aufsicht, jedoch erst nach Benachrichtigung der Eltern,
  7. der Ausschluss von der laufenden Unterrichtsstunde durch den Fachlehrer,
  8. der vorübergehende Ausschluss vom Unterricht über die laufende Stunde hinaus bis zum Ende des Schul-tages durch den Schulleiter,
  9. die Anordnung der Nacharbeit unter Aufsicht, je-doch erst nach Benachrichtigung der Eltern,
  10. die zeitweise Wegnahme von Gegenständen,
  11. der schriftliche Verweis,
  12. der vorübergehende Ausschluss von außerunterricht-lichen Veranstaltungen (z.B. Klassen- oder Studien-fahrten),
  13. der vorübergehende Ausschluss in einem Fach oder in mehreren Fächern für die Dauer von bis zu vier Wochen,
  14. der vorübergehende Ausschluss vom Unterricht von einem Tag bis zu zwei Wochen (während der Dauer eines Ausschlusses vom Unterricht darf der Schüler das Schulgelände nicht betreten),
  15. die Überweisung in eine parallele Klasse oder Lern-gruppe oder
  16. die Androhung der Kündigung des Schulvertrags.

<sup>2</sup>Die gleichzeitige Anwendung mehrerer erzieherischer Einwir-kungen ist, soweit es sinnvoll erscheint, zulässig; eine Bindung an die Reihenfolge der erzieherischen Einwirkungen nach Abs. 4 Satz 1 Nrn. 1 bis 16 besteht nicht. <sup>3</sup>Abs. 2 Satz 2 ist zu be-achten. <sup>4</sup>Es ist darüber zu entscheiden, ob der Schüler an Klas-senarbeiten bzw. Klausuren, die in den in Satz 1 unter Nrn. 13 und 14 festgelegten Zeitraum fallen, teilnehmen darf. <sup>5</sup>Über erzieherische Einwirkungen nach Satz 1 Nrn. 1 bis 10 (mit Ausnahme von Nr. 8) entscheidet der Lehrer, über solche nach Nrn. 11 bis 16 die Erziehungsmaßnahmenkonferenz. <sup>6</sup>In dringenden Fällen kann der Schulleiter eine Entscheidung nach Abs. 4 Satz 1 Nrn. 11 bis 16 treffen. <sup>7</sup>Die Erziehungs-maßnahmenkonferenz ist anschließend unverzüglich zu infor-mieren.

(5) <sup>1</sup>Die Maßnahmen nach Abs. 4 Satz 1 Nrn. 11 bis 16 sind nur zulässig, wenn andere erzieherische Einwirkungen erfolg-los geblieben sind, keinen Erfolg versprechen oder der beson-deren Schwere des Fehlverhaltens nicht gerecht werden. <sup>2</sup>Sie können mit der Verpflichtung zur Erfüllung angemessener so-zialer Aufgaben für die Schule oder mit „schulischen Sozial-stunden“ (siehe Abs. 4 Satz 1 Nr. 6) verknüpft werden. <sup>3</sup>Jede erzieherische Einwirkung nach Abs. 4 Satz 1 Nr. 11 bis 16 ist den Eltern bzw. dem volljährigen Schüler schriftlich bekannt zu geben und zu begründen.

(6) <sup>1</sup>Die Erziehungsmaßnahmenkonferenz wird im Einzel-fall vom Schulleiter einberufen. <sup>2</sup>Ihr gehören an:

1. der Schulleiter oder sein ständiger Vertreter (Vor-sitz),
2. zwei für die Dauer eines Schuljahres von der Lehrer-konferenz zu wählende Lehrer,
3. der Klassen- bzw. Jahrgangsstufenleiter,
4. ein weiterer, den betroffenen Schüler derzeit unter-richtender und vom Schulleiter zu benennender Lehrer,
5. ein weiterer, den betroffenen Schüler derzeit unter-richtender und vom Schüler zu benennender Lehrer, und
6. je ein von der Schulpflegschaft und vom Schülerrat für die Dauer eines Schuljahres gewählter Vertreter der Eltern und der Schüler.

<sup>3</sup>Die Lehrerkonferenz wählt eine entsprechende Anzahl von Mitgliedern und Ersatzmitgliedern und die Schulpflegschaft und der Schülerrat wählen jeweils ein Mitglied und ein Ersatz-mitglied aus ihrer Mitte. <sup>4</sup>Die Hinzuziehung von Lehrern nach Satz 2 Nrn. 3 bis 5 erfolgt in der Regel nur, soweit diese Lehrer nicht schon zu den in Satz 2 Nr. 2 genannten Lehrern gehören. <sup>5</sup>Die Konferenz kann einzelne Schüler und Lehrer und weitere Personen, die zur Aufklärung des Sachverhaltes beitragen kön-nen, als Gäste hinzuziehen. <sup>6</sup>Mitglieder der Erziehungsmaß-nahmenkonferenz dürfen bei der Beratung und Beschlussfas-sung über diejenigen Angelegenheiten, die sie selbst oder ihre Angehörigen persönlich betreffen, nicht anwesend sein. <sup>7</sup>Die Entscheidung nach Satz 6 trifft der Schulleiter.

(7) <sup>1</sup>Vor jeder erzieherischen Einwirkung nach Abs. 4 Satz 1 Nrn. 11 bis 16 ist dem betroffenen Schüler und bei minderjäh-rigen Schülern auch dessen Eltern Gelegenheit zur Stellungnah-me zu geben. <sup>2</sup>Der Schüler kann zur Anhörung einen Lehrer oder Schüler seines Vertrauens oder den Schulseelsorger hinzu-ziehen. <sup>3</sup>Ein volljähriger Schüler kann sich auch von einem El-ternteil als Person seines Vertrauens unterstützen lassen. <sup>4</sup>An der Beratung und Beschlussfassung der Erziehungsmaßnahmen-konferenz nehmen der Schüler, seine Eltern und die Person des Vertrauens nicht teil. <sup>5</sup>Die Entscheidungen in der Erziehungs-maßnahmenkonferenz werden mit Stimmenmehrheit gefasst. <sup>6</sup>Im Falle der Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzen-den den Ausschlag. <sup>7</sup>Soweit der Schulleiter in dringenden Fäl-len unmittelbar eine erzieherische Einwirkung nach Abs. 4 Satz 1 Nrn. 11 bis 16 vornimmt, kann die vorherige Anhörung der Eltern unterbleiben; sie ist unverzüglich nachzuholen.

(8) <sup>1</sup>Die Mitglieder der Erziehungsmaßnahmenkonferenz haben über die Arbeit in diesem Gremium Verschwiegenheit zu bewahren. <sup>2</sup>Die Wahrung der schutzwürdigen Interessen einzelner oder mehrerer Schüler, Eltern, Lehrer oder anderer Personen ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit der Erziehungsmaßnahmenkonferenz. <sup>3</sup>Die Verschwiegenheits-pflicht gilt in der Regel nicht für den Beschluss der Konferenz. <sup>4</sup>Die Mitglieder haben die Verschwiegenheit nach Satz 1 auch nach Beendigung ihrer Amtszeit zu wahren.

(9) <sup>1</sup>Die ordentliche (fristgebundene) Kündigung des Schul-vertrags durch den Schulleiter in Vertretung des Schulträgers ist als Maßnahme grundsätzlich nur zulässig, wenn die erziehe-rischen Einwirkungen erfolglos geblieben sind, keinen Erfolg versprechen oder der besonderen Schwere des Fehlverhaltens nicht gerecht werden. <sup>2</sup>Insoweit muss ein schweres oder wiederholtes Fehlverhalten des Schülers oder seiner Eltern vor-liegen, durch das die Erfüllung der Aufgaben der Schule (ins-besondere des Bildungs- und Erziehungsauftrages der Katholi-schen Freien Schule) oder die Rechte anderer ernstlich gefäh-rdet oder verletzt wurden. <sup>3</sup>Der Schulleiter kann sich durch die Erziehungsmaßnahmenkonferenz beraten lassen. <sup>4</sup>Die Sätze 1 und 2 gelten sinngemäß – mit einem qualitativ entsprechend

reduzierten Maßstab bzgl. der Schwere des Fehlverhaltens – für die grundsätzlich vorausgehende Androhung nach Abs. 4 Satz 1 Nr.16. <sup>5</sup>Abs. 7 Satz 1 ist entsprechend anzuwenden.

(10) <sup>1</sup>Die außerordentliche (fristlose) Kündigung des Schulvertrags durch den Schulleiter in Vertretung des Schulträgers setzt voraus, dass in den Fällen des Abs. 9 sofortiges Handeln geboten ist, um erheblichen Schaden von der Schule oder den am Schulleben Beteiligten abzuwenden. <sup>2</sup>Entsprechendes gilt für das Absehen von einer vorherigen Androhung nach Abs. 4 Satz 1 Nr. 16. <sup>3</sup>Der Schulleiter kann sich durch die Erziehungsmaßnahmenkonferenz beraten lassen. <sup>4</sup>Abs. 7 Satz 1 ist in der Regel entsprechend anzuwenden.

(11) <sup>1</sup>Die Androhung nach Abs. 4 Satz 1 Nr. 16 kann auch dann unterbleiben und die fristlose Kündigung ausgesprochen werden, wenn ein nicht mehr schulpflichtiger Schüler innerhalb eines Zeitraums von 30 Kalendertagen insgesamt 20 Unterrichtsstunden unentschuldig versäumt hat oder wenn durch seine wiederholte unentschuldigte Abwesenheit bei Klausuren in mindestens zwei Unterrichtsfächern keine Möglichkeit besteht, die schriftlichen Leistungen zu bewerten. <sup>2</sup>Die Anwendung von Abs. 7 Satz 1 ist nicht erforderlich. <sup>3</sup>Der Schüler und seine Eltern sind zu Beginn eines Schuljahres auf Satz 1 hinzuweisen. <sup>4</sup>Aus einer Unterlassung der Information können keine Rechte abgeleitet werden.

#### Vierter Teil

##### Prüfungs- und Berechtigungswesen

Im Bereich des Prüfungs- und Berechtigungswesens nehmen die Katholischen Freien Schulen als Beliehene unmittelbar hoheitliche staatliche Aufgaben wahr.

#### § 22

##### Grundsätze der Leistungsbewertung

(1) <sup>1</sup>Die Leistungsbewertung soll über den Stand des Lernprozesses des Schülers Aufschluss geben; sie soll auch Grundlage für die weitere Förderung des Schülers sein. <sup>2</sup>Die Leistungen werden durch Noten bewertet. <sup>3</sup>Das Nähere regeln die staatlichen Ausbildungs- und Prüfungsordnungen.

(2) <sup>1</sup>Erreicht bei einer Klassenarbeit oder Klausur ein Drittel der Schüler kein ausreichendes Ergebnis (in der Oberstufe gilt dies für Klausuren, die mit weniger als fünf Punkten bewertet wurden), so informiert der Fachlehrer den Schulleiter. <sup>2</sup>Die Wirksamkeit der Benotung bleibt davon unberührt.

(3) Bei der Bewertung der Leistungen werden folgende Notenstufen zu Grunde gelegt:

1. sehr gut (1)

Die Note „sehr gut“ soll erteilt werden, wenn die Leistung den Anforderungen im besonderen Maße entspricht.

2. gut (2)

Die Note „gut“ soll erteilt werden, wenn die Leistung den Anforderungen voll entspricht.

3. befriedigend (3)

Die Note „befriedigend“ soll erteilt werden, wenn die Leistung im Allgemeinen den Anforderungen entspricht.

4. ausreichend (4)

Die Note „ausreichend“ soll erteilt werden, wenn die Leistung zwar Mängel aufweist, aber im Ganzen den Anforderungen noch entspricht.

5. mangelhaft (5)

Die Note „mangelhaft“ soll erteilt werden, wenn die Leistung den Anforderungen nicht entspricht, jedoch

erkennen lässt, dass die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind und die Mängel in absehbarer Zeit behoben werden können.

6. ungenügend (6)

Die Note „ungenügend“ soll erteilt werden, wenn die Leistung den Anforderungen nicht entspricht und selbst die Grundkenntnisse so lückenhaft sind, dass die Mängel in absehbarer Zeit nicht behoben werden können.

(4) <sup>1</sup>Die Leistungsbewertung bezieht sich auf die im Unterricht vermittelten Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten. <sup>2</sup>Grundlage der Leistungsbewertung sind alle von dem Schüler im Beurteilungsbereich „Schriftliche Arbeiten“ und im Beurteilungsbereich „Sonstige Leistungen im Unterricht“ erbrachten Leistungen. <sup>3</sup>Beide Beurteilungsbereiche sowie ggf. die Ergebnisse zentraler Lernstandserhebungen werden bei der Leistungsbewertung angemessen berücksichtigt. <sup>4</sup>Die Teilnahme an den zentralen Lernstandserhebungen des Landes erfolgt nach den Vorgaben des Schulträgers.

(5) Werden Leistungen aus Gründen, die von dem Schüler nicht zu vertreten sind, nicht erbracht, können nach Maßgabe der Ausbildungs- und Prüfungsordnung Leistungsnachweise nachgeholt und kann der Leistungsstand durch eine Prüfung festgestellt werden.

(6) Werden Leistungen aus Gründen, die von dem Schüler zu vertreten sind, nicht erbracht, so wird dies wie eine ungenügende Leistung bewertet.

(7) <sup>1</sup>Bedient sich ein Schüler zur Erbringung einer Leistung unerlaubter Hilfe, so begeht er eine Täuschungshandlung. <sup>2</sup>Bei geringem Umfang der Täuschungshandlung wird der ohne Täuschung erbrachte Teil bewertet; der übrige Teil wird als nicht erbracht gewertet. <sup>3</sup>Bei umfangreicher Täuschungshandlung wird die gesamte Leistung wie eine ungenügende Leistung bewertet. <sup>4</sup>Bei Unklarheit über den Umfang der Täuschungshandlung wird die Wiederholung der Arbeit angeordnet. <sup>5</sup>Wird eine Täuschungshandlung erst nach Abschluss der Leistung festgestellt, so ist entsprechend zu verfahren. <sup>6</sup>Die Ausbildungs- und Prüfungsordnungen können Näheres bestimmen. <sup>7</sup>Bei schwerwiegenden und / oder wiederholten Täuschungshandlungen ist eine Einwirkung auf den Schüler im Rahmen des § 21 geboten.

#### § 23

##### Zeugnisse, Bescheinigungen über die Schullaufbahn

(1) <sup>1</sup>Schüler erhalten am Ende des Schuljahres und in der Regel am Ende des Schulhalbjahres oder des entsprechenden Ausbildungsabschnittes ein Zeugnis über die erbrachten Leistungen oder eine Bescheinigung über die Schullaufbahn. <sup>2</sup>Schüler, die die Schule verlassen, erhalten

– ein Abschlusszeugnis, wenn nach Erfüllung der Schulpflicht in der Sekundarstufe I oder II ein Abschluss erworben wurde,

– ein Abgangszeugnis, wenn eine Schule nach Erfüllung der Schulpflicht ohne Abschluss verlassen wird,

– ein Überweisungszeugnis, wenn sie innerhalb einer Schulstufe die Schule wechseln; auf Überweisungszeugnissen sind erworbene Abschlüsse und Berechtigungen zu vermerken.

(2) <sup>1</sup>Neben den Angaben zum Leistungsstand werden in Zeugnissen und in Bescheinigungen über die Schullaufbahn die entschuldigenden und unentschuldigenden Fehlzeiten aufgenommen, soweit in den Ausbildungs- und Prüfungsordnungen

nichts anderes bestimmt ist. <sup>2</sup>Auf dem Zeugnis können auch Hinweise zu unentschuldigter versäumter verpflichtender Schulveranstaltungen erfolgen. <sup>3</sup>Ferner werden nach Maßgabe der hierzu erlassenen Richtlinien des Schulträgers Aussagen zum Arbeits- und Sozialverhalten aufgenommen.

## § 24 Versetzung

(1) <sup>1</sup>Ein Schüler wird nach Maßgabe der Ausbildungs- und Prüfungsordnung in der Regel am Ende des Schuljahres in die nächst höhere Klasse oder Jahrgangsstufe versetzt, wenn die Leistungsanforderungen der bisherigen Klasse oder Jahrgangsstufe erfüllt sind. <sup>2</sup>Eine Vorversetzung ist möglich, wenn eine erfolgreiche Teilnahme am Unterricht der höheren Klasse oder Jahrgangsstufe zu erwarten ist. <sup>3</sup>Im Übrigen gelten die staatlichen Ausbildungs- und Prüfungsordnungen.

(2) <sup>1</sup>Über die Versetzung entscheidet die Klassen- oder Jahrgangsstufenkonferenz als Versetzungskonferenz. <sup>2</sup>Mitglieder der Versetzungskonferenz sind die Lehrer, die den Schüler im zweiten Halbjahr unterrichtet haben. <sup>3</sup>In der Versetzungskonferenz übernimmt der Schulleiter den Vorsitz oder bestellt eine Vertretung.

(3) <sup>1</sup>Die Schule hat ihren Unterricht so zu gestalten und die Schüler so zu fördern, dass die Versetzung der Regelfall ist. <sup>2</sup>Schüler der Grundschule und der Sekundarstufe I, deren Versetzung gefährdet ist, erhalten zum Ende des ersten Schulhalbjahres eine individuelle Lern- und Förderempfehlung. <sup>3</sup>Sie sollen zudem die Möglichkeit der Teilnahme an schulischen Förderangeboten erhalten mit dem Ziel, erkannte Lern- und Leistungsdefizite unter Einbeziehung der Eltern bis zur Versetzungsentscheidung zu beheben (siehe § 6 Abs. 3). <sup>4</sup>Eine Lern- und Förderempfehlung erhalten Schüler der Grundschule und der Sekundarstufe I auch im Falle der Nichtversetzung zum Ende des Schuljahres. <sup>5</sup>Über die Form der Lern- und Förderempfehlung entscheidet die Schulkonferenz.

(4) <sup>1</sup>Ist die Versetzung eines Schülers gefährdet, weil die Leistungen in einem Fach abweichend von den im letzten Zeugnis erteilten Noten nicht mehr ausreichen, so sind die Eltern schriftlich zu benachrichtigen. <sup>2</sup>Auf etwaige besondere Folgen einer Nichtversetzung des Schülers ist hinzuweisen. <sup>3</sup>Hat die Schule die Eltern nicht benachrichtigt, so kann daraus kein Anspruch auf Versetzung hergeleitet werden. <sup>4</sup>Unterbleibt die Benachrichtigung, obwohl sie in einem oder mehreren Fächern hätte erfolgen müssen, werden Minderleistungen in genau einem Fach bei der Versetzungsentscheidung nicht berücksichtigt. <sup>5</sup>Dies gilt nicht bei der Vergabe von Abschlüssen und Berechtigungen. <sup>6</sup>Auch volljährige Schüler erhalten eine Benachrichtigung, ohne jedoch aus einer unterbliebenen Benachrichtigung Rechte ableiten zu können.

(5) <sup>1</sup>Schüler, die nicht versetzt werden, wiederholen die bisher besuchte Klasse oder Jahrgangsstufe. <sup>2</sup>Eine zweite Wiederholung ist in der Regel nicht zulässig.

## § 25 Schulische Abschlussprüfungen, Anerkennung

(1) <sup>1</sup>Soweit die Ausbildungs- und Prüfungsordnungen für schulische Bildungsgänge Abschlussprüfungen vorsehen, wird in diesen festgestellt, ob und auf welchem Leistungsstand der Schüler das Ziel des Bildungsgangs erreicht hat. <sup>2</sup>Die Prüfungsanforderungen werden durch die staatlichen Ausbildungs- und Prüfungsordnungen sowie die Richtlinien und Lehrpläne bestimmt.

(2) Eine nicht bestandene Prüfung kann in der Regel nur einmal wiederholt werden.

(3) Abschlüsse und Berechtigungen, die außerhalb des Landes Nordrhein-Westfalen erworben wurden, bedürfen der Anerkennung durch die staatliche Schulaufsichtsbehörde.

## Fünfter Teil Schulverfassung / Mitwirkung in der Schule

### § 26 Grundsätze der Mitwirkung

(1) <sup>1</sup>Alle am Schulleben Beteiligten wirken aktiv an der Gestaltung und Entscheidung über die sie betreffenden Angelegenheiten unter Beachtung der Verfasstheit der Kirche mit. <sup>2</sup>Dies erfordert von den Beteiligten die Bereitschaft zu gemeinsam getragener Verantwortung und vertrauensvoller Zusammenarbeit.

(2) <sup>1</sup>Ziel der Mitwirkung ist es, die Eigenverantwortung in der Schule zu fördern und das Zusammenwirken aller Beteiligten im Sinne des katholischen Bildungs- und Erziehungsideals zu stärken. <sup>2</sup>Bei der Erfüllung ihres Auftrags ist auf das natürliche Recht der Eltern auf Erziehung ihrer Kinder zu achten.

(3) <sup>1</sup>Lehrer, Eltern und entsprechend ihrer altersgemäßen Urteilsfähigkeit die Schüler sowie die sonstigen am Schulleben Beteiligten wirken nach Maßgabe dieses Gesetzes an der Gestaltung des Schulwesens mit. <sup>2</sup>Auch bei Volljährigkeit der Schüler erlöschen die Mitwirkungsrechte der Eltern nicht.

(4) <sup>1</sup>Lehramtsanwärter, die selbstständig Unterricht geben, sind Lehrer im Sinne dieses Teils des Gesetzes. <sup>2</sup>§ 40 Abs. 2 Satz 3 bleibt unberührt.

### § 27 Organisation und Geltungsbereich der Mitwirkung

- (1) <sup>1</sup>Die Mitwirkung in der Schule erfolgt insbesondere in
- der Schulkonferenz,
  - der Lehrerkonferenz,
  - der Fachkonferenz,
  - dem Lehrerrat,
  - der Klassenkonferenz,
  - der Erziehungsmaßnahmenkonferenz,
  - der Schulpflegschaft und der Klassenpflegschaft,
  - der (Teil-)Versammlung der Eltern,
  - dem Schülerrat und der (Teil-)Schülerversammlung
  - sowie in der Klasse bzw. im Kurs.

<sup>2</sup>Soweit der Klassenverband nicht besteht, treten an die Stelle der Mitwirkungsorgane der Klasse die der Jahrgangsstufe. <sup>3</sup>An Berufskollegs erfolgt die Mitwirkung außerdem in Bildungskonferenzen sowie in weiteren besonderen Mitwirkungsgremien.

(2) Organisatorisch zusammengefasste Schulen, die von einem Schulleiter geleitet werden, gelten als eine Schule.

(3) <sup>1</sup>Die Mitwirkung beim Schulträger erfolgt durch die Beteiligung der Schulkonferenz der einzelnen Schule (§ 31), der Konferenz der Schulleiter (Direktorenkonferenz) sowie der Konferenz der Schulpflegschaftsvorsitzenden und der Konferenz der Schülersprecher. <sup>2</sup>Die Mitarbeitervertretung übt ihre

Beteiligungs- und Beratungsrechte gemäß den Vorschriften der Mitarbeitervertretungsordnung (MAVO) aus.

§ 28

Rahmen der Mitwirkungsmöglichkeiten

Alle an der Mitwirkung Beteiligten haben zu beachten:

1. Die Entscheidungsbefugnis des Erzbischofs von Köln über die Katholischen Freien Schulen im Erzbistum Köln wird durch diese Mitwirkungsrechte nicht eingeschränkt.
2. Die Ersatzschulgesetzgebung des Landes bleibt unberührt. Der kirchlichen Schulaufsicht steht das Entscheidungsrecht nach § 11 Abs. 14 Satz 5 zu.
3. Inhalte des Schulvertrages können durch Beschlüsse der Mitwirkungsorgane nicht verändert werden, es sei denn, der Schulvertrag lässt dies ausdrücklich zu.
4. Der Schulträger hat durch den Schulvertrag die Pflicht übernommen, die Schüler im katholischen Glauben zu erziehen. Beschlüsse müssen diesem Erziehungsauftrag Rechnung tragen.
5. Beschlüsse dürfen die Eigenverantwortung der Lehrer bei der Gestaltung des Unterrichts und der Erziehung nicht unzumutbar einschränken.
6. Die Rechte der Mitarbeitervertretung bleiben unberührt.
7. Entscheidungen der Mitwirkungsorgane dürfen nur ausgeführt werden, soweit die personellen, sachlichen und finanziellen Voraussetzungen gegeben sind.
8. Beschlüsse, die in die organisatorischen oder pädagogischen Strukturen der Schule eingreifen (z. B. Veränderung der Zügigkeit, Veränderung der Stundentafel oder der Fremdsprachenfolge, Einführung oder Abschaffung eines Faches, etc.), stehen unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Schulträgers.

§ 29

Schulkonferenz

(1) <sup>1</sup>An jeder Schule ist eine Schulkonferenz einzurichten. <sup>2</sup>Die Schulkonferenz ist das oberste Beratungs- und Beschlussgremium der Schule. <sup>3</sup>Sie dient der Zusammenarbeit von Schülern, Eltern und Lehrern. <sup>4</sup>Die Schulkonferenz hat bei Schulen mit

1. bis zu 200 Schülerinnen und Schülern 6 gewählte Mitglieder,
2. bis zu 500 Schülerinnen und Schülern 12 gewählte Mitglieder,
3. mehr als 500 Schülerinnen und Schülern 18 gewählte Mitglieder und
4. an Schulen mit Sekundarstufe I und II 20 gewählte Mitglieder.

<sup>5</sup>Lässt sich die Zahl der Vertreter der Schüler, Eltern und Lehrer nicht gemäß Abs. 2 aufteilen, so erhöht sich die Zahl der Mitglieder bis zu der Zahl, die im Verhältnis der Zahlen nach Abs. 2 aufteilbar ist. <sup>6</sup>Die Schulkonferenz kann mit den Stimmen von zwei Dritteln ihrer stimmberechtigten Mitglieder beschließen, die Zahl der Mitglieder zu verändern. <sup>7</sup>Satz 5 gilt entsprechend. <sup>8</sup>Das Verhältnis gemäß Abs. 2 muss beachtet werden.

(2) <sup>1</sup>Stimmberechtigte Mitglieder der Schulkonferenz sind der Schulleiter sowie die gewählten Vertreter der Schüler, Eltern und Lehrer im Verhältnis

	Lehrer	Eltern	Schüler
an Schulen der Primarstufe	1	1	0
an Schulen der Sekundarstufe I sowie Schulen mit Primarstufe und Sekundarstufe I	3	2	1
Schulen mit Sekundarstufe I und II	2	1	1
Schulen der Sekundarstufe II	3	1	2
Weiterbildungskollegs	1	0	1

(3) <sup>1</sup>Der Schulleiter führt als stimmberechtigtes Mitglied den Vorsitz der Schulkonferenz. <sup>2</sup>Im Falle seiner Verhinderung übernimmt der stellvertretende Schulleiter die Leitung der Schulkonferenz. <sup>3</sup>In diesem Falle hat auch der Stellvertreter Stimmrecht. <sup>4</sup>Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

(4) <sup>1</sup>Die Vertreter der Lehrer werden von der Lehrerkonferenz, die Vertreter der Eltern von der Schulpflegschaft und die Vertreter der Schüler vom Schülerrat für die Dauer eines Schuljahres gewählt. <sup>2</sup>Lehrerkonferenz, Schulpflegschaft und Schülerrat wählen eine der Zahl ihrer Vertreter gleiche Anzahl von Stellvertretern in festzulegender Reihenfolge. <sup>3</sup>Der Vorsitzende der Schulpflegschaft und sein Stellvertreter und der Schülersprecher und sein Stellvertreter sind jeweils unter Anrechnung auf die Zahl der Vertreter der Eltern und der Schüler gemäß den Absätzen 1 und 2 Mitglieder der Schulkonferenz.

(5) <sup>1</sup>Der stellvertretende Schulleiter und der Schulseelsorger – sofern er nicht schon gewähltes Mitglied ist – nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen der Schulkonferenz teil. <sup>2</sup>Sie haben das Recht, Anträge zu stellen. <sup>3</sup>Bei Schulseelsorgern, die mehrere Schulen zu betreuen haben, kann der Schulleiter Ausnahmen von der Teilnahmepflicht zulassen. <sup>4</sup>Verbindungslehrer – sofern sie nicht schon gewählte Mitglieder sind – können an den Sitzungen der Schulkonferenz mit beratender Stimme teilnehmen. <sup>5</sup>Sie haben das Recht, Anträge zu stellen.

(6) <sup>1</sup>Die erste Sitzung der Schulkonferenz soll spätestens in der achten Unterrichtswoche nach Beginn des Schuljahres stattfinden. <sup>2</sup>Die Schulkonferenz tritt mindestens zwei Mal im laufenden Schuljahr zusammen.

(7) <sup>1</sup>Die Schulkonferenz kann Vertreter schulgänzender Angebote und Personen aus dem schulischen Umfeld als beratende Mitglieder hinzuziehen. <sup>2</sup>Sie kann Gäste (z. B. Sachverständige) zu bestimmten Tagesordnungspunkten einladen. <sup>3</sup>Ansonsten tagt sie nicht öffentlich.

(8) <sup>1</sup>Vertreter des Schulträgers können mit beratender Stimme an den Sitzungen der Schulkonferenz teilnehmen. <sup>2</sup>Der Schulträger ist zu allen Sitzungen der Schulkonferenz fristgemäß einzuladen; er hat das Recht, Anträge zu stellen.

§ 30

Aufgaben der Schulkonferenz

(1) Die Schulkonferenz berät über die Bildungs- und Erziehungsarbeit der einzelnen Schule und entscheidet im Rahmen dieses Gesetzes in folgenden Angelegenheiten, wobei die Ent-

scheidungen zu Ziffern 1, 5 (Alt. 1 und 2), 6, 20 und 30 der Genehmigung des Schulträgers bedürfen (siehe § 28 Nr. 8):

1. Schulprogramm (siehe § 6 Abs. 2),
2. Empfehlungen zu Maßnahmen der Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung (siehe § 6),
3. Grundsätze zur zeitlichen Koordinierung von Hausaufgaben und schriftlichen Leistungsüberprüfungen,
4. Grundsätze zu Einrichtung und Umfang zusätzlicher Lehrveranstaltungen, Arbeitsgemeinschaften und Betreuungsangeboten,
5. Verteilung des Unterrichts auf fünf oder sechs Tage, Einführung von Ganztagsunterricht oder Ganztagschule, Pausenordnung und der tägliche Unterrichtsbeginn,
6. Organisation der Schuleingangsphase (siehe § 11 Abs. 2 und 3 SchulG – NRW),
7. Empfehlungen zur Erprobung und Einführung neuer Unterrichtsformen,
8. Empfehlungen an die Lehrerkonferenz zu Aussagen zum Arbeits- und Sozialverhalten in Zeugnissen im Rahmen der Richtlinien des Schulträgers,
9. Rahmenplanung (inklusive der anfallenden Kosten) von Schulveranstaltungen außerhalb des Unterrichts (u.a. Anzahl der Wandertage, Schulfahrten, Studienfahrten, Berufs- und Sozialpraktika, Besinnungstage, Projektstage und Projektwochen, Schulfeiern),
10. Grundsätze des Schüleraustausches, der internationalen Zusammenarbeit sowie Vereinbarungen und Ausgestaltung von Schulpartnerschaften,
11. organisatorische Gestaltung der Beratung von Eltern und Schülern durch Lehrer in der Schule (siehe § 17 und § 24 Abs. 3 Satz 5),
12. Grundsätze zum Umgang mit allgemeinen Erziehungsschwierigkeiten,
13. Regelungen für die Anordnung schulischer Sozialstunden (siehe § 21 Abs. 4 Nr. 6),
14. Einführung von Streitschlichtungsmodellen,
15. Einsprüche von anderen Mitwirkungsorganen bezüglich der Lernmittel (siehe § 34 Abs. 5 Nr. 2),
16. Bestimmung der Lernmittel, die im Rahmen des Eigenanteils der Eltern zu beschaffen sind,
17. Grundsätze für die Verteilung der schulischen Haushaltsmittel,
18. Grundsätze für Werbung an der jeweiligen Schule sowie Art und Umfang des Sponsoring,
19. Grundsätze für die Mitarbeit von Eltern und anderer Personen im unterrichtlichen und außerunterrichtlichen Bereich der Schule,
20. Kooperation im Bildungs- und Erziehungsbereich mit anderen Katholischen Freien Schulen,
21. außerunterrichtliche Zusammenarbeit mit anderen Schulen, Verbänden, Organisationen sowie Einrichtungen, die mit Fragen der Berufsberatung, der Berufsbildung und der Berufspraktika befasst sind,
22. Zusammenarbeit mit Kirchengemeinden und anderen kirchlichen Einrichtungen,
23. Zusammenarbeit mit den Trägern der Jugendhilfe und der Gesundheitsfürsorge, dem schulpsychologischen Dienst, Erziehungs- und Suchtberatungsstellen und der Verkehrswacht,
24. Ausnahmen vom Alkohol- und Rauchverbot (siehe § 19),

25. Festlegung der beweglichen Ferientage,
26. Erlass einer Schul- bzw. Hausordnung (der Beschluss ist dem Schulträger anzuzeigen),
27. ergänzende Verfahrens- und Wahlvorschriften im Sinne des § 40,
28. Empfehlungen zur Einrichtung und Zusammensetzung von Fachkonferenzen, Fachgruppenkonferenzen und besonderen Fachkonferenzen (siehe § 33),
29. Einrichtung von Teilkonferenzen, des Vertrauensausschusses oder Bestellung einer Vertrauensperson (siehe § 32) und
30. Abweichungen von der Studentafel (siehe § 6 Abs. 4).

(2) <sup>1</sup>Der Schulträger kann der Schulkonferenz weitere Angelegenheiten aus der Bildungs- und Erziehungsarbeit der Schule zur Entscheidung übertragen. <sup>2</sup>In Berufskollegs kann die Schulkonferenz Konferenzen, Schulpflegschaften und Schülerräte auf Ebenen einrichten, die der Organisationsstruktur der Schule entsprechen.

(3) Die Schulkonferenz berät oder entscheidet nicht über Angelegenheiten, die einzelne Lehrer, Eltern, Schüler oder Angehörige des nicht lehrenden Personals persönlich betreffen.

(4) <sup>1</sup>Der Schulleiter informiert die Mitglieder und den Schulträger über Schulkonferenzsitzungen durch Protokolle über Beratung und Beschlussfassung. <sup>2</sup>Über einzelne Beratungsgegenstände oder Beschlüsse der Schulkonferenz kann Vertraulichkeit vereinbart werden. <sup>3</sup>Dem Schulträger sind die Protokolle innerhalb von zwei Wochen nach der Sitzung zuzuleiten. <sup>4</sup>Der Schulleiter achtet darauf, dass alle Beschlüsse der Schulkonferenz der Schulgemeinschaft zur Kenntnis gebracht werden, soweit nicht Vertraulichkeit beschlossen wurde.

## § 31

### Mitwirkung der Schulkonferenz beim Schulträger

(1) <sup>1</sup>Die Schulkonferenz besitzt in folgenden, für die Schule bedeutsamen Angelegenheiten gegenüber dem Schulträger ein Anhörungsrecht:

1. Teilung, Zusammenlegung, Strukturänderung und Auflösung der Schule,
2. größere schulische Baumaßnahmen,
3. Schulwegsicherung und Schülerbeförderung,
4. Zusammenarbeit mit anderen Schulen oder Bildungseinrichtungen,
5. Einrichtung oder Beendigung eines Schulversuchs,
6. Genehmigung von wissenschaftlichen Forschungsvorhaben an der Schule (siehe § 42 Abs. 5) und
7. Einrichtung von neuen Bildungsgängen, Fachrichtungen und Schwerpunkten in beruflichen Schulen.

<sup>2</sup>Der Schulträger kann darüber hinaus der Schulkonferenz ein Anhörungsrecht in weiteren Angelegenheiten einräumen.

(2) Für die Besetzung der Stelle des Schulleiters bzw. des stellvertretenden Schulleiters gilt folgendes Verfahren:

1. Die Bewerber werden grundsätzlich durch Stellenausschreibung ermittelt. Nimmt der Schulträger die Stelle aus zwingenden dienstlichen Gründen in Anspruch, ist das nachstehende Verfahren nicht anzuwenden.
2. Die Schulkonferenz kann unter Berücksichtigung der besonderen Erziehungsziele der Katholischen Freien Schule ein schulspezifisches Anforderungsprofil erarbeiten.

3. <sup>1</sup>Nach einem Revisionsverfahren durch den Schulträger und der Entscheidung durch den Erzbischof wird der für das Amt des Schulleiters vorgesehene Kandidat der Schulkonferenz vorgestellt. <sup>2</sup>Werden keine schwerwiegenden Einwände gegen die Person des Kandidaten vorgebracht, wird der Kandidat vom Erzbischof zum Schulleiter ernannt.
4. <sup>1</sup>Bei der Besetzung der Stelle des stellvertretenden Schulleiters wirkt der Schulleiter beim Revisionsverfahren mit. <sup>2</sup>Im Übrigen richtet sich das Verfahren nach Nr. 1 bis 3.

### § 32

#### Teilkonferenzen, Vertrauensausschuss, Eilausschuss

- (1) <sup>1</sup>Die Schulkonferenz kann für besondere Aufgabengebiete Teilkonferenzen einrichten; sie legt deren Zusammensetzung fest. <sup>2</sup>Die Teilkonferenz berät über das ihr zugewiesene Aufgabengebiet und bereitet Beschlüsse der Schulkonferenz vor. <sup>3</sup>In einzelnen Angelegenheiten kann die Schulkonferenz widerruflich die Entscheidungsbefugnis auf eine Teilkonferenz übertragen.
- (2) <sup>1</sup>An Berufskollegs kann einer Teilkonferenz auch angehören, wer nicht Mitglied der Schulkonferenz ist. <sup>2</sup>Für Teilkonferenzen mit berufsfeldbezogenen Aufgaben sind dort je eine Vertretung der Auszubildenden und der Auszubildenden des betreffenden Berufsfeldes als Mitglieder zu berufen, soweit diese nicht bereits in der Schulkonferenz vertreten sind.
- (3) <sup>1</sup>Die Schulkonferenz kann einen Vertrauensausschuss bilden oder eine Vertrauensperson bestellen, um bei Konflikten zu vermitteln und einvernehmliche Lösungen herbeizuführen. <sup>2</sup>Das Einverständnis aller am Konflikt Beteiligten ist bei einer Beauftragung des Ausschusses Voraussetzung. <sup>3</sup>Die Mitglieder des Vertrauensausschusses oder die Vertrauensperson müssen nicht der Schulkonferenz angehören.
- (4) <sup>1</sup>In Angelegenheiten der Schulkonferenz, die keinen Aufschub dulden, entscheidet der Schulleiter (Vorsitz) gemeinsam mit je einem Vertreter der in der Schulkonferenz vertretenen Gruppen (Eilausschuss). <sup>2</sup>Spätestens in der ersten Schulkonferenzsitzung wählen die vertretenen Gruppen jeweils aus der Mitte ihrer Gruppe den Vertreter für den Eilausschuss. <sup>3</sup>Der stellvertretende Schulleiter und/oder der Schulseelsorger und/oder der Verbindungslehrer nehmen gegebenenfalls nach Entscheidung des Schulleiters mit beratender Stimme teil. <sup>4</sup>Die Entscheidung des Eilausschusses ist der Schulkonferenz in der nächsten Sitzung zur Genehmigung vorzulegen.
- (5) Kann in dringenden Angelegenheiten auch ein Beschluss gemäß Abs. 4 nicht rechtzeitig herbeigeführt werden, trifft der Schulleiter die Entscheidung und gibt sie der Schulkonferenz unverzüglich bekannt.
- (6) Die Schulkonferenz kann Entscheidungen gemäß den Abs. 1 bis 5 aufheben, soweit dadurch nicht schon Rechte Dritter entstanden sind.

### § 33

#### Lehrerkonferenz

- (1) <sup>1</sup>Mitglieder der Lehrerkonferenz einer Schule sind alle dort tätigen Lehrer, die sozialpädagogischen Fachkräfte sowie der Schulseelsorger. <sup>2</sup>Der Schulleiter führt den Vorsitz.
- (2) <sup>1</sup>Die Lehrerkonferenz kann weitere Personen, die an der pädagogischen Arbeit der Einrichtung beteiligt sind, als Gäste ohne Stimmrecht zu ihren Sitzungen einladen. <sup>2</sup>Der Schulträ-

ger kann mit beratender Stimme teilnehmen. <sup>3</sup>Er ist fristgemäß zu jeder Sitzung einzuladen. <sup>4</sup>Der Schulleiter informiert den Schulträger über die Lehrerkonferenzen in Form von Protokollen über Beratung und Beschlussfassung.

(3) <sup>1</sup>Die Lehrerkonferenz berät über die fachliche, organisatorische und pädagogische Gestaltung der Bildungs- und Erziehungsarbeit der Schule und über das Schulprogramm der Schule. <sup>2</sup>Sie kann hierzu Anträge an die Schulkonferenz richten.

(4) Die Lehrerkonferenz entscheidet über folgende Angelegenheiten:

1. Grundsätze für die Unterrichtsverteilung und die Aufstellung von Stunden-, Aufsichts- und Vertretungsplänen,
  2. Grundsätze für die Verteilung von Sonderaufgaben ggf. auf Vorschlag des Schulleiters (siehe § 11 Abs. 12 Satz 1),
  3. Grundsätze für die Lehrerfortbildung im Rahmen des Fortbildungskonzeptes der Schule,
  4. Grundsätze für die Verteilung der Anrechnungsstunden auf Vorschlag des Schulleiters,
  5. Grundsätze für die Festsetzung der individuellen Pflichtstundenzahl der Lehrer auf Vorschlag des Schulleiters,
  6. Einlegung eines Einspruchs bei der Schulkonferenz zur Einführung oder Abschaffung von Lernmitteln (siehe § 30 Abs. 1 Nr. 15),
  7. Aussagen zum Arbeits- und Sozialverhalten in den Zeugnissen entsprechend den Vorgaben des Schulträgers,
  8. weitere Angelegenheiten, die ausschließlich oder überwiegend unmittelbar die Lehrer betreffen, mit Ausnahme von Einzelpersonalangelegenheiten und Angelegenheiten der Mitarbeitervertretung,
  9. Wahl der Lehrervertreter und deren Stellvertreter für die Schulkonferenz (die Schulleitung ist dabei nicht wahlberechtigt) und
  10. Einrichtung und Zusammensetzung von Fachkonferenzen, Fachgruppenkonferenzen und besonderen Fachkonferenzen.
- (5) <sup>1</sup>Die Lehrerkonferenz kann den Schulträger in Einzelpersonalangelegenheiten beraten, insbesondere bei Beförderungen. <sup>2</sup>Dasselbe gilt auch gegenüber dem Schulleiter bei der nicht nur vorübergehenden Übertragung höher zu bewertender Tätigkeiten und länger andauernden Fortbildungen. <sup>3</sup>Die Mitwirkungsrechte der Mitarbeitervertretung bleiben unberührt. <sup>4</sup>Über die Art der Beratung entscheidet die Lehrerkonferenz selbst. <sup>5</sup>Lehramtsanwärter sind bei Empfehlungen nach den Sätzen 1 und 2, die Schulleitung bei Empfehlungen nach Satz 1 nicht stimmberechtigt. <sup>6</sup>Im Übrigen bleibt § 40 Abs. 2 Satz 3 unberührt.
- (6) <sup>1</sup>Die Lehrerkonferenz kann die Einrichtung von Teilkonferenzen bzw. Arbeitskreisen beschließen und ihnen Angelegenheiten ihres Aufgabenbereichs übertragen. <sup>2</sup>§ 32 Abs. 2 gilt entsprechend.
- (7) Die Lehrerkonferenz kann sich eine Geschäftsordnung geben.

### § 34

#### Fachkonferenz, Bildungsgangkonferenz

- (1) <sup>1</sup>Mitglieder der Fachkonferenz sind die Lehrer, die die Lehrbefähigung für das entsprechende Fach besitzen oder es unterrichten. <sup>2</sup>Die Fachkonferenz wählt einen Vorsitzenden. <sup>3</sup>Bis zu zwei Vertreter der Eltern und der Schüler können als Mitglieder mit beratender Stimme teilnehmen.



(2) In Berufskollegs können Fachkonferenzen für einzelne Fächer, für Fachbereiche oder Bildungsgänge (Bildungsgangskonferenz) eingerichtet werden.

(3) Für die Fachgruppenkonferenzen bzw. für besondere Fachkonferenzen gelten die Bestimmungen des Abs. 1 analog.

(4) Die Fachkonferenz berät über alle das Fach oder die Fachrichtung betreffenden Angelegenheiten einschließlich der Zusammenarbeit mit anderen Fächern.

(5) Die Fachkonferenz entscheidet in ihrem Fach insbesondere über folgende Angelegenheiten:

1. Grundsätze zur fachmethodischen und fachdidaktischen Arbeit sowie zur Leistungsbewertung,
2. Einführung oder Abschaffung von Lernmitteln und Anschaffung von Lehrmitteln (bei Einsprüchen entscheidet die Schulkonferenz),
3. Anträge an die Lehrerkonferenz zur Einrichtung oder Abschaffung von besonderen Fach- oder Fachgruppenkonferenzen.

(6) <sup>1</sup>In Grundschulen kann durch Beschluss der Lehrerkonferenz auf die Einrichtung von Fachkonferenzen verzichtet werden. <sup>2</sup>In diesem Fall übernimmt die Lehrerkonferenz die Aufgaben der Fachkonferenz.

### § 35 Lehrerrat

(1) <sup>1</sup>Die Lehrerkonferenz wählt einen Lehrerrat in geheimer Wahl. <sup>2</sup>Die Wahl erfolgt jeweils für die Dauer eines Schuljahres. <sup>3</sup>Dem Lehrerrat gehören mindestens drei, höchstens fünf Lehrer an. <sup>4</sup>Die Schulleitung ist nicht wahlberechtigt.

(2) Der Lehrerrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter.

(3) <sup>1</sup>Der Lehrerrat berät den Schulleiter in schulbezogenen Angelegenheiten der Lehrer und vermittelt auf Wunsch in deren dienstlichen Angelegenheiten. <sup>2</sup>Wenn es sich um eine beteiligungspflichtige Angelegenheit nach der Mitarbeitervertretungsordnung für die Erzbischöflichen Schulen handelt oder insoweit Zweifel bestehen, ist der betroffene Lehrer an die Mitarbeitervertretung zu verweisen.

(4) Der Lehrerrat hat das Recht, kurzfristig vom Schulleiter gehört zu werden und Tagesordnungspunkte für die Lehrerkonferenz und die Schulkonferenz anzumelden.

(5) <sup>1</sup>Lehrer üben ihre Tätigkeit im Lehrerrat ehrenamtlich aus und dürfen wegen dieser Tätigkeit weder bevorzugt noch benachteiligt werden. <sup>2</sup>Aus organisatorischen Gründen kann der Lehrerrat zum Ende des Schuljahres für das darauf folgende Schuljahr gewählt werden. <sup>3</sup>§ 40 Abs. 3 bleibt unberührt. <sup>4</sup>Über die Möglichkeit nach Satz 2 entscheidet die Lehrerkonferenz.

### § 36 Klassenkonferenz, Jahrgangsstufenkonferenz

(1) <sup>1</sup>Die Lehrer der Klasse bilden die Klassenkonferenz. <sup>2</sup>Den Vorsitz führt der Klassenlehrer, im Verhinderungsfalle dessen Stellvertreter. <sup>3</sup>§ 24 Abs. 2 Satz 3 bleibt unberührt.

(2) Die Klassenkonferenz berät über alle Fragen der Bildungs- und Erziehungsarbeit in der Klasse, insbesondere über den Leistungsstand der Schüler und trifft die Entscheidungen über Zeugnisse, Versetzungen und Abschlüsse sowie über die

Aussagen zum Arbeits- und Sozialverhalten und über weitere Bemerkungen zu besonderen Leistungen und besonderem persönlichem Einsatz im außerunterrichtlichen Bereich.

(3) <sup>1</sup>Bei Erziehungs- und Lernproblemen eines Schülers kann der Klassenlehrer die Klassenkonferenz zu einem pädagogischen Beratungsgespräch einladen. <sup>2</sup>Die Klassenkonferenz kann im Einzelfall die Einberufung einer Erziehungsmaßnahmenkonferenz nach § 21 Abs. 6 beim Schulleiter beantragen.

(4) <sup>1</sup>Soweit kein Klassenverband besteht, werden die Aufgaben der Klassenkonferenz von der Jahrgangsstufenkonferenz wahrgenommen. <sup>2</sup>Mitglieder der Jahrgangsstufe unterrichtenden Lehrer. <sup>3</sup>Den Vorsitz führt der Stufenleiter, der mit der Organisation der Jahrgangsstufe beauftragt ist. <sup>4</sup>Soweit es sich um Leistungsbeurteilungen, Versetzungen und Schullaufbahntscheidungen handelt, reduziert sich die Jahrgangsstufenkonferenz auf die den jeweiligen Schüler unterrichtenden Lehrer. <sup>5</sup>§ 24 Abs. 2 Satz 3 bleibt unberührt.

### § 37 Schulpflegschaft

(1) <sup>1</sup>Mitglieder der Schulpflegschaft sind die Vorsitzenden der Klassen- und Jahrgangsstufenpflegschaften und die weiteren Vertreter der Jahrgangsstufen (gem. § 38 Abs. 5 Satz 2). <sup>2</sup>Die stellvertretenden Vorsitzenden der Klassen- und Jahrgangsstufenpflegschaften sollen mit beratender Stimme an den Sitzungen der Schulpflegschaft teilnehmen; bei Verhinderung des jeweiligen Vorsitzenden sind sie stimmberechtigt. <sup>3</sup>Der Vorsitzende und sein Stellvertreter werden von der Schulpflegschaft für die Dauer eines Schuljahres gewählt. <sup>4</sup>Wählbar sind die Mitglieder der Schulpflegschaft sowie die stellvertretenden Vorsitzenden der Klassen- und Jahrgangsstufenpflegschaften. <sup>5</sup>Werden stellvertretende Vorsitzende der Klassen- und Jahrgangsstufenpflegschaften zum Vorsitzenden oder stellvertretenden Vorsitzenden gewählt, werden sie Mitglieder der Schulpflegschaft.

(2) <sup>1</sup>Die Schulpflegschaft kann mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder in folgenden Angelegenheiten Änderungen im Rahmen dieses Gesetzes beschließen:

1. Gründung eines Vorstandes, dessen Zusammensetzung und Kompetenzen von der Schulpflegschaft festgelegt werden,
2. andere Formen der Elternmitwirkung und
3. eine von § 40 Abs. 1 abweichende Wahlordnung für die ausschließlich von Eltern durchzuführenden Wahlen (z.B. Wahlen der Klassen- und Jahrgangsstufenpflegschaft). § 40 Abs. 1 Satz 1 bleibt unberührt.

<sup>2</sup>Der Beschluss ist dem Schulleiter anzuzeigen und der Schulgemeinde bekannt zu geben (siehe § 41 Abs. 6).

(3) <sup>1</sup>Der Schulleiter und sein Stellvertreter nehmen an den Sitzungen der Schulpflegschaft beratend teil, sofern nicht die Schulpflegschaft unter sich berät. <sup>2</sup>Der Schülersprecher und ein Vertreter des Lehrerrates können mit beratender Stimme an den Sitzungen der Schulpflegschaft teilnehmen, sofern die Schulpflegschaft nicht widerspricht. <sup>3</sup>Die Schulpflegschaft kann weitere sachkundige Personen einladen.

(4) <sup>1</sup>Die Schulpflegschaft wird mindestens einmal im Schuljahr vor der ersten Schulkonferenzsitzung einberufen, im Übrigen nach Bedarf. <sup>2</sup>Sie muss binnen zwei Wochen einberufen werden, wenn der Schulträger oder der Schulleiter es beantragen.

- (5) <sup>1</sup>Die Schulpflegschaft berät über die Bildungs- und Erziehungsarbeit der jeweiligen Schule. <sup>2</sup>Hierzu kann sie Anträge an die Schulkonferenz richten. <sup>3</sup>Die Schulpflegschaft wählt die Vertretung der Eltern für die Schulkonferenz, die Fachkonferenzen und die Erziehungsmaßnahmenkonferenz.
- (6) Die Schulpflegschaft kann bei der Schulkonferenz Einspruch bezüglich der Einführung oder Abschaffung von Lernmitteln (siehe § 30 Abs. 1 Nr. 15) einlegen.
- (7) Die Schulpflegschaft kann eine (Teil-) Versammlung der Eltern einberufen.
- (8) Die Schulpflegschaft kann sich eine Geschäftsordnung geben.

### § 38

#### Klassenpflegschaft, Jahrgangsstufenpflegschaft

- (1) <sup>1</sup>Die Klassenpflegschaft dient der Zusammenarbeit zwischen Eltern, Lehrern und Schülern. <sup>2</sup>Dazu gehören Information und Meinungsaustausch über Angelegenheiten der Schule, insbesondere über die Bildungs- und Erziehungsarbeit in der Klasse.
- (2) Bei Auflösung des Klassenverbandes tritt an die Stelle der Klassenpflegschaft die Jahrgangsstufenpflegschaft.
- (3) <sup>1</sup>Mitglieder der Klassenpflegschaft sind die Eltern der Schüler der Klasse einschließlich der Eltern der volljährigen Schüler, mit beratender Stimme der Klassenleiter und ab Klasse sieben der Klassensprecher und sein Stellvertreter. <sup>2</sup>Über die Teilnahme von Klassensprechern jüngerer Jahrgänge entscheidet die jeweilige Klassenpflegschaft.
- (4) Mitglieder der Jahrgangsstufenpflegschaft sind die Eltern aller Schüler der Jahrgangsstufe einschließlich der Eltern der volljährigen Schüler, mit beratender Stimme der Jahrgangsstufenleiter und der Jahrgangsstufensprecher und sein Stellvertreter (siehe § 39 Abs. 3).
- (5) <sup>1</sup>Die Klassen- oder Jahrgangsstufenpflegschaft wählt aus dem Kreis der Eltern mit Beginn des Schuljahres für dessen Dauer einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter. <sup>2</sup>Hat eine Jahrgangsstufe mehr als 20 Schüler, wählt die Jahrgangsstufenpflegschaft für die diese Zahl übersteigende Schülerzahl je 20 Schüler einen weiteren Vertreter sowie einen Stellvertreter für die Schulpflegschaft. <sup>3</sup>§ 40 Abs. 2 ist zu beachten.
- (6) <sup>1</sup>Die Lehrer der Klasse sollen auf Wunsch der Klassenpflegschaft an den Sitzungen teilnehmen, soweit dies zur Beratung und Information erforderlich ist. <sup>2</sup>Bei Bedarf sollen die Unterrichtsinhalte der entsprechenden Fächer vorgestellt werden.
- (7) Die Eltern haben in der Klassen- oder Jahrgangsstufenpflegschaft für jedes von ihnen vertretene Kind gemeinsam eine Stimme.
- (8) Die Klassen- oder Jahrgangsstufenpflegschaft kann bei der Schulkonferenz Einspruch bezüglich der Einführung oder Abschaffung von Lernmitteln (siehe § 30 Abs. 1 Nr. 15) einlegen.
- (9) Die Eltern können über die Bildungs- und Erziehungsarbeit auch unter sich beraten.

### § 39

#### Schülerrat

- (1) <sup>1</sup>Die Schüler wirken bei der Verwirklichung der Bildungs- und Erziehungsziele (siehe § 2) durch den von ihnen

gewählten Schülerrat aktiv und eigenverantwortlich mit. Der Schülerrat vertritt alle Schüler der Schule. <sup>2</sup>Er wird bei seiner Arbeit von Lehrern, Eltern und Schulleitung unterstützt. <sup>3</sup>Die Schülervereiter werden von den Schülern gewählt.

- (2) <sup>1</sup>Mitglieder des Schülerrates sind die Sprecher der Klassen und der Jahrgangsstufen. <sup>2</sup>Die Schüler einer Klasse wählen ab Jahrgangsstufe 5 spätestens einen Monat nach Beginn des Unterrichts im neuen Schuljahr zwei gleichberechtigte Klassensprecher. <sup>3</sup>Bestehen in einer Jahrgangsstufe keine Klassenverbände, wählen die Schüler für jeweils 20 Schüler aus ihrer Mitte zwei gleichberechtigte Jahrgangssprecher.
- (3) <sup>1</sup>Bei Auflösung des Klassenverbandes wählen die Schüler der einzelnen Schulstufen einen Jahrgangsstufensprecher und einen stellvertretenden Jahrgangsstufensprecher. <sup>2</sup>Der Jahrgangsstufensprecher ist befugt, die Vollversammlung der Jahrgangsstufe einzuberufen (§ 41 Abs. 10 ist zu beachten). <sup>3</sup>Sein Vertreter und er können mit beratender Stimme an den Sitzungen der Jahrgangsstufenpflegschaft teilnehmen (siehe § 38 Abs. 4).
- (4) Der Schülersprecher und sein Stellvertreter werden vom Schülerrat aus seiner Mitte gewählt.
- (5) <sup>1</sup>An den Sitzungen des Schülerrates nehmen mit dessen Einverständnis die Verbindungslehrer mit beratender Stimme teil. <sup>2</sup>Der Schulleiter kann mit beratender Stimme teilnehmen, sofern der Schülerrat dem nicht widerspricht. <sup>3</sup>Dieses Widerspruchsrecht gilt nur für einzelne Sitzungen oder für Teile von Sitzungen.
- (6) <sup>1</sup>Der Schülerrat kann mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder in folgenden Angelegenheiten im Rahmen dieses Gesetzes Beschlüsse fassen:
1. Veränderung in der Zusammensetzung des Schülerrates,
  2. Gründung eines geschäftsführenden Schülerratsvorstandes, dessen Zusammensetzung und Kompetenzen vom Schülerrat festgelegt werden,
  3. andere Formen der Schülermitwirkung (z. B. Wahl eines Sprecherteams, Wahl eines Unterstufen-, Mittelstufen- und Oberstufensprechers, etc.) und
  4. eine von § 40 Abs. 1 abweichende Wahlordnung für die ausschließlich von Schülern durchzuführenden Wahlen (§ 40 Abs. 1 Satz 1 bleibt unberührt).
- <sup>2</sup>Die Beschlüsse sind dem Schulleiter anzuzeigen und der Schulgemeinde bekannt zu geben (siehe § 41 Abs. 6).
- (7) Der Schülerrat wählt die Schülervereiter und deren Stellvertreter für die vorgesehenen Gremien.
- (8) Zu den Aufgaben des Schülerrates gehören insbesondere
1. die Wahrnehmung der Interessen der Schüler bei der Gestaltung der Bildungs- und Erziehungsarbeit,
  2. Förderung der fachlichen, kulturellen, sportlichen, politischen, kirchlichen und sozialen Interessen der Schüler,
  3. Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen,
  4. die Übernahme von Ordnungsaufgaben,
  5. Stärkung der Mitverantwortung aller Schüler für die Einhaltung der Schul- bzw. Hausordnung und
  6. Mithilfe bei der Lösung von Konfliktfällen.
- (9) <sup>1</sup>Schülervereiter können im Rahmen des Auftrags ihrer Schule schulpolitische Belange wahrnehmen. <sup>2</sup>Schülervereiter haben kein allgemeinpoltisches Mandat.
- (10) Zu den Rechten des Schülerrates gehört es,
1. in allen ihn betreffenden Angelegenheiten durch die Schule informiert zu werden (Informationsrecht),

2. Wünsche und Anregungen der Schüler an die Mitwirkungsgremien zu übermitteln (Anregungs- und Vorschlagsrecht),
3. Anträge an die Schulkonferenz zu stellen (Antragsrecht),
4. auf Antrag der betroffenen Schüler ihnen Hilfe zu geben und zu vermitteln, wenn Schüler glauben, es sei ihnen Unrecht geschehen (Vermittlungsrecht),
5. Beschwerden allgemeiner Art bei Lehrern und beim Schulleiter vorzubringen (Beschwerderecht),
6. bei der Erstellung und Durchführung der Haus- bzw. Schulordnung sowie der Organisation und Betreuung von besonderen Veranstaltungen mitzuwirken und
7. sich im Rahmen dieses Gesetzes eine Geschäftsordnung zu geben.

(11) Der Schülerrat kann bei der Schulkonferenz Einspruch bezüglich der Einführung oder Abschaffung von Lernmitteln (siehe § 30 Abs. 1 Nr. 15) einlegen.

(12) <sup>1</sup>Der Schülerrat kann im Benehmen mit dem Schulleiter eine (Teil-) Schülerversammlung einberufen. <sup>2</sup>Auf Antrag von einem Fünftel der Schüler ist sie einzuberufen.

(13) <sup>1</sup>Der Schülerrat wählt unter Berücksichtigung der Größe der Schule bis zu drei Lehrer der Schule mit deren Einverständnis für die Dauer eines Schuljahres als Verbindungslehrer. <sup>2</sup>Über die Anzahl der Verbindungslehrer entscheidet der Schulleiter im Benehmen mit dem Schülerrat. <sup>3</sup>Die Verbindungslehrer unterstützen den Schülerrat bei der Planung und Durchführung seiner Aufgabe.

(14) <sup>1</sup>Die Sitzungen des Schülerrates sind in der Regel zeitlich von den Schülersprechern zu koordinieren. <sup>2</sup>§ 41 Abs. 10 ist zu beachten. <sup>3</sup>Zusammenkünfte von Mitwirkungsgremien der Schüler auf dem Schulgelände sind Schulveranstaltungen; sonstige Veranstaltungen auf dem Schulgelände oder außerhalb des Schulgeländes sind Schulveranstaltungen, wenn der Schulleiter vorher zugestimmt hat.

(15) Bei allen Veranstaltungen der Schülervertretungen ist darauf zu achten, dass möglichst kein Unterricht ausfällt und auf Unterrichtsveranstaltungen (z. B. Klausuren) Rücksicht genommen wird (siehe § 41 Abs. 10).

(16) Art und Umfang der Aufsicht der Schule bei Veranstaltungen des Schülerrates sind im Interesse einer Erziehung zu eigenverantwortlichem Handeln unter Berücksichtigung von Alter und Reife der teilnehmenden Schüler zurückhaltend auszuüben.

(17) <sup>1</sup>Unbeschadet ihrer Verantwortung für eigenes Handeln dürfen Schülervertreter wegen ihrer Tätigkeit in den Mitwirkungsgremien weder bevorzugt noch benachteiligt werden. <sup>2</sup>Auf Antrag ist ihre Tätigkeit im Zeugnis zu vermerken.

(18) An Grundschulen sollen Lehrer im Benehmen mit den Eltern Vorformen einer Mitwirkung der Schüler entsprechend deren Einsichts- und Urteilsfähigkeit erproben, um diese auf ihre künftigen Aufgaben im Rahmen dieses Gesetzes vorzubereiten.

#### § 40

#### Wahlen, Wählbarkeit, Beendigung der Mitgliedschaft

(1) <sup>1</sup>Die Vorsitzenden der Mitwirkungsgremien und ihre Stellvertreter sowie die Mitglieder der Schulkonferenz werden in geheimer Wahl gewählt. <sup>2</sup>Steht nur ein einziger Kandidat für eine Wahl zur Verfügung, so kann mit Einverständnis des Gremiums offen abgestimmt werden. <sup>3</sup>Alle weiteren Wahlen sind offen (Ausnahme: Wahlen zum Lehrerrat), sofern nicht

geheime Wahl beantragt wird; in diesem Fall können Wahlen für verschiedene Ämter in einem Wahlgang durchgeführt werden. <sup>4</sup>Gewählt ist, wer die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten hat. <sup>5</sup>Bei Stimmengleichheit entscheidet eine Stichwahl und bei erneuter Stimmengleichheit das Los.

(2) <sup>1</sup>Als Vertreter der Eltern ist nicht wählbar, wer gemäß § 33 Abs. 1 Mitglied der Lehrerkonferenz ist und wer sonst an der Schule tätig oder mit der Aufsicht über die Schule befasst ist. <sup>2</sup>Eltern können nur in einer Klasse oder Jahrgangsstufe zum Vorsitzenden oder Stellvertreter der Pflugschaft gewählt werden. <sup>3</sup>Lehramtsanwärter besitzen das aktive, nicht jedoch das passive Wahlrecht.

(3) <sup>1</sup>Wahlen gelten für ein Schuljahr. <sup>2</sup>Ein Mitwirkungsgremium besteht bis zum ersten Zusammentreten des neu gewählten Mitwirkungsgremiums im neuen Schuljahr. <sup>3</sup>Die Mitgliedschaft in dem Mitwirkungsgremium endet mit dem ersten Zusammentreffen des neu gewählten Gremiums. <sup>4</sup>Die Mitgliedschaft endet ferner,

1. wenn vom jeweiligen Wahlgremium mit Zweidrittelmehrheit der Anwesenden, mindestens mit der Mehrheit der Mitglieder, ein Nachfolger gewählt wird,
2. bei Ausschluss durch den Schulträger infolge grober Verletzung der dem Mitglied obliegenden Pflichten,
3. wenn die Wählbarkeitsvoraussetzungen wegfallen,
4. bei Lehrern, wenn sie nicht mehr in der Klasse oder Jahrgangsstufe unterrichten oder an der Schule Dienst tun oder
5. bei Eltern und Schülern durch Niederlegung des Mandats.

<sup>5</sup>Falls keine Ersatzmitglieder gewählt worden sind, kann das zuständige Wahlgremium mit der Mehrheit der stimmberechtigten Anwesenden einen Nachfolger auch im laufenden Schuljahr wählen.

(4) Scheidet ein Mitglied der Schulkonferenz vorzeitig aus, so wird für die restliche Dauer der Wahlperiode der in der Reihenfolge nächste Stellvertreter ordentliches Mitglied.

(5) Die von der Lehrerkonferenz in die Schulkonferenz gewählten Vertreter sind verpflichtet, die Wahl anzunehmen, wenn nicht ein wichtiger Grund entgegensteht.

(6) <sup>1</sup>Unbeschadet des Beanstandungsrechts des Schulleiters kann jeder Wahlberechtigte innerhalb von zwei Wochen nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses gegen die Gültigkeit einer Wahl bei der Schulleitung schriftlich Einspruch einlegen.

<sup>2</sup>Der Einspruch kann nur darauf gestützt werden, dass

1. die Voraussetzungen der Wählbarkeit nicht erfüllt sind oder
2. bei der Vorbereitung der Wahl oder bei der Wahlhandlung Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, die für das Wahlergebnis erheblich gewesen sein könnten.

<sup>3</sup>Über den Einspruch entscheidet der Schulleiter.

(7) Die Schulkonferenz kann ergänzende Wahlvorschriften erlassen.

#### § 41

#### Einberufung, Teilnahme, Beschlussfähigkeit und Beschlussicherung

(1) <sup>1</sup>Der Vorsitzende beruft das Mitwirkungsgremium mindestens einmal pro Schuljahr und bei Bedarf ein. <sup>2</sup>§ 29 Abs. 6 bleibt unberührt. <sup>3</sup>Zu den konstituierenden Sitzungen

- der Schulpflugschaft beruft der Schulleiter nach Möglichkeit im Benehmen mit dem noch amtierenden Schulpflugschaftsvorsitzenden,

- der Mitwirkungsgruppen der Klassen- oder Jahrgangsstufen beruft der Klassen- oder Jahrgangsstufenleiter nach Möglichkeit im Benehmen mit den noch amtierenden Pflugschaftsvorsitzenden und
- des Schülerrats beruft der Verbindungslehrer oder berufen die Verbindungslehrer im Einvernehmen mit dem noch amtierenden Schülersprecher

die Mitglieder ein.

(2) Der Vorsitzende hat das Mitwirkungsgruppe innerhalb von 14 Tagen einzuberufen, wenn ein Drittel der Mitglieder, der Schulleiter oder der Schulträger unter Angabe der zu beratenden Angelegenheiten es verlangen.

(3) Der Vorsitzende hat Ort, Zeit und Tagesordnung der Sitzung den Mitgliedern des Mitwirkungsgruppe in der Regel mindestens eine Woche, bei der Schulkonferenz in der Regel mindestens zwei Wochen vorher mitzuteilen.

(4) Ein Mitwirkungsgruppe ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß zur Sitzung eingeladen worden ist.

(5) <sup>1</sup>Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nichts anderes bestimmt ist. <sup>2</sup>Stimmhaltungen oder ungültige Stimmen zählen bei der Berechnung der Mehrheit nicht mit. <sup>3</sup>Bei Entscheidungen über Versetzung, Vergabe von Abschlüssen und Berechtigungen, Überweisung, Übergang, Überspringen, Rücktritt und erzieherischen Einwirkungen (siehe § 21 Abs. 4 Satz 1 Nrn. 11 bis 16) dürfen sich stimmberechtigte Lehrer der Stimme nicht enthalten. <sup>4</sup>Stimmgleichheit gilt als Ablehnung. <sup>5</sup>In der Schulkonferenz gibt bei Stimmgleichheit die Stimme des Schulleiters den Ausschlag. <sup>6</sup>In Angelegenheiten, die die Schulseelsorge berühren, können Beschlüsse nur im Einvernehmen mit dem Schulseelsorger erfolgen.

(6) <sup>1</sup>Beschlüsse der Mitwirkungsgruppen sind in geeigneter Form zu veröffentlichen, soweit nicht Vertraulichkeit beschlossen wurde. <sup>2</sup>Eine Veröffentlichung von Beschlüssen auf der Homepage der jeweiligen Schule ist nur mit Genehmigung des Schulleiters zulässig. <sup>3</sup>Eine Versendung der Beschlüsse an die Mitglieder des Mitwirkungsgruppe per E-Mail ist möglich, soweit nicht Vertraulichkeit vereinbart wurde.

(7) <sup>1</sup>Über jede Sitzung ist eine Niederschrift zu fertigen, die mindestens die Anwesenheitsliste, den Wortlaut der Beschlüsse und die Stimmenmehrheit enthält, mit der sie gefasst sind. <sup>2</sup>Die Niederschrift ist vom Schulleiter aufzubewahren. <sup>3</sup>Die Protokolle der Schulkonferenz und der Lehrerkonferenz tragen Datum und Unterschrift des Schulleiters und des Protokollanten, die Konferenzbeschlüsse des Schülerrates tragen Datum und Unterschrift des Schülersprechers und eines Verbindungslehrers.

(8) <sup>1</sup>Die Sitzungen der Mitwirkungsgruppen sind nicht öffentlich. <sup>2</sup>Der Schulträger kann jederzeit an den Sitzungen der Konferenzen teilnehmen.

(9) Soweit in den Mitwirkungsorganen Angelegenheiten aus dem Aufgabengebiet des nicht lehrenden Personals der Schule beraten werden, sollen dazu Vertreter des nicht lehrenden Personals eingeladen werden.

(10) <sup>1</sup>Mitwirkungsgruppen und die weiteren Konferenzen tagen grundsätzlich außerhalb der Unterrichtszeit. <sup>2</sup>Über besonders begründete Ausnahmen entscheidet der Schulleiter. <sup>3</sup>Bei der Terminierung ist auf die Berufstätigkeit der Mitglieder sowie auf das Alter der teilnehmenden Schüler Rücksicht zu nehmen.

(11) <sup>1</sup>Für die Mitglieder der Lehrerkonferenz gehört die Tätigkeit in den Mitwirkungsgruppen zu den dienstlichen Aufgaben. <sup>2</sup>Der Schulleiter kann auf Antrag von der Teilnahme an Sitzungen der Mitwirkungsgruppen befreien.

(12) Die Schule stellt den Mitwirkungsgruppen die notwendigen Einrichtungen und Hilfsmittel zur Verfügung.

(13) Die Tätigkeit der Schüler und Eltern in den Mitwirkungsgruppen ist ehrenamtlich; eine Entschädigung wird nicht gezahlt.

(14) <sup>1</sup>Die Mitglieder der Mitwirkungsgruppen sind bei der Ausübung ihres Mandats an Aufträge und Weisungen und Vorgaben ihrer Entscheidungsgremien nicht gebunden. <sup>2</sup>Sie treffen ihre Entscheidungen frei und eigenverantwortlich. <sup>3</sup>Sie haben über Angelegenheiten, die ihrer Bedeutung nach einer vertraulichen Behandlung bedürfen, auch nach der Beendigung ihrer Amtszeit Verschwiegenheit zu wahren. <sup>4</sup>Einer vertraulichen Behandlung bedürfen insbesondere Angelegenheiten, die einzelne Lehrer, Eltern, Schüler oder nicht lehrendes Personal persönlich betreffen.

(15) Ist ein stimmberechtigtes Mitglied des Mitwirkungsgruppe verhindert, geht das Stimmrecht automatisch auf den nächsten gewählten Vertreter über.

## Sechster Teil Datenschutz

<sup>1</sup>Die Katholischen Freien Schulen im Erzbistum Köln sind zur rechtmäßigen Erfüllung ihres Erziehungs- und Bildungsauftrages darauf angewiesen, Daten von Mitarbeitern, Eltern, Schülern und Ausbildungsbetrieben zu erheben und weiterzuverarbeiten. <sup>2</sup>Dem entspricht ihre Pflicht, die Daten vertraulich zu behandeln, sie nur zu verwenden, soweit es für die rechtmäßige Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist, und die Betroffenen vor jedem Missbrauch zu schützen.

### § 42

#### Schutz der Daten von Schülerinnen, Schülern und Eltern

(1) <sup>1</sup>Schulen und Schulträger dürfen personenbezogene Daten der Schüler sowie der Eltern verarbeiten, soweit dies zur Erfüllung der ihnen durch Rechtsvorschrift übertragenen Aufgaben erforderlich ist. <sup>2</sup>Dies bestimmt sich grundsätzlich nach der Anordnung über den kirchlichen Datenschutz für die Verarbeitung personenbezogener Daten in den katholischen Schulen in freier Trägerschaft im Erzbistum Köln (KDO – Schulen) einschließlich der hierzu ergangenen Anlagen (siehe Amtsblatt des Erzbistums Köln vom 01.03.2006, Nr. 73) in der jeweils geltenden Fassung.

(2) <sup>1</sup>Zu den personenbezogenen Daten gehören insbesondere Adressdaten, schulische Daten, Konfession des Schülers und der Eltern. <sup>2</sup>Schüler und Eltern sind zur Angabe der nach Abs. 1 Satz 1 erforderlichen Daten verpflichtet; sie sind bei der Datenerhebung auf ihre Auskunftspflicht hinzuweisen. <sup>3</sup>Andere Daten dürfen nur mit Einwilligung der Betroffenen erhoben werden. <sup>4</sup>Minderjährige Schüler sind einwilligungsfähig, wenn sie die Bedeutung und Tragweite der Einwilligung und ihre rechtlichen Folgen erfassen können und ihren Willen hiernach zu bestimmen vermögen.

(3) <sup>1</sup>Die in den Schulen gespeicherten personenbezogenen Daten dürfen nur denen zugänglich gemacht werden, die die Daten zur Erfüllung ihres dienstlichen Auftrages benötigen. <sup>2</sup>Sie sind vor Unbefugten zu sichern. <sup>3</sup>Personenbezogene Daten von Schülern und deren Eltern dürfen in der Regel nur in der Schule verarbeitet werden. <sup>4</sup>Der Schulleiter kann in begründeten Fällen gestatten, dass Lehrkräfte oder sonstiges pädagogisches Personal

dagogisches Personal Daten von Schülern auf Datenverarbeitungsgeräten außerhalb der Schule verarbeiten. <sup>5</sup>Die Erteilung der Genehmigung richtet sich nach § 3 Absatz 3 der KDO – Schulen.

(4) <sup>1</sup>Gibt eine Schule für die Schüler und Eltern personenbezogene Daten im Rahmen von Jubiläums- und Jahresberichten oder Klassenberichten heraus, so dürfen darin folgende personenbezogene Daten enthalten sein: Name, Geburtsdatum, Jahrgangsstufe und Klasse der Schüler, Name, Fächerverbindung und Verwendung der einzelnen Lehrer, Angaben über besondere schulische Tätigkeiten und Funktionen einzelner Lehrer, Schüler und Eltern. <sup>2</sup>Für die Führung einer Schulchronik gelten im Übrigen die Vorschriften des § 12 Abs. 5 der KDO – Schulen.

(5) <sup>1</sup>Wissenschaftliche Forschungsvorhaben und Untersuchungen, bei denen personenbezogene Daten verarbeitet werden, kann der Schulträger genehmigen, wenn die Erfüllung des Bildungsauftrages der Schule hierdurch nicht unangemessen beeinträchtigt wird. <sup>2</sup>Vor Erteilung der Zustimmung ist die Schulkonferenz zu hören. Personenbezogene Daten dürfen für wissenschaftliche Untersuchungen in der Regel nur mit Einwilligung der Eltern oder der volljährigen Schüler verarbeitet werden. <sup>3</sup>Die Einwilligung bedarf der Schriftform. <sup>4</sup>Die Betroffenen sind darauf hinzuweisen, dass sie die Einwilligung ohne Rechtsnachteile verweigern können; sie sind dabei über das Ziel und den wesentlichen Inhalt des Forschungsvorhabens, die Art ihrer Beteiligung an der Untersuchung sowie die Verarbeitung der erhobenen Daten aufzuklären. <sup>5</sup>Andere Untersuchungen, Tests und Befragungen sind auf der Basis der Freiwilligkeit zulässig, wenn dadurch die Bildungs- und Erziehungsarbeit und schutzwürdige Belange einzelner Personen nicht beeinträchtigt werden oder die Anonymität der Betroffenen gewahrt bleibt. <sup>6</sup>Die Entscheidung trifft der Schulleiter.

(6) <sup>1</sup>Die in Abs. 1 Satz 1 genannten Daten dürfen einer Schule, der staatlichen Schulaufsichtsbehörde, der unteren Gesundheitsbehörde, dem Jugendamt, dem Landesjugendamt, den Ämtern für Ausbildungsförderung, dem Landesamt für Ausbildungsförderung sowie den Ausbildungsbetrieben der Schüler an Berufskollegs nur übermittelt werden, soweit sie von diesen Stellen zur Erfüllung der ihnen durch Rechtsvorschrift übertragenen Aufgaben benötigt werden. <sup>2</sup>Die Übermittlung an andere öffentliche Stellen ist zulässig, wenn sie zur Erfüllung einer gesetzlichen Auskunfts- oder Meldepflicht erforderlich ist, ein Gesetz sie erlaubt oder die oder der Betroffene im Einzelfall eingewilligt hat. <sup>3</sup>Für die Übermittlung von Daten der Schüler und der Eltern an Personen oder Stellen außerhalb des öffentlichen Bereichs gelten die Bestimmungen des § 7 Abs. 4 und 5 der KDO – Schulen. <sup>4</sup>Dem schulpsychologischen Dienst dürfen personenbezogene Daten nur mit Einwilligung der Betroffenen übermittelt werden. <sup>5</sup>Der schulärztliche und der schulpsychologische Dienst dürfen im Rahmen von Pflichtuntersuchungen nur das Ergebnis ihrer Tätigkeit der Schule übermitteln. <sup>6</sup>Eine weitergehende Übermittlung von Personendaten bedarf der Einwilligung der Eltern oder der volljährigen Schüler insbesondere im Rahmen freiwilliger Beratungen und Untersuchungen.

(7) Für Zwecke der Planung und Statistik im Schulbereich dürfen anonymisierte Leistungsdaten der Schüler im Einvernehmen mit dem Schulträger dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik regelmäßig übermittelt werden sowie für Maßnahmen der Qualitätsentwicklung und der Qualitätssicherung aufbereitet und genutzt werden.

(8) <sup>1</sup>Schüler und deren Eltern haben ein Recht auf Einsicht in die sie betreffenden Unterlagen und auf unentgeltliche Auskunft über die sie betreffenden Daten sowie die Stellen, an die

Daten übermittelt worden sind. <sup>2</sup>Vom vollendeten 14. Lebensjahr an können Schüler das in Satz 1 genannte Recht ohne Zustimmung der Eltern geltend machen, wenn die Schule deren Zustimmung nicht für erforderlich hält. <sup>3</sup>Im Übrigen wird das Recht für minderjährige Schüler durch die Eltern ausgeübt. <sup>4</sup>Die Einsichtnahme und die Auskunft können eingeschränkt oder versagt werden, wenn der Schutz des betroffenen Schülers, dessen Eltern, von Lehrern oder von Personen des sonstigen Schulpersonals sowie Dritter dies erforderlich macht oder einen unverhältnismäßigen Aufwand erfordert. <sup>5</sup>Zwischenbewertungen des Lern-, Arbeits- und Sozialverhaltens in der Schule sowie persönliche Aufzeichnungen der Lehrer über Schüler und deren Eltern sind von dem Recht auf Einsichtnahme und Auskunft ausgenommen.

## § 43

### Schutz der Daten von Lehrerinnen und Lehrern

(1) <sup>1</sup>Daten der Lehrer dürfen von Schulen verarbeitet werden, soweit dies zur Aufgabenerfüllung bei der Planung und Ermittlung des Unterrichtsbedarfs und der Durchführung des Unterrichts, Maßnahmen der Qualitätsentwicklung und der Qualitätssicherung (§ 6), wissenschaftliche Forschungsvorhaben (§ 42 Abs. 5), der Schulmitwirkung sowie in dienstrechtlichen, arbeitsrechtlichen oder sozialen Angelegenheiten erforderlich ist. <sup>2</sup>Dies bestimmt sich grundsätzlich nach der Anordnung über den kirchlichen Datenschutz für die Verarbeitung personenbezogener Daten in den katholischen Schulen in freier Trägerschaft im Erzbistum Köln (KDO – Schulen) einschließlich der hierzu ergangenen Anlagen (siehe Amtsblatt des Erzbistums Köln vom 01.03.2006, Nr. 73) in der jeweils geltenden Fassung.

(2) Verhaltensdaten von Lehrern, Daten über ihre gesundheitlichen Auffälligkeiten mit Ausnahme des Grades einer Behinderung, Ergebnisse von psychologischen bzw. ärztlichen Untersuchungen sowie Daten über soziale und therapeutische Maßnahmen und deren Ergebnisse dürfen nicht automatisiert verarbeitet werden.

(3) Eine Übermittlung der vom Schulträger erhobenen Daten der Lehrer sowie des Verwaltungs- und Hauspersonals an die zuständige staatliche Schulaufsichtsbehörde ist nur zulässig, soweit dies für Zwecke der Zuschussgewährung und -abrechnung des Landes einschließlich der Rechnungsprüfung zwingend erforderlich ist.

## § 44

### Allgemeine Bestimmungen

Im Übrigen gelten die Anordnung über den kirchlichen Datenschutz für die Verarbeitung personenbezogener Daten in den katholischen Schulen in freier Trägerschaft im Erzbistum Köln (KDO – Schulen) und ergänzend die allgemeine Anordnung über den kirchlichen Datenschutz (KDO) nebst der Verordnung zur Durchführung über den kirchlichen Datenschutz (KDO – DVO) und weiterer Ausführungsbestimmungen in der jeweils geltenden Fassung. \*

\* Es gelten derzeit die KDO – Schulen in der Fassung vom 02.02.2006 (Amtsblatt des Erzbistums Köln vom 01.03.2006, Nr. 73), die KDO in der Fassung vom 26.09.2003 (Amtsblatt des Erzbistums Köln vom 14.10.2003, Nr. 263), die KDO – DVO in der Fassung vom 26.09.2003 (Amtsblatt des Erzbistums Köln vom 14.10.2003, Nr. 264), jeweils mit den dazugehörigen dort mit abgedruckten Anlagen und die Ausführungsbestimmungen zum Datenschutz beim Einsatz von Informationstechnik in der Fassung vom 01.09.2005 (Amtsblatt des Erzbistums Köln vom 01.10.2005, Nr. 262).

## Siebter Teil Geltungsbereich und Schlussvorschriften

### § 45 Rechtsbehelfe

(1) Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Eltern, Schülern und Lehrern sollen die Beteiligten versuchen, diese zunächst im Wege einer Aussprache beizulegen.

(2) <sup>1</sup>Schüler, Eltern und Lehrer haben das Recht, sich beim Schulleiter zu beschweren, wenn sie sich in ihren Rechten beeinträchtigt sehen. <sup>2</sup>Eltern und volljährige Schüler können eine Aufsichtsbeschwerde schriftlich beim Schulleiter einlegen. <sup>3</sup>Soweit der Schulleiter ihr nicht abhilft, legt er sie mit seiner Stellungnahme dem Schulträger zur Entscheidung vor.

(3) <sup>1</sup>Gegen schulische Entscheidungen, die Verwaltungsakte sind, können die Eltern oder der volljährige Schüler Widerspruch bei der Schule einlegen. <sup>2</sup>Wenn die Schule dem Widerspruch nicht abhilft, ist er an den Schulträger weiterzuleiten. <sup>3</sup>Die Durchführung des Rechtsbehelfsverfahrens richtet sich nach den dafür geltenden gesetzlichen Vorschriften.

### § 46 Geltungsbereich

(1) <sup>1</sup>Dieses Gesetz gilt für die Katholischen Freien Schulen in der Trägerschaft des Erzbistums Köln mit Ausnahme der Musikschule des Kölner Domchores (siehe Abs. 4). <sup>2</sup>Soweit sich aus einzelnen Vorschriften ergibt, dass diese auch für die Katholischen Freien Schulen in Trägerschaft Dritter gelten, sind diese von den anderen Trägern Katholischer Freier Schulen an ihren Schulen anzuwenden.

(2) Den Schulträgern der Katholischen Freien Schulen im Erzbistum Köln wird empfohlen, an ihren Schulen die übrigen Vorschriften dieses Gesetzes entsprechend anzuwenden, unbeschadet deren Autonomie in inneren Leitungsangelegenheiten.

(3) <sup>1</sup>Dieses Gesetz gilt grundsätzlich auch für das Erzbischöfliche Friedrich-Spee-Kolleg (FSK) als Weiterbildungskolleg im Zweiten Bildungsweg mit Ausnahme derjenigen Bestimmungen, die durch die APO-WbK (siehe §§ 22 bis 25) geregelt werden oder die sich auf die Mitwirkung der Eltern beziehen. <sup>2</sup>Bei weiteren abweichenden Regelungen ist die Zustimmung des Schulträgers einzuholen.

(4) Für die Erzbischöfliche Musikschule des Kölner Domchores als Ergänzungsschule im Sinne des § 116 des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen gelten die Regelungen des ersten bis dritten Teils dieses kirchlichen Schulgesetzes insoweit, wie die dortigen Vorschriften im Einzelnen wegen der schulischen und unterrichtlichen Besonderheiten sinnvoll entsprechend Anwendung finden können, sowie die des sechsten Teils.

(5) Der erzbischöfliche Schulträger kann zur Durchführung dieser gesetzlichen Bestimmungen eigene Ausführungsbestimmungen erlassen.

### § 47 Geltung von Vorschriften des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (SchulG-NRW)

Ergänzend gelten die Vorschriften des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Schulgesetz NRW – SchulG) vom 15. Februar 2005 in der jeweils geltenden Fassung,

– soweit diese Bestimmungen für die öffentlichen Schulen im Lande Nordrhein-Westfalen den Zielsetzungen der Katholischen Freien Schulen und den Bestimmungen dieses kirchlichen Schulgesetzes nicht entgegen stehen,

– soweit sie nicht auf der Eigenart des öffentlich-rechtlichen Schulverhältnisses beruhen und

– soweit dieses Gesetz keine eigenen Regelungen trifft.

### § 48 Aufhebung von Vorschriften

(1) Folgende erzbischöfliche Ordnungen für die Katholischen Freien Schulen des Erzbistums Köln bzw. im Erzbistum Köln werden hiermit ersetzt und aufgehoben:

1. Grundordnung für die Katholischen Freien Schulen vom 10.05.1985,
2. Rahmenschulordnung für die Schulen des Erzbistums Köln vom 21.10.1979,
3. Schulmitwirkungsordnung für die Schulen des Erzbistums Köln vom 23.06.1978.

(2) Die bei In-Kraft-Treten dieses Gesetzes nach der Schulmitwirkungsordnung für die Schulen des Erzbistums Köln für das Schuljahr 2006/2007 bereits gewählten schulischen Gremien bleiben für dieses Schuljahr in ihrer jeweiligen Zusammensetzung im Amt.

### § 49 In-Kraft-Treten

Dieses Gesetz tritt am 01. August 2006 in Kraft.

Köln, den 26. Juli 2006

+ Joachim Card. Meisner  
Erzbischof von Köln

### Nr. 167 Stiftungsordnung für das Erzbistum Köln – StiftO EBK

#### Präambel

I.

Das novellierte Stiftungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen – StiftG NRW – ist zum 26.02.2005 in Kraft getreten.

Der römisch-katholischen Kirche kommt gemäß dem ihr in Art. 140 GG i.V.m. Art. 137 Abs. 3 WRV zugesprochenen Recht, ihre Angelegenheiten selbstständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes zu ordnen und zu verwalten die Befugnis zu, die Aufsicht über die kirchlichen Stiftungen zu führen und die hierzu erforderlichen Bestimmungen zu erlassen. § 14 Abs. 5 StiftG NRW bestimmt deshalb, dass kirchliche Stiftungen der kirchlichen Stiftungsaufsicht unterliegen und die Bestimmungen des 3. Abschnitts des StiftG NRW auf sie keine Anwendung finden; den Kirchen obliegt es, Art und Umfang der erforderlichen Regelungen in eigener Verantwortung zu treffen; die hierzu erlassenen Be-

stimmungen werden anschließend im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen veröffentlicht.

## II.

Für die katholischen Stiftungen im nordrhein-westfälischen Anteil der Erzdiözese Köln wird hiermit die folgende Stiftungsordnung erlassen:

### 1. Abschnitt Allgemeine Bestimmungen

#### § 1 Geltungsbereich

Diese Stiftungsordnung gilt für die kirchlichen Stiftungen im Sinne des § 13 Abs. 1 StiftG NRW, die ihren Sitz im nordrhein-westfälischen Anteil der Erzdiözese Köln haben (katholische Stiftungen).

#### § 2 Kirchliche Behörde und kirchliche Aufsichtsbehörde

Kirchliche Behörde im Sinne des StiftG NRW und kirchliche Stiftungsaufsichtsbehörde im Sinne dieser Stiftungsordnung ist das Erzbischöfliche Generalvikariat.

### 2. Abschnitt Verwaltung der Stiftung

#### § 3 Grundsätze der Verwaltung

- (1) Die Stiftungsorgane haben die Stiftung so zu verwalten, wie es die nachhaltige und dauerhafte Verwirklichung des Stiftungszwecks erfordert.
- (2) Soweit nicht in der Satzung etwas anderes bestimmt ist, oder der Stifterwille auf andere Weise nicht verwirklicht werden kann, ist das Stiftungsvermögen ungeschmälert zu erhalten. Vermögensumschichtungen sind nach den Regelungen ordentlicher Wirtschaftsführung zulässig.
- (3) Die Erträge des Stiftungsvermögens sowie Zuwendungen Dritter, die nicht ausdrücklich zur Erhöhung des Stiftungsvermögens bestimmt sind, sind zur Verwirklichung des Stiftungszwecks und zur Deckung der Verwaltungskosten zu verwenden.
- (4) Das Stiftungsvermögen ist vom sonstigen Vermögen getrennt zu halten.

#### § 4 Satzungsänderungen, Zusammenschluss, Selbstauflösung

- (1) Soweit nicht in der Stiftungssatzung etwas anderes bestimmt ist, können die zuständigen Stiftungsorgane eine Änderung der Satzung beschließen.
- (2) Soweit nicht in der Stiftungssatzung etwas anderes bestimmt ist, können die zuständigen Stiftungsorgane auch

eine Erweiterung oder Änderung des Stiftungszwecks, die Zusammenlegung mit einer anderen Stiftung oder die Auflösung der Stiftung beschließen, wenn eine wesentliche Änderung der Verhältnisse eingetreten ist. Der Stifter ist hierzu nach Möglichkeit anzuhören.

- (3) Beschlüsse nach Abs. 1 und Abs. 2 bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Genehmigung durch die kirchliche Stiftungsaufsichtsbehörde.

### § 5 Rechenschaftslegung und Abschlussprüfung

- (1) Die Stiftung ist zur Führung von Büchern verpflichtet. Sofern weitergehende gesetzliche oder satzungsgemäße Bestimmungen nichts anderes bestimmen, hat sie mindestens eine Jahresrechnung (Einnahmen-/Ausgabenrechnung und Vermögensrechnung) und einen Tätigkeitsbericht aufzustellen. Bei der Rechenschaftslegung (Rechnungslegung und Tätigkeitsbericht) sind die gesetzlichen Vorschriften zu beachten.
- (2) Die Stiftung hat die Jahresrechnung oder den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung durch einen Abschlussprüfer (Vereidigten Buchprüfer, Wirtschaftsprüfer oder eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft) prüfen zu lassen. Stiftungen mit geringem Umfang des Stiftungsvermögens oder der Stiftungserträge bzw. Stiftungsaufwendungen können mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der kirchlichen Stiftungsaufsichtsbehörde im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen von der Prüfung durch einen Abschlussprüfer absehen.
- (3) Der Bericht des Abschlussprüfers sowie der Tätigkeitsbericht sind der kirchlichen Stiftungsaufsichtsbehörde spätestens vor Ablauf des zwölften Monats des dem Abschlussstichtag nachfolgenden Jahres unaufgefordert vorzulegen. Sofern eine Prüfung unter Anwendung des Abs. 2 Satz 2 nicht vorgenommen wurde, sind in der in Satz 1 vorgesehenen Frist die Jahresrechnung oder der Jahresabschluss einzureichen.
- (4) Wird die Jahresrechnung oder der Jahresabschluss durch einen der in Abs. 2 Satz 1 genannten Abschlussprüfer geprüft und der Prüfungsbericht der Stiftungsaufsichtsbehörde vorgelegt, bedarf es keiner nochmaligen Prüfung durch die Stiftungsaufsichtsbehörde.

### 3. Abschnitt Stiftungsaufsicht

#### § 6 Aufsicht über die Stiftungen

- (1) Als kirchliche Stiftungsaufsichtsbehörde übt das Erzbischöfliche Generalvikariat die Aufsicht über die katholischen Stiftungen aus. Sie wacht darüber, dass sie ihrem Zweck gemäß unter Beachtung von Recht und Gesetz verwaltet werden, den katholischen Stiftungen die ihnen zustehenden Vermögen zufließen und die Stiftungsvermögen erhalten und ihre Erträge den Aufgaben gemäß verwendet werden.
- (2) Die kirchliche Stiftungsaufsichtsbehörde kann sich jederzeit über alle Angelegenheiten der katholischen Stiftungen

unterrichten und Berichte anfordern. Die zuständigen Stiftungsorgane sind verpflichtet, die kirchliche Stiftungsaufsichtsbehörde unverzüglich über alle wesentlichen Vorgänge der Stiftung zu unterrichten.

#### § 7

##### **Genehmigungsbedürftige Rechtsgeschäfte**

Zu ihrer Rechtswirksamkeit bedürfen der Genehmigung der kirchlichen Stiftungsaufsichtsbehörde neben den in § 4 genannten Beschlüssen:

- a) Erwerb, Belastung, Veräußerung von Grundstücken und Aufgabe des Eigentums an Grundstücken sowie Erwerb, Änderung, Veräußerung und Aufgabe von Rechten an Grundstücken;
- b) Abgabe von Bürgschafts-, Patronats- oder Garantieerklärungen;
- c) Übertragung, Übernahme oder Schließung von Anstalten oder Einrichtungen;
- d) Gründung und Auflösung von Gesellschaften sowie Erwerb und die Veräußerung von Gesellschaftsbeteiligungen;
- e) Rechtsgeschäfte, die der zur Vertretung der Stiftung Befugte im Namen der Stiftung mit sich im eigenen Namen oder als Vertreter eines Dritten vornimmt.

#### § 8

##### **Beanstandung, Anordnung, Ersatzvornahme**

- (1) Die kirchliche Stiftungsaufsichtsbehörde kann Beschlüsse und Maßnahmen, die mit geltendem Recht nicht in Einklang stehen, beanstanden. Beanstandete Beschlüsse oder Maßnahmen dürfen nicht vollzogen werden. Sie sind auf Verlangen der kirchlichen Stiftungsaufsichtsbehörde innerhalb einer angemessenen Frist aufzuheben.
- (2) Unterlässt ein Stiftungsorgan eine rechtlich gebotene Maßnahme oder wird ein gebotener Beschluss nicht gefasst, kann die Stiftungsaufsichtsbehörde anordnen, dass die Maßnahme innerhalb einer von ihr bestimmten angemessenen Frist durchgeführt oder der Beschluss gefasst wird.
- (3) Kommt die Stiftung einem Verlangen nach Abs. 1 oder einer Anordnung nach Abs. 2 nicht fristgemäß nach, kann die kirchliche Stiftungsaufsichtsbehörde beanstandete Beschlüsse aufheben und angeordnete Maßnahmen auf Kosten der Stiftung durchführen oder durchführen lassen.

#### § 9

##### **Abberufung und Bestellung von Organmitgliedern, Sachwalterbestellung**

- (1) Hat ein Mitglied eines Stiftungsorgans sich einer groben Pflichtverletzung schuldig gemacht oder ist es zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung seiner der Stiftung gegenüber bestehenden Pflichten nicht in der Lage, so kann die kirchliche Stiftungsaufsichtsbehörde dieses Mitglied abberufen und die Berufung eines neuen Mitglieds an dessen Stelle anordnen. Sie kann dem Mitglied die Wahrnehmung seiner Geschäfte einstweilen untersagen.

- (2) Kommt die Stiftung binnen einer ihr gesetzten angemessenen Frist einer nach Abs. 1 getroffenen Anordnung nicht nach, so kann die kirchliche Stiftungsaufsichtsbehörde an Stelle der Stiftung das Mitglied abberufen und statt seiner eine andere Person berufen.
- (3) Reichen die Befugnisse der kirchlichen Stiftungsaufsichtsbehörde nach §§ 5, 6 Abs. 2, 7, 8 und 9 Abs. 1 und 2 nicht aus, um eine rechtmäßige Verwaltung der Stiftung zu gewährleisten oder wiederherzustellen, kann die kirchliche Stiftungsaufsichtsbehörde die Durchführung der Beschlüsse und Anordnungen einem Sachwalter übertragen. Dessen Aufgabenbereich und Vollmacht sind in einer Bestellsurkunde festzulegen.

#### § 10

##### **Geltendmachung von Ansprüchen**

Erlangt die kirchliche Stiftungsaufsichtsbehörde von einem Sachverhalt Kenntnis, der Schadensersatzansprüche der Stiftung gegen Mitglieder der Stiftungsorgane begründen könnte, so kann sie der Stiftung eine vertretungsberechtigte Person zur Klärung und Durchsetzung ihrer Ansprüche bestellen.

#### 4. Abschnitt

##### **Auskunft zu Stiftungen**

#### § 11

##### **Aufnahme in das staatliche Stiftungsverzeichnis**

Katholische Stiftungen können nach Unterrichtung der kirchlichen Stiftungsaufsichtsbehörde unter den Voraussetzungen des § 14 Abs. 4 StiftG NRW in das staatliche Stiftungsverzeichnis aufgenommen werden.

#### 5. Abschnitt

##### **Schlussbestimmungen**

#### § 12

##### **In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten**

- (1) Diese Stiftungsordnung tritt am 01. August 2006 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Stiftungsordnung für das Erzbistum Köln vom 13.02.1978 (Amtsblatt des Erzbistums Köln vom 01.04.1978, Nr.111, S. 78-79) außer Kraft.

Köln, den 26. Juli 2006

+ Joachim Card. Meisner  
Erzbischof von Köln



**Nr. 168 Beschlüsse der Arbeitsrechtlichen Kommission des Deutschen Caritasverbandes**

**I. Beschlüsse**

Die Arbeitsrechtliche Kommission des Deutschen Caritasverbandes hat auf ihrer 166. Tagung am 17. März 2005 die nachstehenden Beschlüsse gefasst, mit denen die Richtlinien für Arbeitsverträge in den Einrichtungen des Deutschen Caritasverbandes vom 16. und 26. Juli 1968 (Sonderhefte I und II/1968 der Caritaskorrespondenz), zuletzt geändert am 15. Dezember 2005 (Amtsblatt des Erzbistums Köln 2006 Nr. 71 S. 55f), wie folgt geändert werden:

1. In den Anmerkungen zu den Tätigkeitsmerkmalen der Vergütungsgruppen Kr 1 bis Kr 14 der Anlage 2a zu den AVR und den Anmerkungen zu den Tätigkeitsmerkmalen der Vergütungsgruppen Kr 1 bis Kr 10 der Anlage 2c AVR wird der Abschnitt III jeweils wie folgt neu gefasst:

„III.

Unter Krankenpfleger sind Gesundheits- und Krankenpfleger sowie Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger nach dem Krankenpflegegesetz zu verstehen. Unter Altenpfleger mit staatlicher Anerkennung sind auch Altenpfleger mit Abschlussprüfung zu verstehen.“

2. Die Änderungen treten rückwirkend zum 01.01.04 in Kraft.
3. Auf der Grundlage des Eckpunktebeschlusses vom 8. Februar 2005 erlässt die Arbeitsrechtliche Kommission des Deutschen Caritasverbandes am 17. März 2005 folgende Ordnung:

**Ordnung für beschließende Unterkommissionen gemäß §§ 12 bis 14 der Ordnung der Arbeitsrechtlichen Kommission des Deutschen Caritasverbandes**

**§ 1**

**Regionale beschließende Unterkommissionen**

Zur Gestaltung der Arbeitsbedingungen für die Dienstverhältnisse mit kirchlich-caritativen Rechtsträgern im Bereich des Deutschen Caritasverbandes werden vier regionale beschließende Unterkommissionen gemäß §§ 12 bis 14 der Ordnung der Arbeitsrechtlichen Kommission des Deutschen Caritasverbandes (AK-Ordnung) gebildet.

**§ 2**

**Regionale Verteilung**

Die vier Unterkommissionen sind jeweils für die Dienstverhältnisse in folgenden Bundesländern zuständig:

Unterkommission I

Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt

Unterkommission II

Nordrhein-Westfalen

Unterkommission III

Rheinland-Pfalz, Hessen, Thüringen, Saarland, Sachsen

Unterkommission IV

Bayern, Baden-Württemberg

**§ 3  
Zusammensetzung**

Die Unterkommissionen bestehen aus jeweils 7 Vertreter(inne)n der Dienstgeberseite und 7 Vertreter(inne)n der Mitarbeiterseite der Arbeitsrechtlichen Kommission, die gemäß § 13 Abs. 3 AK-Ordnung gewählt werden.

**§ 4  
Freistellung**

- (1) Für ihre Tätigkeit in den Unterkommissionen sind die Mitglieder der Arbeitsrechtlichen Kommission und ihre Stellvertreter(innen) im notwendigen Umfang ohne Minderung der Bezüge und des Erholungsurlaubs von ihren dienstlichen Aufgaben freizustellen.
- (2) Die Mitglieder der Mitarbeiterseite in den Unterkommissionen erhalten zur ordnungsgemäßen Durchführung ihrer Aufgaben in den Unterkommissionen zusätzlich zu den Regelungen in § 9 Abs. 4 AK-Ordnung eine Freistellung von mindestens 15 v.H. der durchschnittlichen regelmäßigen Arbeitszeit einer/eines Vollbeschäftigten. Diese Freistellung gilt auch für den/die Vertreter(in) der Mitarbeiterseite der Zentrale des Deutschen Caritasverbandes.

**§ 5  
Kosten**

- (1) Die durch die Freistellung nach § 4 Abs. 2 dem jeweiligen Dienstgeber entstehenden Personalkosten und die für die Tätigkeit in den Unterkommissionen entstehenden Sachkosten der Mitglieder der Mitarbeiterseite werden vom Deutschen Caritasverband getragen.
- (2) Für die entstehenden Reisekosten gilt § 22 Abs. 4 AK-Ordnung entsprechend.
- (3) Der Deutsche Caritasverband trägt die Kosten für eine zusätzliche externe Beratung der Mitarbeiterseite in Höhe von bis zu 15.000 € jährlich je Unterkommission.

**§ 6  
Antragsvoraussetzungen**

- (1) Anträge auf Beschlussfassung in den Unterkommissionen können nur Mitglieder der Arbeitsrechtlichen Kommission stellen. Sie sind an den/die Geschäftsführer(in) in der Arbeitsrechtlichen Kommission zu senden.
- (2) Anträge sind ausführlich schriftlich zu begründen und mit aussagekräftigen Unterlagen zu belegen.
- (3) Bei Absenkungsanträgen für eine Einrichtung oder für einen Träger sind zur Begründung mindestens die Unterlagen vorzulegen, die ein den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Einrichtung oder des Trägers vermitteln. Sofern für die Einrichtung oder den Träger nach den Vorschriften des Handels- oder Steuerrechts Rechnungs-, Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten bestehen, sind dies der Jahresabschluss nach den jeweils maßgeblichen Gliederungsvorschriften sowie der Anhang und, sofern zu erstellen, der Lagebericht; für Einrichtungen einer Körperschaft des öffentlichen Rechts sind dies der auf die Einrichtung bezogene Teil des Verwaltungshaushalts und der Jahresrechnung.

## § 7 Zuständigkeit

- (1) Für Anträge, die mehrere Einrichtungen eines Trägers betreffen, die im Zuständigkeitsbereich von zwei Unterkommissionen liegen, ist die Unterkommission zuständig, in der der Träger seinen Sitz hat. Über Ausnahmen von dieser Regel entscheidet auf Antrag die Arbeitsrechtliche Kommission.
- (2) Für Anträge, die mehrere Einrichtungen eines Trägers betreffen, die im Zuständigkeitsbereich von mehr als zwei Unterkommissionen liegen, ist die Arbeitsrechtliche Kommission zuständig.

## § 8 Umfang der Regelungen

Die Unterkommissionen bzw. in Fällen des § 7 Abs. 2 die Arbeitsrechtliche Kommission können zur Gestaltung der Arbeitsbedingungen der Dienstverhältnisse mit kirchlich-caritativen Rechtsträgern im Bereich des Deutschen Caritasverbandes in ihren jeweiligen Regionen Beschlüsse fassen. Dabei sind folgende abschließend genannte Regelungsmaterien und Bandbreiten zu beachten:

1. eine Absenkung des Urlaubsgeldes (§§ 6 bis 9 der Anlage 14 zu den AVR);
2. eine Absenkung oder Stundung der Weihnachtzuwendung (Abschnitt XIV der Anlage 1 zu den AVR);
3. eine Verlängerung der regelmäßigen Arbeitszeit auf bis zu 42 Wochenstunden (die veränderte Arbeitszeit gilt für die Dauer der Laufzeit des Beschlusses als regelmäßige Arbeitszeit im Sinne des § 1 Abs. 1 der Anlage 5 zu den AVR)  
oder  
eine Verkürzung der Arbeitszeit um bis zu 10 v. H. mit einer entsprechenden Herabsetzung der Vergütung (die herabgesetzte Arbeitszeit gilt für die Dauer der Laufzeit des Beschlusses als regelmäßige Arbeitszeit im Sinne des § 1 Abs. 1 der Anlage 5 zu den AVR);
4. eine Absenkung der Dienstbezüge (Abschnitt II der Anlage 1 zu den AVR) um bis zu 10 v.H.;
5. eine Erhöhung der Dienstbezüge (Abschnitt II der Anlage 1 zu den AVR), der Einmalzahlungen (Abschnitt XIV der Anlage 1 zu den AVR, §§ 6 bis 9 der Anlage 14 zu den AVR) oder der allgemeinen Zulage (Anlage 10 zu den AVR);
6. eine Vereinbarung einer allgemeinen Leistungszulage (Abschnitt VIII Absatz 2 der Anlage 1 zu den AVR).

Die Maßnahmen nach Ziffer 1-4 dürfen für das einzelne Dienstverhältnis in der Summe eine Absenkung von 15 v. H. der Dienstbezüge (Abschnitt II der Anlage 1 zu den AVR) nicht überschreiten. Die Verlängerung der Arbeitszeit nach Ziffer 3 gilt als Absenkung der Dienstbezüge.

## § 9 Beschlüsse der Unterkommissionen

- (1) Die Unterkommissionen fassen im Rahmen von § 8 rechtlich verbindliche Beschlüsse gemäß § 16 AK-Ordnung. Diese Beschlüsse der Unterkommissionen gehen den Beschlüssen der Arbeitsrechtlichen Kommission vor.

- (2) Fasst eine Unterkommission einen Beschluss, ist dieser dem/der Vorsitzenden der Arbeitsrechtlichen Kommission zuzuleiten, damit das Inkraftsetzungsverfahren gemäß § 21 AK-Ordnung eingeleitet werden kann.
- (3) Vor Einleitung des Inkraftsetzungsverfahrens übermittelt der/die Vorsitzende den Beschluss an die beiden Sprechergruppen. Diese haben dadurch die Möglichkeit, vor der Inkraftsetzung zu prüfen, ob sich der Beschluss im Rahmen der vorgegebenen Beschlusskompetenz hält. Ist nach Ansicht einer der Sprechergruppen die festgelegte Beschlusskompetenz überschritten, wird der Beschluss über die Vorbereitungskommission an die Arbeitsrechtliche Kommission zur Entscheidung weitergeleitet. Bis zu einer abschließenden Entscheidung der Arbeitsrechtlichen Kommission ruht das Inkraftsetzungsverfahren.
- (4) Fasst eine Unterkommission einen Beschluss, werden alle Mitglieder der Arbeitsrechtlichen Kommission darüber unterrichtet.

## § 10 Arbeitsweise

- (1) Die Sitzungen der Unterkommissionen werden von dem/der jeweiligen Vorsitzenden geleitet. Die Führung der laufenden Geschäfte erfolgt durch den/die Geschäftsführer(in) der Arbeitsrechtlichen Kommission oder dessen/denen Stellvertreter(in).
- (2) Die Dienstgeber- und die Mitarbeiterseite können jeweils in den Unterkommissionen bis zu vier weitere Personen und Sachverständige beratend hinzuziehen. Diese müssen nicht Mitglieder der Arbeitsrechtlichen Kommission sein.
- (3) Jedes Mitglied der Unterkommissionen ist berechtigt, weitere Auskünfte und Informationen einzuholen.
- (4) Sitzungen der Unterkommissionen sind nicht öffentlich.
- (5) Die Mitglieder der Arbeitsrechtlichen Kommission und ihre Stellvertreter(innen) haben über Angelegenheiten oder Tatsachen, die ihnen aufgrund ihrer Tätigkeit in den Unterkommissionen bekannt geworden sind und Verschwiegenheit erfordern, Stillschweigen zu bewahren. Das gilt auch für die Zeit nach Ausscheiden aus der Arbeitsrechtlichen Kommission.
- (6) Vor und nach einer Sitzung können getrennte Besprechungen der Vertreter(inne)n der Dienstgeber und der Mitarbeiter stattfinden.

## § 11 Einberufung und Ablauf der Sitzungen

- (1) Der/die Vorsitzende erstellt in Abstimmung mit dem/der Geschäftsführer(in) die Tagesordnung und lädt die Mitglieder schriftlich unter Mitteilung von Ort, Zeit und Tagesordnung zur Sitzung ein.
- (2) Zeitgleich informiert der/die Geschäftsführer(in) alle übrigen Mitglieder der Arbeitsrechtlichen Kommission über die Einberufung und gibt ihnen die eingegangenen Anträge zur Kenntnis.
- (3) Die für die Beratung notwendigen Unterlagen sollen den Mitgliedern der Unterkommissionen bis spätestens 4 Wochen vor der Sitzung zugesandt werden.
- (4) Der/die Geschäftsführer(in) fertigt die Niederschrift an, die die Ergebnisse der Beratungen der beschließenden

Unterkommission enthält. Jedes Mitglied der Unterkommission kann verlangen, dass bestimmte Sachverhalte in der Niederschrift vermerkt werden.

## § 12 Schlussbestimmungen

Diese Ordnung gilt bis zum 31. Dezember 2006.

### II. Inkraftsetzung

Die vorstehenden Beschlüsse werden hiermit für den Bereich des Erzbistums Köln in Kraft gesetzt.

Köln, den 6. Juli 2006

+Joachim Card. Meisner  
Erzbischof von Köln

### 169 Beschluss der Unterkommission II der Arbeitsrechtlichen Kommission des Deutschen Caritasverbandes

#### I. Beschluss

1. Für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Marien-Krankenhaus gGmbH, Dr.-Robert-Koch-Straße 18, 51465 Bergisch Gladbach, wird in Abweichung von § 1 der Anlage 5 zu den AVR die regelmäßige, wöchentliche Arbeitszeit im Zeitraum vom 01.05.2006 bis zum 30.04.2007 auf 40 Stunden erhöht. Die veränderte Arbeitszeit gilt für den oben genannten Zeitraum als regelmäßige Arbeitszeit im Sinne des § 1 Abs. 1 der Anlage 5 zu den AVR. Bei Teilzeitbeschäftigten erfolgt, soweit arbeitsvertraglich möglich, eine anteilige, dem individuell vereinbarten Arbeitsumfang entsprechende Arbeitszeiterhöhung. Andernfalls erfolgt eine entsprechende Kürzung der Vergütung.
2. Die Änderung tritt am 01.05.2006 in Kraft.

#### II. Inkraftsetzung

Der vorstehende Beschluss wird für das Erzbistum Köln in Kraft gesetzt.

Köln, den 3. Juli 2006

+ Joachim Card. Meisner  
Erzbischof von Köln

### Nr. 170 Beschluss der Kommission zur Ordnung des Arbeitsvertragsrechts für das Kolping-Bildungswerk Diözesanverband Köln e. V. (KODA-KBwDK)

Die Kommission zur Ordnung des Arbeitsvertragsrechts für das Kolping-Bildungswerk Diözesanverband Köln e. V. (KODA-KBwDK) hat in ihren Sitzungen am 24.03.2006 und 11.05.2006 beschlossen:

### I. Die Arbeits- und Vergütungsordnung für das Kolpingbildungswerk im Diözesanverband Köln e.V. (AVOKK) vom 23.8.2004, zuletzt geändert am 6.2.2006, wird wie folgt geändert:

1. § 9 der AVOKK erhält folgende Fassung:

#### § 9 Versetzung, Abordnung, Zuweisung, Personalgestaltung

- (1) Beschäftigte können aus dienstlichen oder betrieblichen Gründen versetzt (d.h. Zuweisung einer auf Dauer bestimmten Beschäftigung bei einer anderen Dienststelle oder einem anderen Betrieb desselben Arbeitgebers unter Fortsetzung des bestehenden Arbeitsverhältnisses) oder abgeordnet (d.h. Zuweisung einer vorübergehenden Beschäftigung bei einer anderen Dienststelle oder einem anderen Betrieb desselben oder eines anderen Arbeitgebers unter Fortsetzung des bestehenden Arbeitsverhältnisses) werden. Sollen Beschäftigte an eine Dienststelle oder einen Betrieb außerhalb des bisherigen Arbeitsortes versetzt oder voraussichtlich länger als drei Monate abgeordnet werden, so sind sie vorher zu hören.
- (2) Beschäftigten kann im dienstlichen oder betrieblichen Interesse mit ihrer Zustimmung vorübergehend eine mindestens gleich vergütete Tätigkeit bei einem Dritten zugewiesen (d.h. vorübergehende Beschäftigung bei einem Dritten, bei dem die AVOKK nicht zur Anwendung kommt, unter Fortsetzung des bestehenden Arbeitsverhältnisses) werden. Die Zustimmung kann nur aus wichtigem Grund verweigert werden. Die Rechtsstellung der Beschäftigten bleibt unberührt. Bezüge aus der Verwendung nach Satz 1 werden auf das Entgelt angerechnet.
- (3) Werden Aufgaben der Beschäftigten zu einem Dritten verlagert, ist auf Verlangen des Arbeitgebers bei weiter bestehendem Arbeitsverhältnis die arbeitsvertraglich geschuldete Arbeitsleistung bei dem Dritten zu erbringen (Personalgestaltung: Die auf Dauer angelegte Beschäftigung bei einem Dritten unter Fortsetzung des bestehenden Arbeitsverhältnisses. Die Modalitäten der Personalgestaltung werden zwischen dem Arbeitgeber und dem Dritten vertraglich geregelt). § 613a BGB sowie gesetzliche Kündigungsrechte bleiben unberührt.

2. § 14 der AVOKK erhält folgende Fassung:

#### § 14 Arbeitszeitmanagement

- (1) Durch Betriebs-/Dienstvereinbarung kann ein Arbeitszeitkonto eingerichtet werden. In der Betriebs-/Dienstvereinbarung wird festgelegt, ob das Arbeitszeitkonto im ganzen Betrieb oder in Teilen davon eingerichtet wird. Alle Beschäftigten des Betriebes/Betriebsteiles, für den ein Arbeitszeitkonto eingerichtet wird, werden von den Regelungen des Arbeitszeitkontos erfasst.
- (2) Das Arbeitszeitkonto bezieht sich immer auf ein Maßnahmenjahr oder den Zeitraum des jeweils erteilten Auftrags, sofern dieser weniger als ein Jahr beträgt. Im Rahmen der Arbeitszeitkontenvereinbarung kann ein wöchentlicher Arbeitszeitkorridor von bis zu 45 Stunden bezogen auf eine volle Stelle eingerichtet werden.

- (3) Im Rahmen eines Maßnahmejahres oder des Zeitraumes eines erteilten Auftrages, sofern dieser weniger als ein Jahr beträgt, sollen Zeitschuld und Zeitguthaben jeweils 15% der Regelarbeitszeit nicht überschreiten.
- (4) Der Ausgleich von Zeitschulden und Zeitguthaben erfolgt immer in Absprache mit dem Arbeitgeber. Im Falle einer

unverzüglich angezeigten und durch ärztliches Attest nachgewiesenen Arbeitsunfähigkeit während eines Zeitausgleichs vom Arbeitszeitkonto tritt eine Minderung des Zeitguthabens nicht ein.

3. Anlage 5 zur AVOKK erhält die nachfolgende Fassung:

**Anlage 5 zur AVOKK**  
**Entgelttabelle für die Mitarbeiter des Kolping-Bildungswerkes**  
**Diözesanverband Köln e.V.**

1. Dotierung für Mitarbeiter/innen ab 1.9.2006:

	Stufe 0	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	Kinderzuschlag
Betriebszugehörigkeit	1. Jahr	2. u.3. Jahr	4.-6. Jahr	7.-9. Jahr	10.-12. Jahr	13.-15. Jahr	16.-18. Jahr	
Fachleiter	1.800,-	1.950,-	2.300,-	2.400,-	2.500,-	2.600,-	2.700,-	50,- pro Kind
Ausbilder*	1.800,-	1.950,-	2.300,-	2.400,-	2.500,-	2.600,-	2.700,-	50,- pro Kind
Lehrer	2.000,-	2.150,-	2.400,-	2.550,-	2.650,-	2.750,-	2.850,-	50,- pro Kind
Sozialpädagoge	2.000,-	2.150,-	2.400,-	2.550,-	2.650,-	2.750,-	2.850,-	50,- pro Kind
Bildungsbegleiter	2.200,-	2.250,-	2.400,-	2.550,-	2.650,-	2.750,-	2.850,-	50,- pro Kind
Psychologe	2.400,-	2.600,-	2.700,-	2.850,-	2.950,-	3.050,-	3.150,-	50,- pro Kind
Sekretär	1.600,-	1.600,-	1.700,-	1.800,-	1.900,-	2.000,-	2.100,-	50,- pro Kind
Buchhalter/Finanzverwalter/ Controller **	2.700,-	2.700,-	2.950,-	3.300,-	3400,-	3.700,-	3.700,-	50,- pro Kind
Buchhalter/ Sachbearbeiter **	2.300,-	2.300,-	2.500,-	2.600,-	2.700,-	2.950,-	3.000,-	50,- pro Kind
Chefsekretär **	2.300,-	2.300,-	2500,-	2.600,-	2.700,-	2.950,-	3.000,-	50,- pro Kind
Personalsachbearbeiter**	2.300,-	2.300,-	2500,-	2.600,-	2.700,-	2.950,-	3.000,-	50,- pro Kind
Reinigungskraft	1.100,-	1.100,-	1.150,-	1.200,-	1.250,-	1.250,-	1.250,-	50,- pro Kind

Für Mitarbeiter/-innen, die in arbeitsmarktpolitischen Sonderprogrammen eingestellt werden, werden gesonderte Regelungen bezüglich Gehalt, Urlaub und Arbeitszeit angewendet, die den Konditionen dieser Programme entsprechen.

\* mit Hochschulabschluss in Stufe 0: 1.900,- € und in Stufe 1: 2.050,- €

\*\* Regelung tritt ab 1.1.2007 in Kraft.

2. Tarifliche Erhöhungen

Für den Zeitraum vom 1. September 2004 bis 30. September 2009 erfolgen keine tariflichen Erhöhungen.

3. Der Kinderzuschlag in Höhe von 50,- € pro Kind bezieht sich auf einen Beschäftigungsumfang von 100 %. Bei geringerem Beschäftigungsumfang reduziert sich der Kinderzuschlag anteilig prozentual entsprechend dem reduzierten Beschäftigungsumfang. Anspruchsgrundlage für die Inanspruchnahme des Kinderzuschlages ist die Bezugsdauer des Kindergeldes nach dem Einkommenssteuergesetz. (EstG) oder nach dem Bundeskindergeldgesetz (BKGG).

4. Für den Zeitraum vom 1.9.2006 bis 30.9.2009 verbleiben alle Mitarbeiter/-innen in ihrer jeweiligen Gehaltstufe nach der unter Ziffer 1 enthaltenen Gehaltstabelle. Es erfolgen demzufolge keine Erhöhungen aufgrund von Betriebszugehörigkeitsdauer. Ebenso erfolgt keine Anrechnung der eingefrorenen Zeiteile auf eventuelle Erhöhungen aufgrund von Betriebszugehörigkeitsdauer nach Ablauf des Zeitraumes 1.9.2006 bis 30.9.2009.

5. Die Mitarbeiter, die zwischen dem 1.9.2005 und dem 15.9.2005 eingestellt wurden, werden bei Weiterbeschäftigung in Stufe 1 eingruppiert.

Protokollerklärung der Kommission zur Ordnung diözesanen Arbeitsvertragsrechtes (KODA) des Kolping-Bildungswerk Diözesanverband Köln e.V. vom 24.3.2006 zur Anlage 5: „Befristete Dienstverträge können bei Mitarbeitern/-innen, deren arbeitsvertragliche Befristungsmöglichkeiten erschöpft sind, in unbefristete Dienstverträge umgewandelt werden, wenn dies nach Art und Umfang der Auftragslage und der Gesamtstruktur des Kolping-Bildungswerkes Diözesanverband Köln e.V. möglich ist. Die KODA-Mitglieder vereinbaren hierüber ein laufendes Informations- und Beratungsrecht.“

**II. Die vorstehenden Änderungen treten wie folgt in Kraft:**

Die unter I. Ziffern 1 und 2 genannten Änderungen der §§ 9 und 14 treten mit sofortiger Wirkung in Kraft. Die unter I. Ziffer 3 genannte Änderung der Anlage 5 tritt am 1.9.2006 in Kraft mit Ausnahme der Positionen „Buchhalter/Finanzverwalter/Controller“, „Buchhalter/Sachbearbeiter“, „Chefsekretär“, „Personalsachbearbeiter“, die am 1.1.2007 in Kraft treten.

Köln, den 30. Juni 2006

+ Joachim Card. Meisner  
Erzbischof von Köln

## Bekanntmachungen des Generalvikars

### Nr. 171 Wechsel in der Leitung der Hauptabteilung Verwaltung

Köln, den 19. Juni 2006

Nachdem der bisherige Leiter der Hauptabteilung Verwaltung, Direktor Werner Heer, zum 31. Juli 2006 in den Ruhestand geht, hat der Herr Erzbischof Herrn Dr. Martin Böckel zum neuen Leiter der Hauptabteilung Verwaltung ernannt und ihm den Titel Direktor verliehen. Gleichzeitig hat er Herrn Heer als Mitglied des Diözesanverwaltungsrates entpflichtet und Herrn Dr. Martin Böckel für fünf Jahre in dieses Gremium berufen.

### Nr. 172 Diakonenrat im Erzbistum Köln

Köln, den 27. Juni 2006

Am 25. April 2006 hat die konstituierende Sitzung des Diakonenrates stattgefunden. Zum Sprecher des Diakonenrates wurde Diakon Hermann-Josef Klein gewählt. Sein Stellvertreter ist Diakon Karl-Heinz Men. Zum Vertreter der Diakone im Diözesanpastoralrat wurde Diakon Hartmut Engbroks gewählt.

Der Herr Erzbischof hat mit Wirkung zum 1. Juli 2006 die Diakone Norbert Kriesten und Burkhard Rittershaus für die Dauer von fünf Jahren zu Mitgliedern im Diakonenrat der Ständigen Diakone im Erzbistum Köln berufen.

### Nr. 173 Urheberrechtsverletzung in Internetpräsentationen von kirchlichen Rechtsträgern, insbesondere an geographischem Kartenmaterial

Köln, den 7. Juli 2006

In letzter Zeit häufen sich Fälle, in denen kirchliche Rechtsträger rechtsanwaltlich wegen Urheberrechtsverletzungen an geographischem Kartenmaterial (Stadtpläne) im Internet abgemahnt werden.

Verlage und Stadtplandienste haben die Gesellschaft für kartographische Abdruck- und elektronische Vervielfältigungsrechte (GEKA mbH) damit beauftragt, die Nutzungen ihres urheberrechtlichen Materials im Internet zu überprüfen und widerrechtliche Nutzungen aufzuspüren.

Die von den jeweiligen Verlagen mit Einzelbevollmächtigung bestellten Anwaltskanzleien wenden sich an die ermittelten Kartennutzer und verlangen eine „strafbewehrte Unterlassungserklärung“ sowie Schadensersatz gem. § 97 UrhG bzw. die entgangene Lizenzgebühr gemäß den Grundsätzen der ungerechtfertigten Bereicherung. Zusätzlich werden Anwaltskosten, deren Höhe sich am Streitwert der Unterlassungserklärung orientiert, geltend gemacht.

Die Verantwortlichen für Inhalt und Gestaltung von Internetpräsentationen kirchlicher Rechtsträger werden zur Abwendung von Schäden dringend gebeten, urheberrechtliche Lizenzen von geographischem Kartenmaterial sowie überhaupt von Texten, Bildern, Grafiken, Ton-, Video- oder Animationsdateien zu überprüfen und das Material notfalls zu entfernen.

## Personalia

### Nr 174 Personalchronik

#### Kleriker

#### Vom Herrn Erzbischof wurde zum Stadt- bzw. Kreisdechant ernannt am:

16.06. *Herr Stadtdechant Frank Heidkamp*, – unter Beibehaltung seiner bisherigen Aufgaben – bestätigt mit Wirkung vom 16. Juni 2006 bis zum Ablauf des 31. Dezember 2006 als Stadtdechant für das Stadtdekanat Wuppertal.

#### Vom Herrn Erzbischof wurde zum Dechant bzw. Definitor ernannt am:

28.06. *Herr Pfarrer Benedikt Bünnagel*, – unter Beibehaltung seiner bisherigen Aufgaben – für die Dauer der Amtszeit des Dechanten bis Ablauf des 01. September 2010 zum Definitor im Dekanat Ratingen.

28.06. *Herr Pfarrer Bernhard Dobelke*, – unter Beibehaltung seiner bisherigen Aufgaben – für die Dauer der Amtszeit des Dechanten bis Ablauf des 02. November 2010 zum Definitor im Dekanat Solingen.

#### Vom Herrn Erzbischof wurde ernannt am:

01.06. *Kaplan Martin Maria Barta*, – im Einvernehmen mit dem Heimatbischof – zum Pfarrvikar an den Pfarreien Hl. Dreikönige in Neuss, St. Pius X. in Neuss, St. Quirin in Neuss im Seelsorgebereich A des Dekanates Neuss-Süd.

01.06. *Kaplan Gregor White*, – im Einvernehmen mit dem Heimatbischof – zum Rector ecclesiae der Filialkirche St. Sebastian in Neuss und zum Pfarrvikar an den Pfarreien Hl. Dreikönige in Neuss, St. Pius X. in Neuss, St. Quirin in Neuss im Seelsorgebereich A des Dekanates Neuss-Süd.

06.06. *Pater Piotr Ruchala OFMConv.*, – unter Beibehaltung seiner bisherigen Aufgaben – im Einvernehmen mit dem Ordensoberen zum Rector ecclesiae der Filialkirche St. Suitbertus in der Pfarrei St. Peter und Paul im Dekanat Ratingen.

07.06. *Herr Officialatsrat Pfarrer i.R. Karl Bernd Mouchard*, weiterhin zum Subsidiar an den Pfarreien St. Mariä Himmelfahrt in Frechen – Grefrath, St. Antonius in Frechen – Habelrath im Seelsorgebereich „Frechen“ des Dekanates Frechen bis zum 17. Juni 2009.

14.06. *Herr Pfarrer Werner Hodick*, – unter Beibehaltung seiner bisherigen Aufgaben – zum Präses der Kolpingsfamilie in St. Marien in Wuppertal-Barmen.

15.06. *Herr Pfarrer Dr. Thomas Vollmer*, – unter Beibehaltung seiner Aufgaben als Diözesanrichter – zum Pfarrer an den Pfarreien St. Cäcilia in Düsseldorf-Benrath und Herz Jesu in Düsseldorf-Urdenbach im Seelsorgebereich „Benrath/Urdenbach“ des Dekanates Düsseldorf-Benrath.

01.07. *Herr Diakon Wolfgang Kader*, – unter Beibehaltung seiner bisherigen Aufgaben – zum Diakon an den Pfarreien St. Gereon in Wachtberg – Niederba-

chem, Hl. Drei Könige in Wachtberg – Oberbachem, St. Simon und Judas Thaddäus in Wachtberg – Villip im Seelsorgebereich „Wachtberg“ des Dekanates Meckenheim / Rheinbach.

- 01.07. *Herr Pfarrer Kibreab Saad*, – im Einvernehmen mit Ihrem Heimatbischof sowie dem Nationaldirektor für Ausländerseelsorge – zum Seelsorger für die eritreischen Katholiken im Erzbistum Köln.
- 01.08. *Herr Pfarrer Andreas Blum*, – unter Beibehaltung seiner Aufgaben als Subdiar im Seelsorgebereich Lindenthal/Kriel – mit Wirkung vom 01. August 2006 zum Geistlichen Berater am Mentorat der Universität Köln.
- 01.08. *Herr Subregens Wilhelm Anton Darscheid*, – unter Beibehaltung seiner übrigen Aufgaben – mit Wirkung vom 01. August 2006 für weitere fünf Jahre zum Lehrbeauftragten für das Fach Liturgische Praxis am Erzbischöflichen Priesterseminar in Köln.
- 01.08. *Herr Diakon Hubert Matheis*, – unter Beibehaltung seiner bisherigen Aufgaben – zum Diakon mit Zivilberuf an der Pfarrei St. Servatius in Köln-Immendorf im Seelsorgebereich „Köln-Rund um Immendorf“ des Dekanates Köln-Rodenkirchen.
- 01.08. *Herr Spiritual Peter Nüsser* – unter Beibehaltung seiner bisherigen Aufgaben – zum Subdiar an den Pfarreien St. Joseph in Köln-Rodenkirchen, St. Maternus in Köln-Rodenkirchen, St. Remigius in Köln-Sürth und St. Georg in Köln-Weiss im Seelsorgebereich „Rheinbogen“ des Dekanates Köln-Rodenkirchen.
- 01.08. *Herr Diakon Hans Willi Ommer*, – unter Beibehaltung seiner bisherigen Aufgaben – zum Diakon mit Zivilberuf an der Pfarrei St. Servatius in Köln-Immendorf im Seelsorgebereich „Köln-Rund um Immendorf“ des Dekanates Köln-Rodenkirchen.
- 01.08. *Herr Pfarrer Michael Pulger*, – unter Beibehaltung seiner bisherigen Aufgaben – zum Koordinator für die Feuerwehr-, Rettungsdienst- und Notfallseelsorge im Stadtdekanat Düsseldorf und Subdiar zur besonderen Verfügung des Dechanten im Dekanat Düsseldorf-Nord.
- 01.08. *Herr Diakon Prof. Dr. Ludwig Schmahl*, – unter Beibehaltung seiner bisherigen Aufgaben – zum Diakon mit Zivilberuf an der Pfarrei St. Servatius in Köln-Immendorf im Seelsorgebereich „Köln-Rund um Immendorf“ des Dekanates Köln-Rodenkirchen.
- 01.08. *Herr Kaplan Klaus Thranberend*, zum Schulseelsorger am Erzbischöflichen Irmgardis Gymnasium in Köln-Bayenthal, Rector ecclesiae an der Schuleigenen Kapelle und zum Subdiar an den Pfarreien St. Matthias und Maria Königin in Köln-Bayenthal-Marienburg und St. Mariä Empfängnis in Köln-Raderthal im Seelsorgebereich „C“ des Dekanates Köln-Rodenkirchen.

#### Der Herr Erzbischof hat am:

- 07.06. die Verzichtleistung des *Herrn Pfarrer Pater Jean Bawin SDS* auf die Pfarrstellen angenommen und – im Einvernehmen mit dem Ordensoberen – mit Ablauf des 31. Januar 2007 von den Aufgabe als Pfarrer an der Pfarrei Hl. Drei Könige in Bergisch Gladbach – Hebborn sowie als Pfarrvikar an den

Pfarreien St. Laurentius in Bergisch Gladbach, St. Marien in Bergisch Gladbach – Gronau im Seelsorgebereich „Bergisch Gladbach – Mitte“ des Dekanates Bergisch Gladbach entpflichtet und mit Wirkung vom 01. Februar 2007 für die Dauer von zunächst drei Jahren zum Subdiar an den Pfarreien St. Joseph in Bergisch Gladbach – Heidkamp, St. Severin in Bergisch Gladbach – Sand, St. Antonius Abbas in Bergisch Gladbach – Herkenrath, St. Johannes der Täufer in Bergisch Gladbach – Herrenstrunden, im Seelsorgebereich „Lerbach-Strunde“ des Dekanates Bergisch Gladbach ernannt.

- 07.06. *Herrn Diakon mit Zivilberuf Werner Kästel*, mit Ablauf des 30. September 2006 von seinen Aufgaben als Diakon mit Zivilberuf an der Pfarrei St. Nikolaus in Pulheim – Brauweiler im Seelsorgebereich „Brauweiler / Geyen / Sinthern“ des Dekanates Pulheim entpflichtet.
- 20.06. *Herrn Delegat Pater Dr. Gérard Eschbach OP*, – im Einvernehmen mit dem Ordensoberen und dem Nationaldirektor für die Ausländerseelsorge – mit Ablauf des 31. August 2006 von seinen Aufgaben als Delegat für die Franzosenseelsorge in Deutschland entpflichtet.
- 28.06. die Verzichtleistung des *Herrn Pfarrer Josef Eßer* auf die Pfarrstelle St. Servatius in Köln-Immendorf im Seelsorgebereich „Köln-Rund um Immendorf“ des Dekanates Köln-Rodenkirchen angenommen und ihn mit Ablauf des 31. Juli 2006 in den Ruhestand versetzt.
- 30.06. *Herrn Pfarrer Dieter-Johannes Wischermann*, von seinen Aufgaben als Subdiar an den Pfarreien St. Joseph in Bergisch Gladbach – Heidkamp, St. Severin in Bergisch Gladbach – Sand, St. Antonius Abbas in Bergisch Gladbach – Herkenrath, St. Johannes der Täufer in Bergisch Gladbach – Herrenstrunden im Seelsorgebereich „Lerbach-Strunde“ des Dekanates Bergisch Gladbach entpflichtet.
- 01.07. *Herrn Pfarrer Heinz Steden* beurlaubt.

#### Zum Vorsitzenden der Verbandsvertretung eines Kirchengemeindeverbandes wurde ernannt am:

- 15.06. *Herr Pfarrer Dr. Thomas Vollmer*, zum Vorsitzenden des Kirchengemeindeverbandes „Benrath/Urdenbach“.

#### Zum Leiter eines Pfarrverbandes wurde ernannt am:

- 06.06. *Herr Dechant Msgr. Michael Haupt*, – unter Beibehaltung seiner bisherigen Aufgaben – im Seelsorgebereich „Bergneustadt / Derschlag“ des Dekanates Gummersbach.
- 08.06. *Herr Pfarrer Heinz-Otto Langel*, – unter Beibehaltung seiner bisherigen Aufgaben – im Seelsorgebereich „Wülfrath“ des Dekanates Mettmann.
- 15.06. *Herr Pfarrer Dr. Thomas Vollmer*, – unter Beibehaltung seiner bisherigen Aufgaben – im Seelsorgebereich „Benrath/Urdenbach“ des Dekanates Düsseldorf-Benrath.

#### Es starben im Herrn am:

- 20.06. *Herr Pfarrer August Coenen*, 82 Jahre, Pfarrer i.R.
- 04.07. *Herr Pfarrer Norbert Gratzfeld*, 46 Jahre

- 07.07. *Herr Pfarrer Adalbert Westhaus*, 86 Jahre, Pfarrer i.R.  
09.07. *Herr Pfarrer Msgr. Paul Schatten*, 71 Jahre, Pfarrer i.R.  
11.07. *Herr Pfarrer Heinz Werner Bürvenich*, 69 Jahre

*Laien in der Seelsorge*

**Es wurde beauftragt am:**

- 01.08. *Frau Therese Ferfecki*, Pastoralreferentin, – unter Beibehaltung ihrer bisherigen Aufgaben – als Pastoralreferentin an der Pfarrei St. Servatius in Köln-Immendorf im Seelsorgebereich „Köln-Rund um Immendorf“ des Dekanates Köln-Rodenkirchen.  
01.08. *Frau Sabine Gerhard*, Pastoralreferentin, – unter Beibehaltung ihrer bisherigen Aufgaben – als Pastoralreferentin an den Pfarreien St. Margareta in Wachtberg – Adendorf, St. Maria Rosenkranzkönigin in Wachtberg – Berkum, St. Georg in Wachtberg – Fritzdorf, St. Gereon in Wachtberg – Niederbachem, Hl. Drei Könige in Wachtberg – Oberbachem im Seelsorgebereich „Wachtberg“ des Dekanates Meckenheim/Rheinbach.  
01.08. *Frau Daniela Löhr*, als Gemeindeassistentin bis zum Ablauf des 31. August 2008 an den Pfarreien St. Johannes der Täufer in Leverkusen-Alkenrath, St. Joseph in Leverkusen-Manfort, St. Albertus Magnus in Leverkusen-Schlebusch, St. Andreas in Leverkusen-Schlebusch und St. Thomas Morus in Leverkusen-Schlebusch im Seelsorgebereich „Leverkusen-Rund um die Gezelinquelle“ des Dekanates Leverkusen.  
01.08. *Frau Franziska Riedel*, als Pastoralassistentin bis zum Ablauf des 31. August 2008 an den Pfarreien St. Jakob in Hilden, St. Johannes Ev. in Hilden, St. Konrad von Parzham in Hilden, St. Marien in Hilden im Seelsorgebereich „Hilden“ des Dekanates Hilden.  
01.08. *Herr Quirin Sailer*, Pastoralreferent, – unter Beibehaltung seiner bisherigen Aufgaben – als Pastoralreferent an der Pfarrei St. Servatius in Köln-Immendorf im Seelsorgebereich „Köln-Rund um Immendorf“ des Dekanates Köln-Rodenkirchen.  
01.08. *Herr Markus Vilain*, als Pastoralassistent bis zum Ablauf des 31. August 2008 an der Pfarrei St. Andreas und Evergislus in Bonn-Bad Godesberg-Rheinviertel des Dekanates Bonn-Bad Godesberg.

**Es wurde beurlaubt am:**

- 20.07. *Frau Regina Bannert*, Pastoralreferentin, bis Ablauf des 12. Mai 2009 wegen Elternzeit, von Ihrer Tä-

tigkeit als Pastoralreferentin für den berufsethischen Unterricht an den Krankenpflegeschulen im Erzbistum Köln, Beauftragte für Berufsethik an Einrichtungen des Gesundheitswesens im Erzbistum Köln, Pastoralreferentin am Klinikum Leverkusen gGmbH.

- 28.08. *Frau Judith Schellhammer*, Pastoralreferentin, bis Ablauf des 28. August 2008 wegen Elternzeit, von ihrer Tätigkeit als Pastoralreferentin in der Psychiatrie-Seelsorge an der Rheinischen Landeslinik in Köln – Merheim, am Alexianer-Krankenhaus in Köln – Ensen sowie als Pastoralreferentin für die Seelsorge für Menschen mit psychischer Erkrankung und Behinderung im Stadtdekanat Köln.

**Es wurde entpflichtet am:**

- 18.05. *Frau Barbara Küpper*, Gemeindefereentin, mit Ablauf des 31. August 2006 als Gemeindefereentin an den Pfarreien Hl. Dreikönige in Neuss, St. Pius X. in Neuss im Seelsorgebereich A des Dekanates Neuss-Süd sowie als Assistentin am Collegium Marianum in Neuss, und freigestellt zur Altersteilzeit.  
31.07. *Schwester Alexa Weißmüller O.S.F.*, als Ordensschwester in der Obdachlosenseelsorge im Stadtdekanat Köln.  
31.08. *Herr Georg Lingnau*, Pastoralreferent, – unter Beibehaltung seiner Aufgabe als Referent in der Gemeindepastoral im Stadtdekanat Düsseldorf – von seiner Tätigkeit als Pastoralreferent an den Pfarreien St. Apollinaris in Düsseldorf, St. Pius X. in Düsseldorf – Lierenfeld, St. Josef in Düsseldorf – Oberbilk im Seelsorgebereich „Oberbilk / Eller-West“ des Dekanates Düsseldorf-Süd.

**Nr. 175 Offene Stellen für Pastorale Dienste**

- Für den Seelsorgebereich „Sülz/Klettenberg“ im Dekanat Köln-Lindenthal wird ein Subsidiar gesucht. Eine kircheneigene Wohnung kann angemietet werden.

Interessenten wenden sich bitte an  
Herrn Pfarrer Jürgen Martin, Tel.: 0221-2611210  
oder  
HA SP, Msgr. Dr. Heße, Tel.: 0221 – 1642-1460

- Im SB „Grevenbroich-Niedererft“ wird ein Subsidiar gesucht. Als kircheneigene Wohnung steht das Pfarrhaus St. Clemens in Kapellen zur Verfügung.

Interessenten wenden sich bitte an  
Herrn Pfr. Lorenz, Tel.: 02182-7119  
oder  
HA-SP, Msgr. Dr. Heße, Tel.: 0221-1642-1460

## Pontifikalhandlungen

**Nr. 176 Pontifikalhandlungen des Erzbischofs, der Weihbischöfe und besonders Beauftragter**

Der Herr Kardinal und Erzbischof nahm folgende Pontifikalhandlungen vor:

Visitation und Spendung der hl. Firmung im Dekanat Köln-Lindenthal vom 29. Januar bis 04. März 2006:

04. Februar 2006  
Heilig Geist, Köln-Weiden

47 Firmlinge

05. Februar 2006  
St. Karl Borromäus, Köln-Sülz 92 Firmlinge

10. Februar 2006  
St. Stephan, Köln-Lindenthal 55 Firmlinge

12. Februar 2006  
St. Pankratius, Köln-Junkersdorf 51 Firmlinge

18. Februar 2006  
St. Josef, Köln-Braunsfeld 43 Firmlinge  
zusammen 288 Firmlinge

**Abschlusskonferenz** im Pfarrheim v. St. Jakobus, Köln-Widdersdorf  
am 04. März 2006

**Altarweihe** im Hospiz St. Hedwig in Köln-Rondorf  
am 03. März 2006

**Admissio** von 2 Kandidaten  
im Priesterseminar „Redemptoris Mater“ in Bonn  
am 03. Mai 2006

Spendung der **Bischofsweihe** im Hohen Dom zu Köln  
Weihekandidat: Prälat Dr. Heiner Koch  
am 07. Mai 2006

Spendung der **hl. Firmung** in Köln  
Minoritenkirche für die Kath. Kroatische Mission, Köln  
am 11. Juni 2006 39 Firmlinge

**Glockenweihe** im St. Elisabeth-Krankenhaus, Köln-Hohen-  
lind  
am 18. Juni 2006

Spendung der **Priesterweihe** an 7 Diakone und einen Zister-  
zienser-Frater im Hohen Dom zu Köln  
am 23. Juni 2006

Andreas Büthe	St. Laurentius, Wuppertal-Elberfeld
Sebastian Hannig	St. Johann Baptist, Wuppertal-Oberbarmen
Michael Ottersbach	St. Laurentius, Windeck-Dattenfeld
Martin Reimer	Christi Auferstehung, Bonn-Röttgen
Michael Weiler	St. Chrysanthus und Daria, Bad Münstereifel
Stefan Wisskirchen	St. Nikolaus von Tolentino, Rösrath
Dr. Johannes Wolter	St. Severinus, Köln-Lövenich
Fr. Gabriel Janowski OCist	Allerheiligen, Wadern, Zisterzienserkloster Langwaden

**Priesterweihe**

Am 20. Mai 2006 weihte **Herr Weihbischof Manfred Melzer**  
in der Dominikanerkirche Heilig Kreuz zu Köln die Domini-  
kanerfratres

Elias H. Füllenbach OP,  
Richard T. Nennstiel OP,  
Bernhard Kohl OP  
zu Priestern.

Im Auftrag des Kardinals und Erzbischofs nahm **Herr Weih-  
bischof Manfred Melzer** folgende Pontifikalhandlungen vor:

**Vom 16. Januar bis 02. Februar 2006 nachgeholte Bischöfliche  
Visitation im Dekanat Köln-Porz**

Die Spendung der hl. Firmung im Dekanat Köln-Porz wurde  
im Amtsblatt des Erzbistums Köln vom 01. August 2005 ver-  
öffentlicht.

Die Schlusskonferenz unter Leitung des Visitators fand statt  
am 02. Februar 2006 im Pfarrsaal von St. Maximilian Kolbe,  
Theodor-Heuss-Str. 3-5, 51149 Köln (Porz-Eil)-Finkenber.

**Spendung der Hl. Firmung im Dekanat Bedburg**

**Seelsorgebereich „Bedburg“ = PV / KGV**

21. Januar 2006  
St. Willibrordus, Bedburg (Kirdorf-Blerichen)  
aus St. Willibrordus, Bedburg  
(Kirdorf-Blerichen) 15 Firmlinge  
aus St. Lambertus, Bedburg 18 Firmlinge  
aus St. Ursula, Bedburg (Lipp) 2 Firmlinge  
aus St. Lucia, Bedburg (Rath) 1 Firmling  
aus St. Cosmas und Damianus, Bergheim  
(Glesch) (Dekanat Bergheim,  
SB „Bergheim/Erft“ = PV / KGV) 1 Firmling  
aus St. Pankratius, Bergheim (Paffendorf)  
(Dekanat Bergheim, SB „Bergheim/Erft“  
= PV / KGV) 1 Firmling  
zusammen 38 Firmlinge

**Seelsorgebereich „Elsdorf“ = PV**

22. Januar 2006  
St. Laurentius, Elsdorf (Esch)  
aus St. Laurentius, Elsdorf (Esch) 7 Firmlinge  
aus St. Simon und Judas Thaddäus, Elsdorf  
(Oberembt) 7 Firmlinge  
aus St. Martinus, Elsdorf (Niederembt) 8 Firmlinge  
aus St. Michael, Elsdorf (Berrendorf) 6 Firmlinge  
zusammen 28 Firmlinge

**Seelsorgebereich „Bedburg“ = PV / KGV**

23. Januar 2006  
St. Lambertus, Bedburg  
aus St. Lambertus, Bedburg 20 Firmlinge  
aus St. Lucia, Bedburg (Rath) 5 Firmlinge  
aus St. Ursula, Bedburg (Lipp) 12 Firmlinge  
aus St. Willibrord, Bedburg  
(Kirdorf-Blerichen) 4 Firmlinge  
zusammen 41 Firmlinge

**Seelsorgebereich „Elsdorf“ = PV**

28. Januar 2006  
St. Mariä Geburt, Elsdorf  
aus St. Mariä Geburt, Elsdorf 18 Firmlinge  
aus St. Lucia, Elsdorf (Angelsdorf) 6 Firmlinge  
aus St. Michael, Elsdorf (Berrendorf) 7 Firmlinge  
aus St. Dionysius, Elsdorf (Heppendorf) 3 Firmlinge  
zusammen 34 Firmlinge

**zusammen im Dekanat Bedburg 141 Firmlinge**

**Spendung der Hl. Firmung im Dekanat Erftstadt**

**Seelsorgebereich „Lechenich/Ahrem/Herrig“ = PV / KGV**  
04. Februar 2006



St. Kilian, Erftstadt (Lechenich)  
aus St. Kilian, Erftstadt (Lechenich) 45 Firmlinge  
aus St. Clemens, Erftstadt (Herrig) 7 Firmlinge  
aus St. Johannes Baptist, Erftstadt (Ahrem) 6 Firmlinge  
zusammen 58 Firmlinge

**Seelsorgebereich „D“ = PV**  
07. Mai 2006

St. Kunibert, Erftstadt (Gymnich)  
aus St. Kunibert, Erftstadt (Gymnich) 36 Firmlinge  
aus St. Remigius, Erftstadt (Dirmerzheim) 16 Firmlinge  
zusammen 52 Firmlinge

**Seelsorgebereich „D“ = PV**  
11. Mai 2006

St. Joseph, Erftstadt (Köttingen)  
aus St. Joseph, Erftstadt (Köttingen) 40 Firmlinge  
aus St. Martinus, Erftstadt (Kierdorf) 32 Firmlinge  
aus St. Kunibert, Erftstadt (Gymnich) 1 Firmling  
zusammen 73 Firmlinge

**Seelsorgebereich „Erftstadt-Ville“ = PV / KGV**  
14. Mai 2006

St. Barbara, Erftstadt (Liblar)  
aus St. Barbara, Erftstadt (Liblar) 44 Firmlinge  
aus St. Alban, Erftstadt (Liblar) 16 Firmlinge  
aus St. Michael, Erftstadt (Blessem) 6 Firmlinge  
aus St. Joseph, Erftstadt (Köttingen),  
Seelsorgebereich „D“=PV 6 Firmlinge  
aus St. Lambertus, Erftstadt (Bliesheim) 1 Firmling  
zusammen 73 Firmlinge

**zusammen im Dekanat Erftstadt 256 Firmlinge**

**Spendung der Hl. Firmung im Dekanat Bornheim**

**Seelsorgebereich „Bornheim – An Rhein und Vorgebirge“  
– PV / KGV**

08. Februar 2006  
St. Evergislus, Bornheim (Brenig)  
aus St. Servatius, Bornheim 19 Firmlinge  
aus St. Sebastian, Bornheim (Roisdorf) 19 Firmlinge  
aus St. Evergislus, Bornheim (Brenig) 12 Firmlinge  
aus St. Ägidius, Bornheim (Hersel) 5 Firmlinge  
zusammen 55 Firmlinge

**Spendung der Hl. Firmung im Dekanat Wissen**

**Seelsorgebereich „Obere Sieg“ = PV**  
15. Februar 2006

St. Elisabeth, Birken-Honigsessen  
aus St. Elisabeth, Birken-Honigsessen 45 Firmlinge  
aus St. Bonifatius, Katzwinkel-Elkhausen 30 Firmlinge  
zusammen 75 Firmlinge

**Vom 11. März bis 30. März 2006 Bischöfliche Visitation  
und Spendung der Hl. Firmung im Dekanat Köln-Ehrenfeld**

**Seelsorgebereich „Pfarrei St. Peter“**

11. März 2006  
St. Barbara, Köln (Ehrenfeld)  
aus SB „Pfarrei St. Peter“ (Köln-Ehrenfeld) 26 Firmlinge

**Seelsorgebereich „Pfarrei St. Joseph und St. Mechtern“**

18. März 2006  
St. Mechtern, Köln (Ehrenfeld)  
aus SB „Pfarrei St. Joseph und St. Mechtern“  
(Köln-Ehrenfeld) 21 Firmlinge

**Seelsorgebereich „Bocklemünd/Mengenich und Vogelsang“  
= PV / KGV**

25. März 2006  
Christi Geburt, Köln (Bocklemünd-Mengenich)  
aus Christi Geburt, Köln  
(Bocklemünd-Mengenich) 13 Firmlinge  
aus St. Johannes v.d. Lat. Tore, Köln  
(Bocklemünd-Mengenich) 10 Firmlinge  
aus St. Konrad, Köln (Vogelsang) 39 Firmlinge  
zusammen 62 Firmlinge

**zusammen im Dekanat Köln-Ehrenfeld 109 Firmlinge**

Die Schlusskonferenz unter Leitung des Visitators fand statt  
am 30. März 2006 im Pfarrsaal von St. Joseph, Geisselstr. 1,  
50823 Köln (Ehrenfeld)

**Spendung der Hl. Firmung im Dekanat Neunkirchen**

**Seelsorgebereich „Much“ = PV / KGV**

12. März 2006  
St. Mariä Himmelfahrt, Much (Marienfeld)  
aus St. Mariä Himmelfahrt, Much  
(Marienfeld) 24 Firmlinge  
aus St. Martin, Much 8 Firmlinge  
zusammen 32 Firmlinge

**Seelsorgebereich „Much“ = PV / KGV**

28. März 2006  
St. Martin, Much  
aus St. Martin, Much 20 Firmlinge  
aus St. Johann Baptist, Much (Kreuzkapelle) 12 Firmlinge  
zusammen 32 Firmlinge

**zusammen im Dekanat Neunkirchen 64 Firmlinge**

**Spendung der Hl. Firmung im Dekanat Königswinter**

**Seelsorgebereich „Königswinter am Oelberg“ = PV**

26. März 2006  
Zur Schmerzhaften Mutter, Königswinter  
(Ittenbach)  
aus Zur Schmerzhaften Mutter,  
Königswinter (Ittenbach) 26 Firmlinge  
aus St. Pankratius, Königswinter (Oberpleis) 29 Firmlinge  
aus St. Ägidius, Bad Honnef (Aegidienberg)  
(Seelsorgebereich „C“) 1 Firmling  
zusammen 56 Firmlinge

**Spendung der Hl. Firmung im Dekanat Köln-Rodenkirchen**

**Seelsorgebereich „Köln-Rund um Immendorf“ = PV / KGV**

07. April 2006  
St. Servatius, Köln (Immendorf)  
aus St. Servatius, Köln (Immendorf) 22 Firmlinge  
zusammen 22 Firmlinge

**Seelsorgebereich „Köln-Zollstock“ = KGV**

20. Mai 2006

Zum Hl. Geist, Köln (Zollstock)	
aus Zum Hl. Geist, Köln (Zollstock)	20 Firmlinge
aus St. Pius, Köln (Zollstock)	<u>14 Firmlinge</u>
	zusammen 34 Firmlinge

**Seelsorgebereich „C“**

21. Mai 2006

St. Matthias, Köln (Bayenthal)	
aus St. Mariä Empfängnis, Köln (Raderthal)	25 Firmlinge
aus St. Matthias u. Maria Königin, Köln (Bayenthal)	29 Firmlinge
aus anderen Gemeinden	<u>7 Firmlinge</u>
	zusammen 61 Firmlinge

**Seelsorgebereich „Köln-Rund um Immendorf“ = PV / KGV**

27. Mai 2006

Hl. Drei Könige, Köln (Rondorf)	
aus St. Blasius, Köln (Meschenich)	15 Firmlinge
aus St. Katharina, Köln (Godorf)	6 Firmlinge
aus Hl. Drei Könige, Köln (Rondorf)	48 Firmlinge
aus anderen Gemeinden	<u>4 Firmlinge</u>
	zusammen 73 Firmlinge

**zusammen im Dekanat Köln-Rodenkirchen 190 Firmlinge**

**Spendung der Hl. Firmung im Dekanat Altenberg**

**Seelsorgebereich „Pfarrei St. Laurentius“**

26. April 2006

St. Laurentius, Burscheid	
aus St. Laurentius, Burscheid	37 Firmlinge

**Spendung der Hl. Firmung im Dekanat Brühl**

**Seelsorgebereich „Brühl-Ville“ = PV / KGV**

06. Mai 2006

St. Matthäus, Brühl (Vochem)	
aus St. Maria Hilf, Brühl (Heide)	14 Firmlinge
aus St. Matthäus, Brühl (Vochem)	10 Firmlinge
aus St. Servatius, Brühl (Kierberg)	28 Firmlinge
aus Schmerzhaftige Mutter, Wesseling (Berzdorf) (Dekanat Wesseling, SB „Wesseling-Am Entenfang“ = PV)	<u>1 Firmling</u>
	zusammen 53 Firmlinge

**Vom 02. Mai bis 30. Mai 2006 nachgeholte Bischöfliche Visitation im Dekanat Köln-Deutz**

Die Spendung der hl. Firmung im Dekanat Köln-Deutz wurde im Amtsblatt des Erzbistums Köln vom 01. August 2005 veröffentlicht.

Die Schlusskonferenz unter Leitung des Visitators fand statt am 30. Mai 2006 im Pfarrsaal von St. Marien, Kalker Hauptstr. 244, 51103 Köln (Kalk)

**Spendung der Hl. Firmung im Dekanat Köln-Mitte**

**Seelsorgebereich „E“ = PV**

13. Mai 2006

St. Aposteln, Köln

aus Herz Jesu, Köln	14 Firmlinge
aus St. Mauritius, Köln	3 Firmlinge
aus St. Aposteln, Köln	6 Firmlinge
aus St. Peter, Köln (Seelsorgebereich „D“)	<u>27 Firmlinge</u>
	zusammen 50 Firmlinge

**Spendung der Hl. Firmung im Dekanat Bergheim**

**Seelsorgebereich „Bergheim / Erft“ = PV / KGV**

19. Mai 2006

St. Hubertus, Bergheim (Kenten)	
aus St. Hubertus, Bergheim (Kenten)	49 Firmlinge
aus St. Simon u. Judas, Bergheim (Thorr)	5 Firmlinge
aus St. Gereon, Bergheim (Zieverich)	<u>9 Firmlinge</u>
	zusammen 63 Firmlinge

**Seelsorgebereich „Bergheim / Erft“ = PV / KGV**

12. Juni 2006

St. Gereon, Bergheim (Zieverich)	
aus St. Simon u. Judas, Bergheim (Thorr)	7 Firmlinge
aus St. Pankratius, (B.-Paffendorf) u. St. Gereon (B.-Zieverich)	38 Firmlinge
aus St. Remigius, Bergheim u. St. Hubertus (B.-Kenten)	13 Firmlinge
aus St. Cosmas u. Damianus, Bergheim (Glesch)	<u>10 Firmlinge</u>
	zusammen 68 Firmlinge

**zusammen im Dekanat Bergheim 131 Firmlinge**

**Spendung der Hl. Firmung im Dekanat Leverkusen**

**Seelsorgebereich „Steinbüchel“ = PV / KGV**

25. Mai 2006

St. Matthias, Leverkusen (Fettehenne)	
aus St. Matthias, Leverkusen (Fettehenne)	27 Firmlinge
aus St. Nikolaus, Leverkusen (Steinbüchel)	18 Firmlinge
aus St. Franziskus, Leverkusen (Steinbüchel-West)	16 Firmlinge
aus Seelsorgebereich „Opladen“ = PV / KGV	18 Firmlinge
aus St. Laurentius, Burscheid (Dekanat Altenberg, SB „Pfarrei St. Laurentius“)	<u>2 Firmlinge</u>
	zusammen 81 Firmlinge

**Seelsorgebereich „Opladen“ = PV / KGV**

28. Mai 2006

St. Remigius, Leverkusen (Opladen)	
aus St. Remigius, Leverkusen (Opladen)	18 Firmlinge
aus St. Michael, Leverkusen (Opladen)	1 Firmling
aus St. Elisabeth, Leverkusen (Opladen)	5 Firmlinge
aus Hl. Drei Könige, Leverkusen (Bergisch Neukirchen)	5 Firmlinge
aus St. Engelbert, Leverkusen (Pattscheid)	3 Firmlinge
aus anderen Gemeinden	<u>5 Firmlinge</u>
	zusammen 37 Firmlinge

**Seelsorgebereich „Leverkusen-Rund um die Gezelinquelle“ = PV / KGV**

31. Mai 2006

St. Johannes der Täufer, Leverkusen (Alkenrath)	
aus St. Albertus Magnus, Leverkusen (Waldsiedlung)	6 Firmlinge
aus St. Andreas, Leverkusen (Schlebusch)	39 Firmlinge

aus St. Johannes der Täufer, Leverkusen (Alkenrath)	7 Firmlinge
aus St. Joseph, Leverkusen (Manfort)	5 Firmlinge
aus St. Thomas Morus, Leverkusen (Schlebusch)	4 Firmlinge
aus St. Franziskus, Leverkusen (Steinbüchel-West) (Seelsorgebereich Steinbüchel“ = PV / KGV)	1 Firmling
aus St. Hildegard, Leverkusen (Wiesdorf)(Seel- sorgebereich „Wiesdorf/Bürrig/Küppersteg“ =PV/KGV)	1 Firmling
aus St. Matthias, Leverkusen (Fettehenne) (Seelsorgebereich „Steinbüchel“ = PV / KGV)	4 Firmlinge
aus St. Maurinus, Leverkusen (Lützenkirchen) (Seelsorgebereich „Lützenkirchen/ Quettingen“ = PV / KGV)	1 Firmling
aus St. Remigius, Leverkusen (Opladen) (Seelsorgebereich „Opladen“ = PV / KGV)	2 Firmlinge
aus St. Engelbert, Leverkusen (Pattscheid) (Seelsorgebereich „Opladen“ = PV / KGV)	1 Firmling
aus Hl. Drei Könige, Leverkusen ( Bergisch-Neukirchen) (Seelsorgebereich „Opladen“ = PV / KGV)	<u>1 Firmling</u>
	zusammen 72 Firmlinge

**Seelsorgebereich „Lützenkirchen / Quettingen“ = PV / KGV**  
01. Juni 2006

St. Maurinus, Leverkusen (Lützenkirchen)	
aus St. Maurinus, Leverkusen (Lützenkirchen)	27 Firmlinge
aus Maria Rosenkranzkönigin, Leverkusen (Quettingen)	33 Firmlinge
aus St. Remigius, Leverkusen (Opladen) (Seelsorgebereich „Opladen“ = PV / KGV)	<u>2 Firmlinge</u>
	zusammen 62 Firmlinge

**zusammen im Dekanat Leverkusen 252 Firmlinge**

**Spendung der Hl. Firmung im Dekanat Köln-Nippes**

**Seelsorgebereich „Nippes / Bilderstöckchen“ = PV / KGV**  
13. Juni 2006

St. Franziskus, Köln (Bilderstöckchen)	
aus St. Franziskus, Köln (Bilderstöckchen)	15 Firmlinge
aus St. Joseph, Köln (Nippes)	2 Firmlinge
aus St. Monika, Köln (Bilderstöckchen)	7 Firmlinge
aus St. Marien, Köln (Nippes)	13 Firmlinge
aus anderen Gemeinden	<u>3 Firmlinge</u>
	zusammen 40 Firmlinge

**Spendung der Hl. Firmung im Dekanat Pulheim**

**Seelsorgebereich „Am Stommelerbusch“ = PV / KGV**  
17. Juni 2006

St. Hubertus, Pulheim (Sinnersdorf)	
aus St. Bruno, Pulheim (Stommelerbusch)	8 Firmlinge
aus St. Martinus, Pulheim (Stommeln)	1 Firmling
aus St. Hubertus, Pulheim (Sinnersdorf)	25 Firmlinge
aus St. Marien, Köln (Weiden) (Dek.K.-Lindenthal, SB „Lövenich/ Weiden/Widdersdorf“)	2 Firmlinge
aus anderen Gemeinden	<u>1 Firmling</u>
	zusammen 37 Firmlinge

**Seelsorgebereich „Pfarrei St. Cosmas und Damianus“**

18. Juni 2006

St. Cosmas und Damianus, Pulheim	
aus St. Cosmas und Damianus, Pulheim	45 Firmlinge

**zusammen im Dekanat Pulheim 82 Firmlinge**

**Diakonenweihe**

Am 11. Juni 2006, in Frechen, St. Audomar, Erteilung der  
Diakonenweihe an:  
Wolfgang Biedaßek  
Michael Eichinger  
Hendrik Hülz  
Michael Köster

Im Auftrag des Herrn Kardinals und Erzbischofs nahm Herr  
**Weihbischof Dr. Rainer Woelki** folgende Pontifikalhandlungen  
vor:

**Dekanat Bonn – Bad Godesberg**

29.04.2006

Antoniuskolleg Bonn – Bad Godesberg	
Firmung an Schüler des Kollegs	22 Firmlinge

**Firmung im Dekanat Hilden**

04.05.2006

**Pfarrverband Erkrath/Unterbach**

Firmung in St. Mariä Himmelfahrt, Unterbach	43 Firmlinge
------------------------------------------------	--------------

05.05.2006

**Pfarrverband Hilden**

Firmung in St. Konrad, Hilden	
aus St. Konrad	43 Firmlinge
aus St. Marien	4 Firmlinge
aus St. Jakobus	<u>2 Firmlinge</u>
	zusammen 49 Firmlinge

07.05.2006

**Pfarrverband Erkrath/Unterbach**

Firmung in St. Johannes Baptist, Erkrath	46 Firmlinge
------------------------------------------	--------------

**zusammen im Dekanat 138 Firmlinge**

**Firmung im Dekanat Langenfeld/Monheim**

08.05.2006

**Pfarrverband Langenfeld-Süd**

Firmung in St. Josef, Immigrath	
aus St. Josef, Immigrath	38 Firmlinge
aus Christus König,	4 Firmlinge
aus St. Barbara, Reusrath	38 Firmlinge
aus St. Gerhard, Giesenberg	<u>1 Firmling</u>
	zusammen 81 Firmlinge

09.05.2006

**Pfarrverband Monheim und Baumberg**

Firmung in St. Dionysius, Baumberg	58 Firmlinge
------------------------------------	--------------

10.05.2006

**Pfarrverband Langenfeld – Nord**

Firmung in St. Martin, Richrath	
aus St. Martin, Richrath	23 Firmlinge
aus St. Mariä Himmelfahrt, Hardt	6 Firmlinge
aus St. Paulus, Berghausen	11 Firmlinge
aus St. Maria Rosenkranzkönigin, Wiescheid	2 Firmlinge
aus St. Josef, Immigrath	1 Firmling
aus St. Barbara, Reusrath (beide PV Langenfeld -Süd)	2 Firmlinge
aus St. Konrad, Hilden (PV Hilden)	2 <u>Firmlinge</u>
	zusammen 47 Firmlinge

11.05.2006

**Pfarrverband Monheim und Baumberg**

Firmung in St. Gereon, Monheim	49 Firmlinge
--------------------------------	--------------

**zusammen im Dekanat 235 Firmlinge**

**Firmung im Dekanat Mettmann**

12.05.2006

**Pfarrverband Velbert – West**

Firmung in St. Paulus, Velbert	
aus St. Paulus	17 Firmlinge
aus St. Don Bosco	25 <u>Firmlinge</u>
	zusammen 42 Firmlinge

13.05.2006

**Pfarrverband Stadt Mettmann**

Firmung in St. Lambertus	
aus St. Lambertus	32 Firmlinge
aus St. Thomas Morus	26 Firmlinge
aus Heilige Familie	32 Firmlinge
aus St. Paulus, Velbert (PV Velbert – West)	1 Firmling
aus St. Suitbertus, Heiligenhaus (PV Heiligenhaus)	4 Firmlinge
aus St. Franziskus, Erkrath (Dek. Hilden)	1 <u>Firmling</u>
	zusammen 96 Firmlinge

16.05.2006

**Pfarrverband Heiligenhaus**

Firmung in St. Ludgerus, Heiligenhaus	
aus St. Ludgerus	19 Firmlinge
aus St. Suitbertus	19 Firmlinge
aus St. Michael, Langenberg (PV Velbert -Mitte/Langenberg)	1 <u>Firmling</u>
	zusammen 39 Firmlinge

**zusammen im Dekanat 177 Firmlinge**

**Firmung im Dekanat Ratingen**

17.05.2006

**Seelsorgebereich Pfarrei Heilig Geist**

Firmung in St. Marien, Tiefenbroich	50 Firmlinge
-------------------------------------	--------------

18.05.2006

**Seelsorgebereich Pfarrei Heilig Geist**

Firmung in Heilig Geist	48 Firmlinge
-------------------------	--------------

14.06.2006

Firmung in St. Josef, Eckamp  
Schüler der Helen-Keller-Schule  
(Behindertenschule)

8 Firmlinge

05.06.2006

**Pfarrverband Angerland**

Firmung in St. Johannes, Pfarrer von Ars, Lintorf	
aus St. Anna und St. Johannes	26 Firmlinge
aus St. Christopherus, Breitscheid	6 Firmlinge
aus St. Bartholomäus, Hösel	15 Firmlinge
aus St. Peter und Paul, Ratingen	17 Firmlinge
aus St. Peter, Kettwig (PV Kettwig – Mintard)	1 <u>Firmling</u>
	zusammen 65 Firmlinge

10.06.2006

**Pfarrverband Ratingen St. Peter und Paul**

Firmung in St. Peter und Paul	44 Firmlinge
-------------------------------	--------------

**zusammen im Dekanat 215 Firmlinge**

**Firmung im Dekanat Wuppertal-Barmen**

06.06.2006

**Pfarrverband Wuppertal-Oberbarmen**

aus St. Johannes Baptist, Oberbarmen	18 Firmlinge
aus St. Mariä Himmelfahrt, Nächstebreck	15 Firmlinge
aus St. Raphael, Langerfeld (PV Barmen- Wupperbogen Ost)	4 Firmlinge
aus St. Antonius, (PV Barmen-West)	1 Firmling
aus St. Dionysius, Baumberg (Dek. Langenfeld-Monheim, PV Monheim und Baumberg)	1 <u>Firmling</u>
	zusammen 39 Firmlinge

13.06.2006

**Pfarrverband Barmen – West**

Firmung in St. Antonius, Barmen	
aus St. Antonius	55 Firmlinge
aus Herz Jesu	11 Firmlinge
aus St. Marien (PV Barmen – Nord/Hatzfeld)	9 Firmlinge
aus St. Elisabeth	3 Firmlinge
aus St. Raphael, Langerfeld (beide PV Barmen- Wupperbogen Ost)	1 Firmling
aus St. Christopherus, Lichtscheid (Dek. Wup- pertal – Elberfeld, PV Südhöhen)	2 Firmlinge
aus St. Suitbertus, Elberfeld (PV Elberfeld – Mitte)	2 Firmlinge
aus St. Remigius, Sonnborn (PV Wuppertaler Westen)	1 <u>Firmling</u>
	zusammen 84 Firmlinge

**zusammen im Dekanat 123 Firmlinge**

**Firmung im Dekanat Wuppertal – Elberfeld**

08.06.2006

**Pfarrverband Südhöhen**

Firmung in St. Christopherus, Lichtscheid	
aus St. Christopherus	12 Firmlinge
aus St. Joseph, Ronsdorf	50 Firmlinge
aus St. Hedwig, Hahnerberg	2 <u>Firmlinge</u>
	zusammen 64 Firmlinge

14.06.2006

**Pfarrverband Wuppertaler Westen**

Firmung in St. Mariä Empfängnis, Vohwinkel	
aus St. Mariä Empfängnis	36 Firmlinge
aus St. Ludger	11 Firmlinge

aus St. Bonifatius,	15 Firmlinge
aus St. Remigius, Sonnborn	13 Firmlinge
aus St. Hedwig, Hahnerberg	2 Firmlinge
aus St. Joseph, Ronsdorf (beide PV Südhöhen)	1 Firmling
aus St. Christkönig, (PV Elberfeld – Nord)	1 Firmling
aus St. Suitbertus, (PV Elberfeld – Mitte)	1 Firmling
aus St. Pius X. (Dek. Barmen, PV Barmen – Nord/Hatzfeld)	1 Firmling
aus St. Maximin, Wülfrath (Dek. Mettmann PV Wülfrath)	1 Firmling
aus St. Mariä Empfängnis, Merscheid (Dek. Solingen, PV Solingen – West)	1 Firmling
aus St. Sixtus, Haltern am See (Bistum Münster)	<u>1 Firmling</u>
	zusammen 84 Firmlinge

17.06.2006

**Pfarrverband Südhöhen**

Firmung in Hl. Ewalde, Cronenberg	
aus Hl. Ewalde	32 Firmlinge
aus St. Hedwig, Hahnerberg	<u>9 Firmlinge</u>
	zusammen 41 Firmlinge

19.06.2006

**Pfarrverband Elberfeld – Mitte**

Firmung in St. Joseph, Elberfeld	
aus St. Joseph	8 Firmlinge
aus St. Laurentius	7 Firmlinge
aus St. Marien	16 Firmlinge
aus St. Suitbertus	9 Firmlinge
aus Christkönig	1 Firmling
aus St. Michael, (beide PV Elberfeld – Nord)	1 Firmling
aus Hl. Ewalde, Cronenberg (PV Südhöhen)	1 Firmling
aus Herz Jesu (Dek. Barmen, PV Barmen – West)	<u>2 Firmlinge</u>
	zusammen 45 Firmlinge

21.06.2006

**Pfarrverband Elberfeld – Nord**

Firmung in Herz Jesu	
aus Christ König	17 Firmlinge
aus Herz Jesu	16 Firmlinge
aus St. Michael	23 Firmlinge
aus St. Maria Hilf, Dönberg	10 Firmlinge
aus St. Laurentius, (PV Elberfeld – Mitte)	1 Firmling
aus St. Bonifatius	1 Firmling
aus St. Remigius, Sonnborn (beide PV Wuppertaler Westen)	1 Firmling
aus St. Joseph, Ronsdorf (PV Südhöhen)	1 Firmling
aus Christi Auferstehung Neviges – Siepen (Dek. Mettmann PV Hardenberg)	<u>1 Firmling</u>
	zusammen 71 Firmlinge

**zusammen im Dekanat 305 Firmlinge**

**Firmung im Dekanat Düsseldorf-Ost**

07.06.2006

**Pfarrverband Mörsenbroich/Rath**

Firmung in Zum Heiligen Kreuz, Rath	
aus St. Franziskus Xaverius	21 Firmlinge
aus St. Joseph	12 Firmlinge

aus Zum Heiligen Kreuz	<u>12 Firmlinge</u>
	zusammen 45 Firmlinge

22.06.2006

**Pfarrverband Gerresheim/Grafenberg/Hubbelrath**

Firmung in St. Margareta, Gerresheim	
aus St. Margareta	27 Firmlinge
aus St. Cäcilia, Hubbelrath	9 Firmlinge
aus St. Ursula, Grafenberg	10 Firmlinge
aus St. Katharina, Gerresheim	3 Firmlinge
aus St. Maria vom Frieden und St. Konrad, Gerresheim (beide SB A)	3 Firmlinge
Schüler der Gehörlosenschule	<u>5 Firmlinge</u>
	zusammen 101 Firmlinge

**Zusammen im Dekanat 101 Firmlinge**

15.05.2006

Erteilung der Institutio an 10 Alumnus des Erzbischöflichen Theologenkonvikts Collegium Albertinum Bonn in der Kapelle des Konvikts

Im Auftrag des Kardinals und Erzbischofs nahm Herr **Abt Raphael Bahrs OSB**, Siegburg, folgende Firmspendung vor:

**Spendung der Hl. Firmung im Dekanat Pulheim**

Seelsorgebereich „Am Stommelerbusch“ = PV / KGV  
03. Juni 2006

St. Martinus, Pulheim (Stommeln)	
aus St. Martinus, Pulheim (Stommeln)	58 Firmlinge
aus St. Bruno, Pulheim (Stommelerbusch)	1 Firmling
aus St. Hubertus, Pulheim (Sinnersdorf)	2 Firmlinge
aus St. Cosmas und Damianus, Pulheim (Seelsorgebereich „Pfarrei St. Cosmas und Damianus“)	2 Firmlinge
aus St. Maria am Brunnen, Hürth (Altstädten-Burbach) (Dekanat Hürth, SB „Hürth-Am Maigler See“ = PV / KGV)	<u>4 Firmlinge</u>
	zusammen 67 Firmlinge

Mit Zustimmung des Herrn Kardinals und Erzbischofs spendete Herr **Erzbischof Martin Vidovic** aus Weißrussland am 4. Juni 2006 in der Pfarrkirche St. Apollinaris in Düsseldorf, Dekanat Düsseldorf Süd, 33 Firmlingen das Sakrament der Firmung.

Mit Zustimmung des Herrn Kardinals und Erzbischofs spendete Herr **Bischof Sebastian Ramis** aus Huamachuco/Peru am 10. Juni 2006 in der Pfarrkirche St. Clemens in Solingen, Dekanat Solingen, 41 Firmlingen das Sakrament der Firmung.

Mit Zustimmung des Herrn Kardinals und Erzbischofs spendete Herr **Bischof Antonio Vitalino F. Dantas** aus Beja/Portugal am 18. Juni 2006 in der Kirche Maria Königin des Friedens in Königswinter, Dekanat Königswinter, 41 Firmlingen das Sakrament der Firmung.

## Weitere Mitteilungen

### Nr. 177 Bekanntmachung des Wahlvorstandes für die Erzdiözese Köln zur Wahl der Regional-KODA 2006

Die Vertreter der Mitarbeiter der Erzdiözese Köln in der regionalen Kommission zur Ordnung des diözesanen Arbeitsvertragsrechtes (Regional-KODA Nordrhein-Westfalen) haben den diözesanen Wahlvorstand zur Vorbereitung und Durchführung der Wahl der Mitarbeitervertreter für die neue Amtsperiode dieser Kommission gewählt. Dieser hat sich am 19. Juni 2006 wie folgt konstituiert:

*Herr Reiner Hammes* (Erzbischöfliches Generalvikariat), Vorsitzender

*Herr Wolfgang Stutzinger* (KBW Meckenheim), Stellvertreter der Vorsitzender

*Frau Gabriele Lange* (Kita St. Karl Borromäus; Köln), Schriftführerin

*Herr Helmut Alenfelder* (Pfarrverband „Am Michaelsberg“ Siegburg)

*Frau Kerstin Funken* (Kita St. Bruno, Köln)

*Herr Norbert Klewinghaus* (Dombauhütte/Dombauverwaltung)

Das Büro des Wahlvorstandes wird unter folgender Anschrift geführt:

Wahlvorstand für die Erzdiözese Köln zur Wahl der Regional-KODA 2006, Generalvikariat, 50606 Köln.

Telefonisch ist der Wahlvorstand unter folgenden Telefonnummern erreichbar: 0221/1642-1026 (Vorsitzender), 02225/922020 (stellv. Vorsitzender bzw. unter der E-Mail-Adresse: KODA-Wahlvorstand@erzbistum-koeln.de

Der Herr Erzbischof hat gemäß § 1 Abs. 1 Satz 1 Regional-KODA WahlO (Amtsblatt des Erzbistums Köln vom 01.02.2006, Nr. 36, Seite 30 ff.) die Zeit vom 01.06.2006 bis 31.10.2006 als einheitlichen Zeitraum zur Durchführung der Wahlhandlungen zur Wahl der Mitarbeiter-Vertreter bestimmt (Amtsblatt des Erzbistums Köln vom 01.04.2006, Nr. 96, Seite 90).

Der Wahlvorstand hat in seiner Sitzung vom 20. Juli 2006 den 18. Oktober 2006 als Wahltag festgelegt. Gleichzeitig sind von ihm die Zeitpunkte gemäß § 4 Regional-KODA WahlO bestimmt worden, die hiermit veröffentlicht werden:

1. Bis zum 25. August 2006 muss dem Wahlvorstand das Wählerverzeichnis nach § 5 der Wahlordnung zugegangen sein;
2. bis zum 25. August 2006 müssen dem Wahlvorstand die Wahlvorschläge nach § 6 der Wahlordnung zugegangen sein.

Beide Termine sind Ausschlusstermine und lassen ein Abweichen hiervon nicht zu.

Alle kirchlichen Anstellungsträger gemäß § 1 Abs. 2 KODA-Ordnung (Amtsblatt des Erzbistums Köln vom 01. Januar 2002, Nr. 7, Seite 16) erhalten in den nächsten Tagen vom Wahlvorstand die entsprechenden Formulare zur Erstellung des Wählerverzeichnisses und zur Weitergabe an die Mitarbeiter die Formulare für die Wahlvorschläge.

Köln, den 20. Juli 2006

Der Wahlvorstand für die Erzdiözese Köln zur Wahl der Regional-Koda 2006

### Nr. 178 Kirchliches Handbuch

Statistisches Jahrbuch der Bistümer im Bereich der Deutschen Bischofskonferenz

Der neueste Band des „Kirchlichen Jahrbuches“, Statistisches Jahrbuch der Bistümer im Bereich der Deutschen Bischofskonferenz, Band 37 (Zusammenfassung der Ergebnisse aus der kirchlichen Statistik 2001 und 2002) ist soeben erschienen. Dieses Buch ist gegen eine Schutzgebühr von 12,00 Euro erhältlich.

Außerdem möchten wir darauf hinweisen, dass die vorherigen Bände 28 und 36 noch erhältlich sind.

Interessenten wenden sich bitte an: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Referat Statistik, Kaiserstraße 161, 53113 Bonn, Tel.: 0228/103311 – Fax 0228/103374.

### Nr. 179 Priesterexerzitien

Zum Thema „Leben im Blick Gottes – geistliche Übungen mit Augustinus“ finden vom 19. bis 25.08.2007 im Collegium Canisianum, Tschurtschenthalerstr. 7, A-6020 Innsbruck Priesterexerzitien statt. Leiter: P. Karl Heinz Neufeld SJ. (Anmeldungen bis 30. Juni 2007 an: P. Michael Messner SJ, Collegium Canisianum, Tschurtschenthalerstr. 7, A-6020 Innsbruck, Tel.: +43 512 59463-37 oder e-mail: michael.messner@canisianum.at

### Nr. 180 Weiterbildung 2006/2007 für die Mitarbeiter/ innen im Pastoralen Dienst sowie für Pfarramtssekretärinnen und Küster/innen im Erzbistum Köln

Die Hauptabteilung Seelsorge-Personal, Abt. 520 Aus- und Weiterbildung Pastorale Dienste, bringt in diesen Tagen wieder das Programmheft der Weiterbildung heraus, das für den Zeitraum Mitte 2006 bis Mitte 2007 die Bildungsveranstaltungen für folgende Berufsgruppen verzeichnet:

- Priester
- Ständige Diakone
- Pastoralreferenten/innen
- Gemeindeferenten/innen
- Gemeindeassistenten/innen
- Pastoralassistenten/innen
- Pfarramtssekretäre/innen
- Küster/innen

Alle Priester, Diakone, Gemeinde- und Pastoralreferenten/innen und -assistenten/innen (außer Ruheständlern) erhalten ein *eigenes* Heft.

Ferner wird allen Pfarrämtern ein Programmheft zugesandt; dieses ist ausdrücklich für Pfarramtssekretär/in und Küster/in bestimmt.

Die angesprochenen Berufsgruppen sind zur Teilnahme an den angezeigten Kursen eingeladen.

Einzelne Exemplare können nachgefordert werden beim Erzbischöflichen Generalvikariat, H.A. Seelsorge-Personal, Abt. 520 Aus- und Weiterbildung, 50606 Köln, Tel.: 0221/1642-1427, Fax: -1428, E-Mail: bildung-pastorale-dienste@erzbistum-koeln.de

#### **Nr. 181 Weiterbildungsveranstaltung für Pastorale Dienste und für ehrenamtliche Mitarbeiter/innen**

Wir weisen auf folgende Veranstaltung hin:

**Seminar „Um Gottes Willen über Filme reden!“ (Film-„Grundkurs“)**

**Kurs-Nr. APD 0607.105**

##### *Teilnehmerkreis*

Priester, Diakone, Gemeinde- und Pastoralreferenten/innen sowie ehrenamtlich in Katechese und Glaubenskommunikation Engagierte

##### *Thema*

Wer Filme sach- und themengerecht vorführt, ist anschließend mitten im Gespräch. Das Gesehene verbindet, regt an zum Austausch und zur Auseinandersetzung, sei es im Katechetenkreis oder in der Firmgruppe, sei es im Pfarrgemeinderat oder in der Messdienerrunde, sei es im Pastoralteam oder im Liturgieausschuss. Filme öffnen Augen und Ohren, Herz und Verstand. Das macht sie so attraktiv für den Einsatz in der Buß- und Erstkommunionvorbereitung, bei Firmwochenenden und Einkehrtagen, im Laufe von Exerzitien im Alltag, in Gottesdiensten usw

Einzelthemen:

- Wann und wie setze ich Filme ein in Katechese, Pastoral oder Liturgie?
- Welche (Kurz-)Filme sollte ich kennen, kann ich entleihen?
- Welche Filmausschnitte wähle ich aus?
- Was muss ich über das Medium Film wissen?
- Wie moderiere ich ein Filmgespräch, wie komme ich auf den Punkt?
- Woher bekomme ich Informationen und Material?

##### *Termin*

Mo 23.10., 14:30 Uhr, bis Mi 25.10.2006, 13 Uhr

##### *Ort*

Haus Marienhof, Königswinter-Margarethenhöhe

##### *Leitung*

J. Markus Schlüter

##### *Referent*

Dr. theol. Thomas Kroll, Filmpublizist, Berlin

##### *Teilnehmerbeitrag*

20,00 € für hauptamtliche Pastorale Dienste

30,00 € für andere Teilnehmer/innen

*Anmeldungen* unter Angabe der Kursnummer schriftlich an:

Erzbischöfliches Generalvikariat, Abt. 520 Aus- und Weiterbildung Pastorale Dienste, 50606 Köln

(auch möglich per Fax: 0221/1642-1428 oder E-Mail: bildung-pastorale-dienste@erzbistum-koeln.de)

Tel. Auskunft: 0221/1642-1467 (Peter Deckert)

Anmeldungen werden nicht bestätigt. Vor der Veranstaltung werden Kursunterlagen versendet. Es gelten die Anmeldebedingungen gemäß aktuellem Programm „Pastorale Dienste im Erzbistum Köln - Weiterbildung 2006/2007“, S. 6-9

#### **Nr. 182 Besinnungstage für abhängigkeitskranke Priester, Diakone und Ordensmänner**

Wir weisen hin auf Besinnungstage für von einer Abhängigkeitskrankheit betroffene Priester, Diakone und Ordensmänner, veranstaltet von der Katholischen Sozialethischen Arbeitsstelle (KSA) der Deutschen Bischofskonferenz. Die Besinnungstage richten sich an solche Personen, die eine Abhängigkeitserkrankung erlebt haben, jetzt aber abstinent / suchtmittelfrei leben.

*Termin:* Mo., 27.11. (15 Uhr), bis Fr., 1.12.2006 (morgens)

*Ort:* Kardinal-Volk-Haus, Bingen, Exerzitienhaus der Diözese Mainz

*Preis:* 210,00 (einschl. Unterkunft und Verpflegung)

Interessenten fordern – aus Diskretionsgründen – bitte direkt beim Veranstalter das entsprechende Faltblatt an, das Programmhinweise und auch einen Anmeldeabschnitt enthält (Anmeldeschluss: 13.11.):

Katholische Sozialethische Arbeitsstelle e.V., Jägerallee 5, 59071 Hamm, Tel. 02381 / 9 80 20-11, Fax -99, E-Mail: info@ksa-hamm.de

Termin der nächsten Besinnungstage: 26.-30.11.2007

#### **Nr. 183 Freie Wohnung für Ruhestandsgeistliche**

In der Kirchengemeinde St. Rochus, Seelsorgebereich Sülztal/Löderich, Dekanat Overath steht eine Wohnung im ehemaligen Pfarrhaus, Hohkeppeler Str. 14, 51491 Overath-Heiligenhaus ab Herbst 2006 für einen Priester zur Verfügung.

Interessenten wenden sich bitte an Herrn Pfarrer Reimund Fischer, Tel.: 02204/7750 oder HA-SP Msgr. Dr. Stefan Heße Tel.: 0221 / 1642-1460

Zur Post gegeben am 4. August 2006